DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

73 7. JAHRGANG Oktober '90 5,00 DM

GENOSSENSCHAFTEN IM LEBENSMITTELBEREICH

Ökonomie der Solidarität

Unter den Genossenschaften waren die Konsumgenossenschaften schon immer die „Politischen". Die Krise der co op und die dynamischen Entwicklungen im Naturkostbereich lassen hier auf eine Wiederbelebung hoffen.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Konsumgenossenschaften – unter diesem Sammelbegriff verbirgt sich ein breites Spektrum von Genossenschaften im Lebensmittelbereich. Ihre Spannweite reicht von den großen alten co op Genossenschaften bis hin zur kleinen Bioladenkooperative. Die einen, beispielsweise die Dortmunder co op, erreichen in ihrer Region marktbeeinflussende Größenordnungen. Die anderen bemühen sich mit einem einzelnen Geschäft als Organisationsstelle um neue, ortsgebundene Vermarktungsformen. Dazwischen hat sich in der „Öko-Szene" eine erstaunliche Vielfalt von Erzeuger-Verbrauchergenossenschaften, genossenschaftlichen Großhandelsunternehmen und Einkaufsgemeinschaften entwickelt. Auch wenn sich die Probleme, Auseinandersetzungen und Diskussionsschwerpunkte dieser verschiedenen Genossenschaftsformen erheblich unterscheiden, spannend ist die Suche nach den grundlegenden Übereinstimmungen und Unterschieden allemal.

Gemeinsame Wurzeln liegen in der Idee des Kooperatismus – Vorläufer der Gemeinwirtschaftsvorstellungen. Die alten Genossenschaften haben sich großteils hiervon verabschiedet, den neuen sind solche Parallelen häufig nicht einmal bewußt. Wichtig wäre es deshalb, die Auseinandersetzung um den Kooperatismus neu zu beleben. Erweitert mit Überlegungen zu einer ökologischen Wirtschaftsreform wären gemeinwirtschaftliche Überlegungen mehr denn je gefragt: Mit ihrer Hilfe ließen sich Umverteilungen zuungunsten des einzelnen und zugunsten ökologischer Problemlösungen sowie der Dritten Welt leichter begründen und durchsetzen.

Erster Schritt dazu ist eine Rückbesinnung der traditionellen Genossenschaften auf ihre eigene Herkunft. Ihre Trennung von der co op AG und die Wiederbelebung Hamburgs als ehemaliges Zentrum genossenschaftlicher Ideen bieten hierfür gute Chancen. In dem ersten Beitrag des Schwerpunktes wird ein Überblick auf diese aktuellen Entwicklungen bei den co op Genossenschaften gegeben, vor allem aber auch für eine verstärkte Zusammenarbeit von alt und neu plädiert.

Unter den neuen Genossenschaften im Lebensmittelbereich gewinnen besonders die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften an Bedeutung. Liegt doch in der engen Kooperation beider Gruppen die größte Gewähr, daß naturbelassene Lebensmittel nicht nur diesen Namen tragen. Umstellungshilfen und Absatzsicherung für die Hersteller bei gleichzeitiger Einkaufserleichterungen für die Konsumenten machen einen entscheidenden Vorteil dieser gebrechlichen Kooperationsform aus. Mit der Darstellung dreier Beispiele und ihrer völlig unterschiedlichen Wege wird dieser Entwicklung im zweiten Teil des Schwerpunktes Rechnung getragen.

Der dritte Teil dreht sich um „neue Geschäftsideen". Darin wird deutlich, daß oft nur genossenschaftliche Kooperationsformen über die Kraft verfügen, noch nicht erschlossene Öko-Märkte zu öffnen. Ein Mittagsmenueservice mit Vollwertkost und Fleischvermarktung von artgerecht gehaltenen Tieren stehen als Beispiele hierfür. Aufgrund der von ihnen übernommenen Pionierrrolle sind sie besonders unterstützenswert.

Abbild.: Archiv für Genossenschaftskultur im Wohnbund

Abgeschlossen wird der Schwerpunkt mit einem Ausblick auf anstehende Veränderungen durch die EG '92. Für die Genossenschaften bedeuten sie Bedrohung und Chance zugleich. Bedrohung, weil durch die Öffnung der Grenzen die Besonderheiten der verschiedenen Regionen weiter verwischt werden. Die Schutzfunktion der Grenzen geht völlig verloren. Eine Chance für bundesdeutsche neue Genossenschaften aber enthält die anstehende Harmonisierung des EG-Rechts. Die bisher starre Handhabung der genossenschaftlichen Unternehmensform wird so neue Impulse erfahren: Walter Braun hofft, daß hier über die Zusammenarbeit Gleichgesinnter, vor allem auch gemeinwirtschaftliche Ideen wieder einen größeren Stellenwert gewinnen.

Schwerpunkt Seite 5 bis 8

AUS DEM INHALT:

DDR-BUNTSTIFT-BUSTOUR

Ab dem 15.Oktober 1990 geht BUNTSTIFT, der Dachverband der grünnahen Bildungswerke, mit einem «rollenden Tagungshaus» auf Tour durch die ehemalige DDR. In vielen Städten werden Seminare und Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit örtlichen Gruppen stattfinden. Schwerpunkt sind vor allem ökologische Themen wie Probleme der Selbstverwaltung, «Frauen und Arbeitswelt» etc.
Ziel der Tour ist es, die Zusammenarbeit zwischen Ost und West zu stärken – unter dem Motto «Perspektive braucht Bewegung».
Mehr dazu auf Seite 11.

BIOMÜLL

Ein umweltfreundlich und noch dazu wirtschaftlich sinnvolles Verfahren zur Müllverwertung ist das Verfahren zu anaeroben Vergärung der Münchener Firma BTA. Trotz Interessensbekundung zahlreicher bundesdeutscher Kommunen scheint die Umsetzung hierzulande doch sehr schwierig zu sein.
So werden in den kommenden Monaten die ersten Großanlagen nach dem BTA-Verfahren in zwei dänischen Kommunen gebaut.
Ein Bericht auf Seite 4.

PRIVATFUNKFINANZIERUNG

Für die meisten dürfte es unbekannt sein, daß ein Teil der öffentlich eingezogenen Rundfunkgebühren auch an den Privatfunk gehen.
Die laut den entsprechenden Landesmediengesetzen vorgeschriebene Kontrolle und Organisation der Kommerzfunker wird nur zu einem verschwindend kleinen Teil von ihnen selbst getragen.
Gibt es hier eine heimliche Subventionierung des Privatfunks? «Den seinen gibt's der Herr im Schlaf...»
Näheres dazu auf Seite 3.

ALTERSVORSORGE FÜR SELBSTVERWALTE-RiNNEN

Eine interessante Möglichkeit zur Absicherung der Altersversorgung für Leute in Selbstverwalteten Betrieben bietet beispielsweise das Versorgungswerk des NETZes e.V.. Gegründet vom Verband der soziokulturellen Zentren, den NETZWERKEN aus NRW, transfer, Verbund der Fairsicherungsläden, Ökowerk und Ökofonds besticht das «Netz» durch außergewöhnliche Versicherungsleistungen, die auch den sehr unterschiedlichen Anforderungen von Mitgliedern selbstverwalteter Betriebe gerecht werden.
Weiteres auf Seite 10.

GELD

In seinem Beitrag in der Reihe «Das verflixte Geld» geht Helmut Creutz diesmal auf den Begriff «Wachstum» in der Wirtschaft ein. Ist ein ständiges Wirtschaftswachstum wirklich so positiv zu sehen, wie es uns zumeist dargestellt wird? Oder welche Probleme treten dabei auf?
Der Begriff «Wachstum» täuscht vor, daß es sich bei den Mechanismen um natürliche Vorgänge handelt...
Mehr dazu auf Seite 14.

WIRTSCHAFTSSCHRUMPFUNG

Um Wirtschaftswachstum geht es auch in dem Beitrag von Wendelin Himmelheber, der dies als Grundübel des Kapitalismus bezeichnet: Es kann sich in jedem Fall nicht mit einem ökologischen Wirtschaften vereinbaren lassen, so der Autor.
Deshalb macht er einen Vorschlag, wie die Wirtschaft zum Schrumpfen gebracht werden kann.
Näheres auf Seite 12.

P 8008 E

151

00.2621 001 5

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

EIN «ETWAS ANDERES» KULTURPROJEKT IN BREMERHAVEN

Wutwelle / Gezeitenmüll

Seit über einem Jahr macht die WUTWELLE von sich reden; trotz der spontanen Begeisterung aller InsiderInnen fällt eine Beschreibung im „Schnellschuß" schwer... das Projekt will einfach in keine Schublade passen!

Matthias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Weder die Art der Finanzierung, noch die Wahl der KooperationspartnerInnen, weder die fertiggestellten Produkte noch der Weg ihrer Erstellung läßt sich auf den ersten Blick mit anderen „Unternehmen in Sachen Kommunale Kulturarbeit" vergleichen. Also, einmal mehr... unkonventionelle Wege an der Küste: WUTWELLE/GEZEITENMÜLL hat eine genauere Betrachtung verdient.

WUT UND WELLE VOR ORT

Zuerst wirkt das Ganze wie eine volkshochschulgestützte Medienwerkstatt. Eine Projektkoordinatorin sowie eine Medientechnikerin kümmern sich hautptamtlich um ein Audioaufnahme- und Produktionsstudio innerhalb der Bremerhavener Volkshochschule; ein Schnittplatz, eine Sprachkabine, Mikrofone; Recorder zum Ausleihen, Produktionspläne mit Studiozeiten und Projekten; es könnte fast einer von diesen „Offenen Kanälen" sein. Ist es aber nicht.
Irrtum Nr. 1:
Das Projekt WUTWELLE/GEZEITENMÜLL ist zwar bei der VHS angesiedelt, begreift sich aber als ein selbständiges Projekt und unterliegt nicht den konventionellen Anmelde- und Teilnahmemodalitäten von VHS-Kursen.
Irrtum Nr. 2:
GEZEITENMÜLL fällt nicht ab für's Kabel oder für irgendeine No-Name-Frequenz, sondern wird produziert für das dritte Radioprogramm von Radio Bremen, eine Stunde wöchentlich, samstags nachmittags.
Irrtum Nr. 3:
Stichwörter „Medienwerkstatt/Offener Kanal"... Nicht jede/r kann, quer und krumm, wie's gerade kommt, mal eben was machen, und das geht dann über den Sender. WUTWELLEnsendungen werden von einem Projekte-Plenum geplant und durchkonzipiert. Hier sind alle antragstellenden Gruppen von Bremerhaven mit Stimmrecht vertreten. Alle Anträge werden diskutiert und in einem thematischen Zusammenhang für die jeweilige Sendung gestellt.
Irrtum Nr. 4:
WUTWELLE läßt schnell an alternatives Radio denken, die tatsächlich erreichte medienspezifische „Gegenöffentlichkeit" ist aber nur ein Teilaspekt des Projektes.

DAS VERFLIXTE GELD

Ein solches Projekt kostet. Manchmal sehr müde und mürbe Geister der „kommunalen Unruhe" müssen über eine geschickte PR geweckt (und wachgehalten) werden; der Motor für Gremienarbeit und Fachrat vor Ort muß laufen: Neben „Radiowerkstatt"-Kursen und praktischer Umsetzung von Produktionsideen müssen Projekt-„Mitbestimmungs"modelle in die Praxis umgesetzt werden: „Wenn Du nächtste Woche nicht zum Treffen kommst, kann Eure Gruppe eben nicht mitreden..." und so weiter. Und: Überörtliche PR-Arbeit. Und: Wer hat den Recorder versaut? Und: Warum klappt es mit der nächsten Sendung nicht? Und: Mittwochs ist „Stammtisch"... Und: „Guten Tag, wer sind Sie denn? Wollen Sie 'was von uns?"

Für 1989 und 1990 ist die WUTWELLE der GEZEITENMÜLL immerhin mit jeweils 300.000 DM abgesichert. Davon ist die technische Installation von Aufnahme- und Produktionsmöglichkeiten bezahlt worden, ebenso die Gehälter der 2 Hauptamtlichen (Koordinatorin, Technikerin) und die Entstehung von nahezu 50 Sendungen von jeweils einer Stunde in öffentlich-rechtlicher Sendequalität. Desweiteren die Versicherung benutzter/geliehener Geräte, die Öffentlichkeitsarbeit um die Sendungen herum.

Nicht bezahlt werden Honorare für Sendebeiträge, „Spesenunwesen" und die ehrenamtliche Arbeitskraft für die medienbezogene Umsetzung einer Projektidee.

ENDLICH: EIN GOLDESEL...?

Niemand hat Geld zu verschenken. Das ist an sich nichts Neues. Weder sind die „Großkopferten" von ARD und ZDF ausgeklinkt und haben ihr intimes „Küsten"-Herz entdeckt, noch kommt das Geld von einer kommunalen Mäzengröße, die Großmutters „Asche" „soziokulturell sinngebend" verpulvern wollte.
Warum die WUTWELLE Luft holen (und auch ablassen) konnte innerhalb einer öffentlich-rechtlichen Anstalt hat weniger mit „Spendierhosen" als mit medienjuristischen Kausalitäten zu tun.

Fortsetzung Seite 2

FORTSETZUNG VON SEITE 1: EIN «ETWAS ANDERES» KULTURPROJEKT IN BREMERHAVEN

Wutwelle / Gezeitenmüll

Als letztes Land der alten BRD hat sich Bremen endlich ein Mediengesetz gegeben, das die Dualität von privatkommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien regeln soll. Die zu diesem Zweck eingerichtete Bremer Landesmedienanstalt war im Gegensatz zu anderen Bundesländern so sparsam, daß sie einen Großteil der Gelder, die ihr aus dem Anteil der Rundfunkgebühren zustanden, gar nicht ausgeben wollte.

Das Bremische Gesetz sieht in diesem Fall vor, das Geld an **Radio Bremen** zurückfließen zu lassen (schließlich stammt es ja aus Rundfunkgebühren!) mit der Auflage, hiermit „besondere kulturelle Veranstaltungen" durchzuführen. Ein zur entsprechenden Vergabe eingesetztes Kuratorium entschied über einlaufende Projektanträge. Mutterwitz, Hausinteresse und Courage der Vorsitzenden, Programmdirektorin Frau Carola Somerey, war es zu verdanken, daß ein bestimmter Vorschlag aus der „Provinz" Bremerhaven bei **Radio Bremen**Gehör und Zustimmung fand.

Programminteressen

Diese Zustimmung wurde natürlich nicht ohne Grund erteilt. Wöchentlich eine Sendung von einer Stunde Länge. Das ist ein Geschenk aus einer Region, von der man und frau kaum bei **Radio Bremen** hören: Der „Küstenschnack" bemüht sich redlich, von den KolleginnInnen im lokalen Hörfunk aufbereitet; die Momentaufnahmen im TV-regionalen „Buuten und Binnen" aber produzieren oft nur „Schattenlichter der Provinz".

Da kam der Antrag an **Radio Bremen** und dessen Gremium nur recht; WUTWELLE/GEZEITENMÜLL... Den Frust, der die Leute plagt, mediengerecht und anhörbar in eine regelmäßige Stunde Programm gepackt, soziokulturelle Power mal X, und überhaupt, wär' das nicht was, so frisch von der Unterweser?

Carlola Somerey kann rechnen, nicht nur, weil sie muß. Und so kam ein Vertrag zustande, der einerseits den „Laien" der WUTWELLE Programmautonomie in der Gestaltung einer wöchentlichen Sendung bei **Radio Bremen** zusichert (soweit sich das nicht mit dem bremischen Landespressegesetz beißt). Andererseits behielt sich **Radio Bremen** die Rechte an der vollständigen Verwertung der erstellten Beiträge vor und verpflichtete sich zu Kostenübernahmen nur insoweit, wie die Mittel von der Landesmedienanstalt für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurden.

Neben allem Geschäftssinn, der bei **Radio Bremen** hinter diesem Vertrag steht, muß erwähnt werden, daß der Sender als bislang einziger in der BRD den Mut aufbrachte, einen Teil seiner Programmautonomie für die Sache der bürgernahen „Gegenöffentlichkeit" zur Verfügung zu stellen.
Carola Somerey dazu: „Man kann zur WUTWELLE stehen wie man will... ich persönlich sehe darin eine gesellschaftliche Strömung und die muß ich ernstnehmen... Ich habe immer gesagt, dafür brauchen wir keine privaten Organisationen..."

Manch' alternativem Medienprojekt ist hier aus der Seele gesprochen; es hat ja auch etwas von Absurdität, daß Projekte wie RADIO 100, RADIO Z oder RADIO DREYECKLAND sich in die Bedingungen kommerzorientierter Mediengesetze „einschmuggeln" mußten, um überhaupt als radio-aktive Gegenöffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Allerdings, auch in Bremen haben die Massen das Funkhaus noch nicht besetzt, um... zum Beispiel den bei solchen Gelegenheiten gern zitierten Bert Brecht glucksen zu hören, zwischen Mätresse und der Exil-Havanna:
„Prollies aller... (alternativen Sendebemühungen...) vereinigt Euch und übt Euch in gegenseitiger, gleichberechtigter und vor allen Dingen erschöpfender Kommunikation!!!"

Knüppel nicht nur aus den „eigenen" Reihen

Ganz im Gegenteil zum obigen Szenario war die lokale Schlacht entbrannt, als die Finanzierungshöhe der WUTWELLE bekannt wurde. Verständlich war der Unmut innerhalb der Szene schon: Seit Jahren wurden die unabhängigen „MacherInnen" mit Vertröstungen abgespeist; gerade mal 50.000 DM hatte die Kommune für lokale Kulturinitiativen lockergemacht. Und nun plötzlich so ein unerwarteter Batzen Geld aus Bremen und... mit dem Votum des Kulturdezernenten schmückte sich erst einmal die VHS mit der Projektanbindung.

Der vorschnellen Anfeindungen von allen Seiten waren keine Grenzen gesetzt. Die Lokalpresse: Mafia-Methoden, die teuersten Volkshochschulvergnügen überhaupt, Machtanmaßung, dolles Ding mit vagem Konzept.

Selbst RechnungsprüferInnen mußten ran an's WUTWELLige Werk, nachdem aus der Landesmedienanstalt das Gerücht laut wurde, hier würden Einzelpersonen widerrechtlich gefördert. Aber auch die öffentliche Rechnungsprüfung konnte der WUTWELLE und dem GEZEITENMÜLL nur das Beste unterstellen: Hier wird kein Geld **verpulvert**. Die wirklichen Sargnägel kamen von einer ganz anderen Ecke. Die Medienanstalt entschied in diesem Frühjahr, daß sie ihre Mittel tatsächlich selbst verbrauchen möchte:
– Offene Kanäle sollen her, für Bremen und auch für Bremerhaven, jeweils TV und Radio. Medienpools, kleine Verwaltungseinheiten, Kabel- und Gerätebetreuung, „bürgernahe Spielwiesen", wie diese medienpolitischen Hinterlassenschaften der 80er Jahre gern genannt werden. Das Mediengesetz sieht deren Einrichtung vor, da gibt es nichts zu rütteln.
– Außerdem will sich die Medienanstalt im Rahmen ihrer Möglichkeiten personell und strukturell aufwerten. Und so sind die 1,5 Mio. DM des Haushalts schnell dahin: Ein Drittel an die Verwaltung, 2 Drittel in den Aufbau der Offenen Kanäle. Für die WUTWELLE als Modellprojekt bleibt da nichts mehr; weder **Radio Bremen** noch die Kommune Bremerhaven sind finanziell in der Lage, das Projekt aus ihrem Haushalt zu bestreiten. Schon wieder ein Aus für eine schöne Geschichte?

Chance, Hoffnung, Wirklichkeit

Wie es heute aussieht, wird es die WUTWELLE und den GEZEITENMÜLL als Projekt noch eine Weile geben: **Radio Bremen** ist nach Aussage der Programmdirektion nicht gewillt, sich einen spannenden Programmplatz aufgrund von medienpolitischen Querelen kaputtmachen zu lassen und verhandelt kräftig mit allen Beteiligten. Die Inis in Bremerhaven vor Ort und das Projektkontor kämpfen weiter um die Chance, einmal in der Woche geballt (und vor allen Dingen geübt!!!) die Klappe aufzureißen: Hallo, hier sind wir, bei uns schwappt's übel an, und wir wollen Euch mal die Ohren volldröhnen, was so abgeht zwischen Aufstehen und Teezeit...

Und bisher schwappt er noch, der GEZEITENMÜLL. Die CONTRASTE-Redaktion hofft mit dem Projekt vor Ort, daß die WUTWELLE nicht nur bis Bremen kommt... ●

«Die WUTWELLE im Schnell-Schwapp»:

Und das Ganze gibt es wirklich.
Seit Mitte letzten Jahres treffen sich alle 2 Monate auf -Projektrats-Sitzungen- im -Projekte-Kontor- (Waterkant, ick hör dir trapsen...) Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen. In ihrem Kreis wird beschlossen, wie bestimmte Themen, die Bremerhaven angehen, als -Projekte- umgesetzt werden können. Endprodukt muß zwar laut Vertrag zwischen Radion Bremen und der Kommune Bremerhaven eine Radiosendung sein, entscheidend aber, daß die behandelte Thematik mit Bremerhaven zu tun hat (und mit der Wut, in dieser Stadt leben zu wollen/zu müssen.
Themen waren bislang zum Beispiel:
Leiharbeit, Werftensterben, Streit um Baudenkmäler, Ausländerfeindlichkeit... aber auch: Schulklassenprojekte, Musikperformances, multikulturelle Einflüsse auf die Stadt..., Maskenspiel.
Mitmachen kann eigentlich jede/r:
Da gibt es die 78jährige Rentnerin, die selbstverfaßte Gedichte einbringt genauso wie die 2jährige Gianna, die ihre Stimme der Kinderhörspielgruppe leiht. Teilnahmegebühren gibt es nicht; nur: die, die nicht kommen, können nicht mitmischen.

Und Geld gibt es. Jede Idee, die ins Projekt getragen wird, kann für ihre thematische Umsetzung bis zu (tatsächlich!:) fünftausend Mark verschlingen. Muß aber nicht. Wenn zum Beispiel die wahren Performance-ExzentrikerInnen fehlen, wenn mit den fähigen ReferentInnen um den stadtteilorientierten Konflikt gestritten werden soll, wenn derselbe Mist vor Ort auch in 'ner anderen Stadt passiert und man und frau sich das erst mal angucken müssen... -Produktionskosten-einfordern: Aber nur mit Projektratszustimmung, bitteschön.

Auch bei der WUTWELLE gibt's Fragen:
Der Bremerhaven-Bezug steht beim Projekterat dick im Vordergrund; werden seine EinwohnerInnen einbezogen? Handelt es sich um eine Aktivität, die sonst in der Stadt nicht umgesetzt werden könnte? Ist Außenwirkung angestrebt und ist Offenheit in der Bearbeitung angesagt? Wollen die InitiatorInnen an der Umsetzung mitarbeiten und... als Wichtigstes (Namengebendes): Waren WUT und Ohnmacht der Ursprung und Auslöser für den Vorschlag zum konkreten Projekt? Kritische Auseinandersetzung mit der Lebenssituation in Bremerhaven ist gefragt. Zumindest bei der WUTWELLE.

«Projektalltag: Ein Beispiel»

Lange genug hatte die ehrenamtlich arbeitende Südafrika-Gruppe nach Geldgebern ausgeschaut, die ihnen den Wunsch erfüllen sollte, die Leute von der -Berliner Compagnie- in ihre Stadt zu holen. Deren Anti-Apartheid-Programm war kein Kassenrenner für Kommerz-Kultur-Veranstalter; es paßte aber glänzend in die grauen Bezüge der Stadt: Der Hafen, ein Umschlagplatz für südafrikanische Waren, der zunehmende Fremdenhaß und die Wut über Geschäfte bundesdeutscher Firmen mit der Apartheid.

Klares Votum des Projekterates dafür. Und: Interviews entstanden; während eines Gottesdienstes, bei einer Wochenmarkt-Umfrage, mit schwarzen BesucherInnen aus Südafrika. Außerdem ein Live-Mitschnitt der -Berliner Compagnie- in der Stadt. Die Projektarbeit (Veranstaltungen, medienspezifische Umsetzung) bot eine Chance zu neuen Perspektiven; AktivistInnen der Südafrika-Gruppe setzten sich mit tontechnisch eingegangenem Material erst einmal ein Arbeitswochenende zusammen, um die neuen Erfahrungen auszuwerten. Wollte man und frau die eigentlich wirklich -an die große Glocke- hängen und wenn ja, wie war das zu schaffen? Workshop-Atmosphäre, eine -Sendung- wurde -gebastelt-, vor dem Mikrofon war 'was zu sagen, aber was... und: -Ich?-.

Die Sendung dann, mit viel Spucke und noch mehr Puste..., sie reihte sich unter folgendem Titel in das WUTWELLEN-Geschehen bei Radio Bremenein:

> -Bremerhaven – Antiapartheidsstadt? Eine Sendung der Südafrika-Gruppe über die Südafrikaproblematik und die Bedeutung Bremerhavens in diesem Konflikt, mit Auszügen des Theaterstücks -Jedem das Seine- der -Berliner Compagnie-.-

Andere Projekte der WUTWELLE sind vielleicht weniger weltenrührig, unauffälliger; Entstehungs-, Umsetzungsprozesse aber ähneln sich nach folgendem Muster:
WUT/MÜLL ist da... niemand will etwas davon wissen. Bohren, freischaufeln, erst mal untereinander, später mit anderen drüber reden, noch viel später andere drüber hören lassen.
Neue Kontakte, neue AnsprechpartnerInnen:
Über den -RUNDFUNK- läßt sich diskutieren: Der Nachbar und die Kommunalpolitikerin, der FreundInnen- und der Feindeskreis... sie alle können teilhaben; die -Öffentlichkeit-, wer immer das auch manchmal sein mag, wird mehr oder minder -sanft- zur Teilnahme gebracht.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Zahlen und Fakten zur Festung EUROPA.
Argumente dafür und - vor allem - dawider.

Wir verschicken Material zum
·Polizeistaat Europa,
·Nationalismus/Rassismus.
·auch: antirasistische Plakate, Spuckies, Infos zum neuen Apartheidtsgesetz, Aufnäher, Schengener Abk. u.a.m.

C.I.R.U.E.
c/o Stadtjugendring
Bgm. Smidtstr. 114
28 Bremen 1

AB OKTOBER AUF WDR 1: DAS OFFENE RADIO

Köln entdeckt «neue» Programmelemente...

Nachdem sich jahrelang die Profis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks alle Mühe gegeben haben, ihr Publikum zu informieren, zu unterhalten, anzuregen (und auch zu langweilen...), dürfen jetzt endlich auch einmal die HörerInnen „machen"!

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Warum ist plötzlich aktive Bürgerbeteiligung gefragt in der Programmdirektionsetage? Was steckt hinter der neuen „Offenheit"?

Unbekanntes Terrain

Beim WDR-Hörfunk gab es bislang Bürgerbeteiligung eigentlich nur im konventionellen Format der „Mit"machprogramme: Da durften HörerInnen Platten wünschen, Themen vorschlagen, über ihr Leben und ihre Meinung erzählen, sich auch mal einen Gala-Gast wünschen. Programm machen durften sie aber nicht.

Einzigartig in Sachen „Bürgernähe" ist allenfalls das eineinhalb jahrzehntealte Programm-Krokodil „Hallo, Ü-Wagen". Dessen „Lokomotive" Carmen Thomas hat bundesweite Anerkennung gefunden in der lebhaften Art der konzipierten Bürgerauseinandersetzung: Nirgendwo sonst werden im öffentlich-rechtlichen Rundfunk brisante Themen vor Ort so kontrovers und ausführlich (immerhin 3 Stunden pro Woche im Vormittagsprogramm) ausgebreitet.

Im OFFENEN RADIO soll man und frau endlich selbst Radio machen dürfen! Von Aachen bis Wuppertal, von Münster bis Essen... in allen Regionalstationen des WDR wird Raum, Zeit, Rat und Technik für die BürgerInnen zur Verfügung stehen, damit sie nach Herzenslust eigene Beiträge konzipieren und: erstellen! können...

Kosten und Mühen wurden nicht gescheut: ProduktionsassistentInnen des WDR bereisen kreuz und quer das Land, stehen (nach ausgeklügeltem Fahrplan) vor Ort zur Verfügung, um den Rundfunk-Laien zu helfen. Für die Gesamtkoordination ist extra eine neue Redaktionsstelle eingerichtet worden: Die 38jährige Nina Tschierse hat diesen Posten als WDR-erfahrene Frau („Morgenmagazin", „aktuelle Stunde", „Landreport" usw.) übernommen und will lt. Presseerklärung an einer anderen Qualität von Radio arbeiten: Lustvoll, verständlich, fesselnd und in Alltagssprache.

Nun, das sollte ja Grundgebot aller Radiosendungen sein, immer vorausgesetzt, ihre MacherInnen haben den Ehrgeiz, ihnen als Medienform vor einer Vielzahl von Menschen Gehör zu verschaffen.

Wie das Programm nun genau entwickelt wird, bleibt abzuwarten. Während der Woche wird es jedenfalls aus allen Landesteilen zusammengetragen, um am Samstagmorgen für jeweils eine wöchentliche Stunde vom „OFFENES-RADIO-Info-Center" auf der Kölner Domplatte übertragen zu werden.

Schauplatz NRW

Die professionellen JournalistInnen des WDR brauchen sich nicht zu sorgen; ihr Intendant Friedrich Nowottny und dessen Hörfunkdirektor Manfred Jenke betreiben das neue OFFENE RADIO sicher nicht, um die Übernahme des Gesamtprogrammes durch eine ambitioniert-ehrenamtliche HörerInnenschaft auszutesten und gleichzeitig den Abbau der ach so hohen Personalkosten zu erwägen.

Warum der WDR die Chance direkter Bürgerbeteiligung gerade jetzt ergreift, obwohl der gesetzliche Rahmen dies schon viel eher zugelassen hätte, mag durchaus an den medienpolitischen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen liegen.

Im Gegensatz zu anderen ARD-Anstalten hat der WDR immer eine sichtlich aktive Rolle gespielt, was die Konkurrenzsituation durch das duale Rundfunksystem betrifft.
– Präventiv zum kommerziellen Lokalfunk wurde schon vor Jahren mit der Einrichtung von (bislang immerhin 19!) Regionalstudios begonnen, die täglich aus dem lokalen Umfeld in WDR-eigenen Programmen berichten.
– Ein Unikum bei der bundesweiten Einführung des Privatfunks ist die Beteiligung des „Westdeutschen Werbefernsehens" WWF als ARD-Tochter-Unternehmen zusammen mit Verlegergruppen an einem privaten Hörfunkproduzenten. Diese „RADIO NRW GmbH" erstellt den Programmrahmen für die lokalen Privatsender und will darüber landesweit die begehrte Markenartikelwerbung akquirieren.

Das OFFENE RADIO paßt in diesen Kontext; der WDR kann mit diesem bürgernahen Programm eine öffentlichkeitswirksame Antwort geben auf die zähen Auseinandersetzungen um die Bürgerbeteiligung im NRW-Privatfunk. Die gesetzlichen Regelungen fordern nämlich in NRW die Integration von selbstgestalteten HörerInnenbeiträgen in den kommerziell organisierten Lokalfunk; manche der BetreiberInnen sehen das erstellte Programmraster durch eine Amateurquote empfindlich gestört.

In dieser Situation kann der WDR einmal mehr das Radio „neu erfinden".

Wie heißt es in einem offenen Brief von Carmen Thomas an Nina Tschierse:
...gespannt wie ein Flitzebogen bin ich darauf, wie das Publikum Ihre Rundfunkneuheit... annimmt. ...der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. ...Alle, die das ausprobieren, werden bestimmt ein verständnisvolleres, aber zugleich selbstbewußteres Verhältnis zu unserem und auch zu anderen Medien gewinnen...

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Schenk-Onkel und Medienpädagoge; wie schön! Allerdings, ganz so neu ist der Programmplatz OFFENES RADIO in der ARD nun doch wieder nicht: RADIO BREMEN sendet seit mehreren Jahren unter diesem Titel eingesendete Beiträge von HörerInnen, allerdings ohne inhaltliche Kommentierung oder redaktionelle Betreuung und in der Folge ihres Eingangstermins, also nach dem „Prinzip der Schlange". ●

FINANZIERUNGSHILFE FÜR PRIVATFUNK?

Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf...

Was machen die öffentlich eingezogenen Rundfunkgebühren beim Privatfunk? – Ein Hinweis in die Fachliteratur.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelber ● Die Redakteurin Marlene Wöste beschäftigte sich in der Mainummer der Media-Perspektiven mit einem Thema, das unter KritikerInnen des dualen Rundfunksystems schon lange als ein heißes Eisen gehandelt wird.

Wenn auch etwas verspätet, hat dieser Aufsatz besondere Aufmerksamkeit verdient: Unter dem Titel „Nur knapp die Hälfte für Lizenzierung und Kontrolle" findet man und frau eine Reihe von Daten und deren Kommentierungen, die Aufschluß geben über die Ausgaben und Einnahmen der Medienanstalten in den einzelnen Bundesländern.

Kontrolle und Organisation

Die Autorin entblättert ein offenes, aber nie so recht publik gewordenes Geheimnis: Weit über 300 Mio. DM sind seit der Installation von Privatfunk in die Aufsichtsgremien geflossen, die für Kontrolle und Organisation der Kommerzfunker lt. entsprechender Landesmediengesetze zuständig sind. Nur knapp 10 Mio. DM dieser Summe trugen die Privatfunkveranstalter selbst (über Anbieterabgaben und Lizenzgebühren); der Rest der Summe kam von der öffentlichen Hand, von Anteilen aus den Kabelgebühren und von ARD/ZDF-Rundfunkgebühren (der letzte Posten allein macht ca. 270 Mio. DM aus).

Um diese Summe angesichts der Milliarden-Schieberei der letzten Wochen und Monate begrifflich zu erfassen: Rund 300 Mio. DM reichen z.B. aus, um die jährlichen Senderhaushalte der beiden kleinsten ARD-Anstalten (RADIO BREMEN und SAARLÄNDISCHER RUNDFUNK) abzudecken.

Die Privatfunker werden also nicht nach dem Verursacherprinzip behandelt; sie müssen für ihre Kontrolle und die Organisation des Sendegeschehens nur zu einem verschwindend kleinen Teil aufkommen.

Kabelgroschengräber?

Im Rundfunkstaatsvertrag ist über eine Gebührenerhöhung ab 1988 die Abgabe von 2% der Rundfunkgebühren an die Landesmedienanstalt eindeutig geregelt. Auch die damit zu tätigenden Aufgaben sind klar umrissen:

- Zulassung und Aufsicht von privatem Rundfunk,
- Förderung von technischer Infrastruktur zur terrestrischen Versorgung des gesamten Landes,

- und: Förderung offener Kanäle.

Wohin aber fließt nun das viele schöne Geld aus der eigenen Brieftasche tatsächlich und im einzelnen?

Der Aufsatz bietet ein umfassendes Bild, wie unterschiedlich die Medienanstalten der einzelnen Länder mit den ihnen anvertrauten Geldern in den letzten Jahren umgegangen sind. Während die einen sehr viel Geld in den eigenen Personalaufbau gepumpt haben (Bayern), investieren andere (Niedersachsen) hauptsächlich in die technische Infrastruktur, um die möglichst gleichmäßige Versorgung aller RundfunkteilnehmerInnen mit den neuen Programmen zu erreichen. Daneben werden Gutachten und Akzeptanzstudien in Auftrag gegeben, die die rechtliche und wirtschaftliche Position der privaten Rundfunkveranstalter untersuchen.

Neben einer Fülle von Einzelinformationen enthält dieser Aufsatz zwei Aussagen, die in dieser Deutlichkeit bislang noch nicht formuliert wurden:

- Die vorhandenen Mittel werden zuwenig zur geforderten Kontrolle des Privatfunks genutzt; die Personal- und Sachmittel sind zum großen Teil in den Gremien nicht ausreichend, um eine effektive und schlagkräftige Aufsicht zu gewährleisten. Hier ist vor allen Dingen zu erwähnen, daß dem fortschreitenden Konzentrationsprozeß nicht Einhalt geboten werden konnte.
- Die Mittel dienten bislang nicht selten zur direkten und indirekten Subventionierung der Privatsender. So werden in mehreren Ländern für die Anbieter die Postgebühren übernommen; Forschungsprojekte und Reichweitenstudien dienen nicht selten als PR-Maßnahmen für die „Privaten"; großzügige finanzielle Programmförderung unter regionalen und kulturellen Aspekten (wie sie z.B. in Bayern durchgeführt wird) enthebt die Anbieter von ihren Pflichten, ihrem umfassenden Programmauftrag gerecht zu werden.

Fazit wörtlich: „Privatwirtschaftliches Fernsehen und privatwirtschaftlicher Hörfunk sind keineswegs auch im vollen Umfang privatwirtschaftlich finanziert." (Das fällt natürlich besonders ins Auge, wenn zu den erwähnten 300 Mio. DM für die Medienanstalten noch die fast 10 Mrd. DM hinzugezogen werden, die die Post bislang in die Kabelverlegung investiert hat.)

«Abfall»-Produkte

Immerhin 10% der Mittel flossen in die Finanzierung und Erhaltung von OFFENEN KANÄLEN. Damit sind zumindest in einigen Ländern der BRD auch nicht-kommerzielle/medienpädagogische Projekte gefördert worden. Daneben ist der Aspekt interessant, daß die Medienanstalten nicht alles Geld ausgeben konnten/wollten, das ihnen für die Kontrolle/Organisation des Privatfunks zur Verfügung stand. Für diese Fälle besteht die rechtliche Regelung, daß Überschüsse an die ARD-Anstalten zurückgegeben werden.

Hier liegt ein Spannungsbereich, der durchaus für alternative und gemeinnützige Medien von Interesse sein kann. Das zeigt das Projekt WUTWELLE in Bremerhaven deutlich; schließlich wird es (bislang) aus solchen Überschußgeldern finanziert.

Ein Druck auf die Medienanstalten, unnötige Subventionskosten einzusparen und die überschüssigen Mittel via ARD-Anstalten für bürgernahe, gemeinnützige Projekte zur Verfügung zu stellen, die sich nie aus eigenen Kräften finanzieren können, wäre durchaus eine Überlegung wert. Ein solcher Druck verlangt aber politischen Durchsetzungswillen.

Das Beispiel NRW zeigt leider allzu deutlich, wie gern die politisch Mächtigen ihre eigenen Interessen durchboxen: Der dortige Überschuß von zur Zeit etwa 10 Mio. DM pro Jahr fließt auf eifriges Betreiben von Landesvater Rau (s. NRW-Medienforum 89) und mit der Einwilligung des WDR in eine Landesfilmstiftung: Sie hilft mit, den wirtschaftlichen Medienstandort NRW interessant zu machen! Dagegen... 10 Mio. DM in den Aufbau von selbsterstellten Bürgerprogrammen (Stichwort „15%"!)... welche Blumentöpfe, welche Wahlen lassen sich damit gewinnen...?

MEDIA-PERSPEKTIVEN finden sich in fast allen Bibliotheken; sie werden monatlich in knapper Auflage herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der ARD-Werbeanstalten. ●

4. WELTVERSAMMLUNG VON «COMMUNITY RADIOS» AMARC 4

Freie Radios aller Länder – vereinigt Euch!

Vom 12.-19. August trafen sich in Dublin/Irland ca. 300 unabhängige RadiomacherInnen, Interessierte und UnterstützerInnen aus über 40 Ländern um zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen, sich kennenzulernen und langfristige Zusammenarbeit zu planen.

Felix Forster, Redaktion Heidelberg ● Die Idee wurde zuerst 1983 in Montréal/Quebec in die Tat umgesetzt. Dort fand die erste Versammlung von MitarbeiterInnen freier Radios statt, AMARC 1 (Assemblée Mondiale des Artisans des Radios type Communautaire). 3 Jahre später, während AMARC 2 in Vancouver/Canada, wurde dann beschlossen, die 3. Weltversammlung im August 1988 in Managua/Nicaragua abzuhalten, und dort AMARC als offizielle Nicht-Regierungsorganisation zu gründen. AMARC, das ist also zweierlei: Ein großer Weltkongreß alle 2-3 Jahre und eine internationale NRO.

AMARC basiert auf der Überzeugung von der Notwendigkeit einer neuen Weltinformations- und kommunikationsordnung für einen gerechteren und besser ausgeglichenen Austausch zwischen den Völkern, dem Recht emanzipatorischer sozialer, politischer und kultureller Bewegung, sich auszudrücken, der Anerkennung der fundamentalen und speziellen Rolle von Frauen bei der Entwicklung neuer Kommunikationsformen. Mitglieder von AMARC drücken in ihrem Programm folgende Prinzipien aus: Die Souveränität und Unabhängigkeit der Völker, Solidarität und Nicht-Intervention in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Nicht-Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder sexueller Präferenz.

AMARCs grundsätzliches Ziel ist es, zur Entwicklung der „Community Radio"-Bewegung in der ganzen Welt beizutragen. Sie dient der Beratung, Koordination und Zusammenarbeit, dem Austausch untereinander und der Unterstützung von „Community Radios". „Community Radio" wird von AMARC definiert als ein nicht profitorientiertes (gemeinnütziges) Radio, das, außer daß es die o.g. Prinzipien anerkennt, der Gemeinschaft dient, in der es beheimatet ist oder an die es sich richtet, indem diese selbst zu Wort kommt und aktiv teilnimmt.

Jede Definition von „Community Radio" ist zwangsläufig problematisch. Jedes Radio und jede Initiative muß an der jeweiligen politischen, sozialen und kulturellen Situation gemessen werden. Ein freies Radio in der BRD, ein „Radio Rurale" in Burkina Faso und ein Guerilla-Sender in El Salvador sind schwer auf einen Nenner zu bringen. Alleine schon innerhalb Europas sind die existierenden freien Radios derart unterschiedlich, daß eine eindeutige Definition schwerfällt. Dementsprechend sind auch die Erwartungen an eine Organisation, die alle oder möglichst viele Radios zusammenschließt, nicht zu hoch anzusetzen. AMARC ist daher vor allem eine Dachorganisation zur Koordination und nicht zuletzt auch zur Finanzbeschaffung für Sender im Trikont.

Einige Ergebnisse:

- In Dublin wurde ein Solidaritätsnetzwerk gegründet, das es ermöglichen soll, innerhalb kürzester Frist weltweite Solidaritätskampagnen für politisch gefährdete Radios zu lancieren, und das langfristig Einfluß auf die medienpolitischen Rahmenbedingungen nehmen kann.
- Der Kongreß in Dublin wurde von den europäischen TeilnehmerInnen genutzt, mehrere Arbeitsgruppen ins Leben zu rufen, zusammengesetzt aus allen Interessierten, die bereit sind, kontinuierlich mitzuarbeiten. Über ihre Arbeit zu europäischer Medienpolitik, Kooperation und Programmaustausch untereinander und zwischen Stationen im Trikont und in Europa wird ein regelmäßiger Rundbrief informieren. Für 1991 ist ein Treffen von Radio-Initiativen in Litauen geplant.
- AMARC 5, die 5. Weltversammlung der „Radios Comunitarias", wird im Sommer 1992 in Mexico stattfinden. Bis dahin wird es 6 Ausgaben der AMARC-Zeitschrift „Interradio" geben. Bezug (US $ 10,-/Jahr). ●

Weitere Informationen über:
Radio Dreyeckland
Felix Forster
Adlerstr. 12
7800 Freiburg

ALTERNATIVES TV-PROGRAMM

Kanal 4 jetzt auch in Hessen... ...wo noch?

Im September erreichte uns die Mitteilung, daß der ambitionierte Fernsehanbieter KANAL 4 aus NRW künftig auch in Hessen zu sehen sein wird.

Mathias Lahnmann, Redaktion Heidelberg ● Seit der letzten Berichterstattung in CONTRASTE 6/89 hat sich im Verbreitungsbild von Kanal 4 eine Menge getan; während die Kölner damals ihre Programme als Fenster bei RTLplus und SAT1 durchsetzen mußten und aufgrund juristischer Auseinandersetzungen sehr oft überhaupt nicht im terrestrischen TV-Himmel zu entdecken waren, hat sich KANAL 4 in der Zwischenzeit in fünf weiteren Bundesländern um Frequenzplätze beworben.

Wie in Nordrhein-Westfalen bemüht sich KANAL 4 in diesen Bundesländern um die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Filmbüros, regionalen Produzentenprojekten und den Landesfilmdiensten. Aus einem Kleinanbieter ist eine richtige Rundfunkgesellschaft geworden. „KANAL 4" fällt auf. Auch schon auf manchen Fernsehseiten der Tagespresse...

Wo sendet KANAL 4?

(aus einer hauseigenen Pressemitteilung) Das Programm von KANAL 4 ist über Antenne in folgenden Verbreitungsgebieten zu empfangen:

bundesweit
wird das Programm über SAT 1 ausgestrahlt.
Baden-Württemberg
ab 8.9. auf der Frequenz von RTLplus im Rhein-Neckar-Raum, für Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen ist Inbetriebnahme zum 1.9.1990 geplant gewesen.
Bayern
Hier wird noch verhandelt.
Bremen
Verhandlungen über Fenster in pro7 und 3Sat in Bremen und Bremerhaven.
Hessen
Zulassung beantragt.
Nordrhein-Westfalen
Über die Frequenzen von RTLplus in 13 regionalen Verbreitungsgebieten, zusätzlich Einspeisung in die Kabelnetze.
Saarland
Auf den Frequenzen von 1plus in Dudweiler, Eschberg und Winterberg; Sendestart aus technischen Gründen im Dezember.

Wann sendet KANAL 4?

Die Sendetermine von KANAL 4 werden in TV-Zeitschriften, Tageszeitungen und Stadtmagazine abgedruckt. Weitere Angaben gibt es direkt bei:
KANAL 4
Postfach 400 444
5000 Köln 40
☎(0221) 23 34 44.

LOKALFERNSEHEN

Vom Piratensender zum Pilotprojekt

Kanal X, der als Piratensender begann, soll nun auf juristisch und finanziell solide Grundlagen gestellt werden. Inzwischen ist Kanal X als „Lokaler Fernsehsender Leipzig International e.V." ins Vereinsregister eingetragen und verfügt auch über das notwendige technische Equipment. Bis zur Schaffung der gesetzlichen Grundlage in Form eines sächsischen Landesmediengesetzes ist Kanal X nun dabei, die Sendetätigkeit in Form eines Pilotprojektes wiederaufzunehmen.

Es gilt, ökonomische, inhaltliche und formale Modelle der Fernseharbeit zu testen und in öffentlicher Diskussion zu entwickeln. Dabei soll Kanal X keine direkte Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen oder den privaten Sendern sein, sondern ein eigenständig entwickeltes Modell für bürgernahes Lokalfernsehen darstellen. Besondere Schwerpunkte liegen dabei auf lokaler Berichterstattung, Kulturinformationen, Verbraucherhinweisen und ökologischer Aufklärung für den Leipziger Raum sowie internationaler Nachrichten und Videokunst.

Kanal X, der Lokale Fernsehsender Leipzig International ist zu erreichen unter:
Kanal X, Haus der Demokratie,
Bernhard-Göring-Str. 152
DDR-7030 Leipzig
Tel. (0037/41) 32 82 29.
Telefax (0037/41) 32 82 29

Anzeige

UNFASSBA Nr.3 ist da !
Themen: Häuserkampf in Ost-Bärlin, Spitzel, Schleppscheiße, Vom Unsinn jeglichen Glaubens, Anarchafeminismus, Freie Liebe, Italia 90/Lücke & Enkel gegen nazionale Besoffenheit, Rückblick: Antikapitalistische Aktionstage, Rassismus, Zuvieldienst, "Selbst"-morde im Dortmunder Knast, Antifa Bochum u.a., PANK-Gedichte,...
Bestellen bei: UNFASSBA c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr.57, D-4400 Münster.
Preis: 3 DM in Briefmarken, Abo=10 DM
WiederverkäuferInnen: 5 St. = 10 DM.
Nur bar & im voraus.
Knastexemplare frei.

DÄNEMARK: ANAREOBE VERGÄRUNG

Biomüll als Rohstoff gut genutzt

Zwei dänische Kommunen bauen erste Großanlage nach BTA-Verfahren zur anaeroben Vergärung.

Redaktion Heidelberg ● In den kommenden Monaten entsteht nahe Helsingör – etwa 50 Kilometer nördlich von Kopenhagen – eine Großanlage zur anaeroben Vergärung von Biomüll. Sie ist die erste in Dänemark und zugleich die erste Großanlage nach dem BTA-Verfahren. Ein Münchner Ingenieur-Unternehmen, das seit einigen Jahren ganz auf innovative Umwelttechnik spezialisiert ist, entwickelte das Know-how. Am 23. August trafen sich Vertreter von Kommunen und beteiligte Firmen zum ersten Spatenstich. In der geplanten Anlage werden ab August 1991 etwa 20.000 Tonnen biogen-organische Abfälle pro Jahr zu energiereichem Biogas und torfähnlichem Reststoff „verarbeitet".

Es gibt inzwischen kaum eine Kommune, die mit ihrem Müll keine Probleme hat – EG-weit. Überall sind Städte und Gemeinden – inzwischen auch gedrängt durch handfeste staatliche Vorgaben – schon seit Jahren auf der Suche nach einem umweltfreundlichen und dazu noch wirtschaftlich sinnvollen Verfahren.

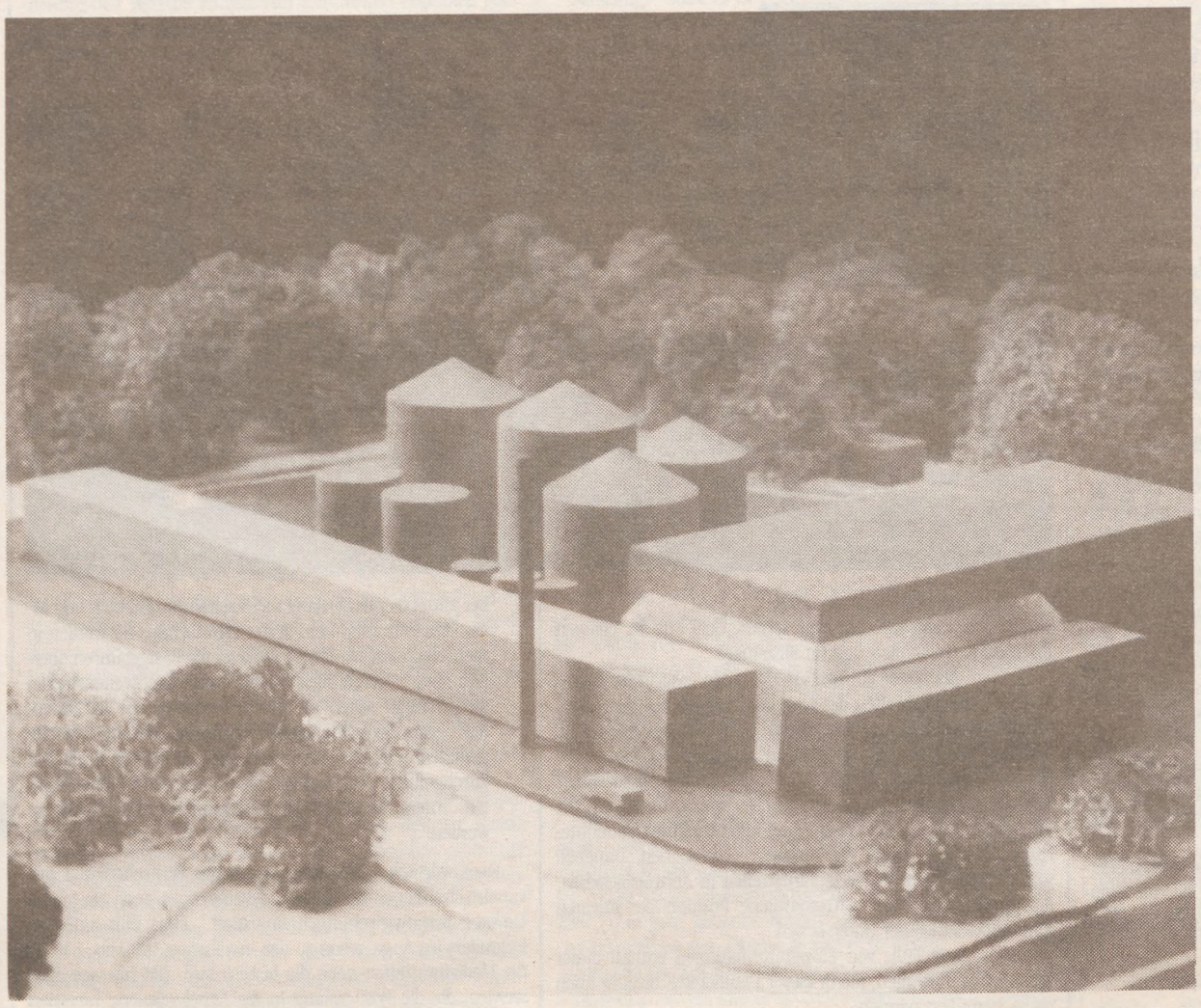
Genau das bieten die Ingenieure der Münchner Firma BTA (Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co. KG) inzwischen praxisreif an. Zahlreiche bundesdeutsche Kommunen und Kreise wie etwa Landsberg, München oder Baden-Baden bekunden zwar riesiges Interesse, doch bislang konnte in keiner Stadt oder keinem Kreis mit dem Bau einer Großanlage zur anaeroben Vergärung von Biomüll begonnen werden; – die bürokratischen Hemmnisse sind hierzulande wohl zu groß. So wird die erste Großanlage nach dem BTA-Verfahren nun doch im EG-Nachbarland Dänemark realisiert. Die Dänen gelten nicht nur als fortschrittlich – man denke zum Beispiel an die dänischen Aktivitäten im Bereich der Windenergie – sie haben darüber hinaus kein vergleichbares Planfeststellungsverfahren, das sich über Jahre hinziehen kann. Hierzulande fehlt es zudem häufig an der Unterstützung der übergeordneten Genehmigungsbehörden, die sich nur sehr langsam auf neue Technologien einzustellen scheinen.

Das war in Dänemark ganz anders: Die Kommunen Helsingör und Fredensborg-Humblebaek suchten schon von Anfang an nach einem Vergärungsverfahren für Biomüll aus der getrennten Sammlung. Durch ein dänischen Ingenieurbüro (Carl Bro) erkundeten sie den Markt und kamen schnell auf die Münchner Firma. Nun baut ein dänischer Generalunternehmer, die Fa. Krüger, die Anlage. Sie wird im August 1991 in Betrieb genommen und im Frühjahr 1992 ihre volle Kapazität erreichen.

Kooperation von sechs Kommunen

Die beiden genannten Kommunen Helsingör und Fredensborg-Humblebaek, die die Biogasanlage betreiben werden, arbeiten eng mit vier weiteren Kommunen in der Nachbarschaft zusammen, die wiederum ein Müllkraftwerk unterhalten. In der Biogasanlage werden dann die getrennt gesammelten biogenorganischen Abfälle von sechs Kommunen oder etwa 170 Tausend Einwohnern verwertet, während der Restmüll in der Anlage Nordforbraending thermisch genutzt wird.

Derzeit laufen im Einzugsgebiet Versuche mit der getrennten Sammlung in 2.000 ausgewählten Haushalten. In einer ersten Phase wurde die durchschnittliche Biomüllmenge ermittelt. Danach produziert, wie erwartet, jeder Einwohner etwa 100 Kilogramm Biomüll jährlich, so daß die Anlage mit 20 Tausend Tonnen jährlich passend konzipiert ist. In einer zweiten Testphase will man das Sammelsystem optimieren. Bis die Anlage fertig ist, wird der Biomüll noch kompostiert.



Modell der ersten Großanlage

Und so geht der Weg vom Biomüll zur Biogas: Müllfahrzeuge kippen den Abfall zunächst in eine 460 Kubikmeter fassende Auffanganlage. Vor der eigentlichen Vergärung durchläuft der Müll eine mechanische, thermische und chemische Aufbereitung: Der Biomüll aus Garten- und Küchenabfällen, Papier und sonstigen biologisch abbaubaren Bestandteilen wird sehr schonend zerfasert und von Fremdkörpern wie Steinen, Metallen, Glas, Plastik oder Textilien befreit. Die schweren Fremdstoffe fängt ein Schleusensystem auf, die leichten fischt der automatisch arbeitende Rechen heraus. Im anschließenden biologischen Teil der Anlage wird die Suspension – ein pumpfähiger Müllbrei – innerhalb von zwei Tagen weitgehend zu Biogas umgewandelt.

Mikro-Organismen «knacken» Feststoffe

Die Suspension wird zunächst in drei jeweils 25 Kubikmeter fassende Vorbehandlungstanks auf etwa 70 Grad Celsius erhitzt und ist damit frei von Bakterien und Viren. Nach einer Fest-Flüssig-Trennung gelangt der flüssige Anteil mit vielen gelösten Nährstoffen in zwei 800 Kubikmeter Hochleistungs-Methan-Reaktoren, während der andere Teil aus ungelösten Feststoffen zunächst in zwei jeweils 200 Kubikmeter fassenden, luftdicht angeschlossenen Hydrolysereaktoren weiter „geknackt" wird, bis auch diese Menge dann größtenteils in die Methan-Reaktoren wandert.

In dieser Hydrolysestufe bauen speziell „getrimmte" Mikroorganismen komplizierte chemische Verbindungen wie Fettsäuren, Zellulose und Alkohol zu Essigsäure, Wasserstoff und Kohlendioxid um, Stoffe, die dann ebenfalls spezialisierte Methan-Bakterien – auch Fäulnisbakterien genannt – in der nächsten Verfahrensstufe unter Luftabschluß (anaerob) zu Biogas umsetzen, das im 1.000-Kubikmeter-Gas-Behälter aufgefangen wird. Das Biogas wird als zusätzlicher Brennstoff in einer sonst mit Erdgas betriebenen Fernwärmeanlage genutzt. Die Betreiber rechnen mit etwa drei Millionen Kubikmetern Biogas, das durchschnittlich 70 Prozent Methan enthält.

Die Restflüssigkeit (schätzungsweise 4.800 Tonnen jährlich) gelangt entweder in die Landwirtschaft oder nach einer Reinigung durch Umkehr-Osmose zurück in den Wasserkreislauf. Die restlichen Feststoffe in Form von torfähnlicher Erde (7.200 Tonnen jährlich) nimmt eine Gärtnerei in der Nähe ab.

Aus Biomüll das Beste gemacht

Mit dem beschriebenen Abfallwirtschaftskonzept nutzen die sechs dänischen Kommunen die Energie sinnvoll, die im organischen Teil des Haushaltsmülls steckt. Und das ist sogar wirtschaftlich: Die Betreiber rechnen mit Kosten für das gesamte Projekt in Höhe von 70 Millionen Dänischen Kronen oder 18 Millionen DM. Mit ähnlichen Kosten ist auch zum Beispiel bei der Kompostierung zu rechnen, einem Verfahren, das gegenüber der anaeroben Vergärung allerlei Nachteile hat; die organischen Abfallstoffe zu kompostieren bringt bei höheren Platzbedarf und langer Prozeßdauer zwar einen verwendbaren Kompost, aber keine Energie, – dafür aber Geruchsprobleme, die bei der Vergärung unter Luftabschluß nicht entstehen. ●

BTA
Biotechnische Abfallverwertung
GmbH & Co. KG
Rottmannstraße 18, 8000 München 2
Telefon: 089/ 522014
Telefax: 089/5232329
BTX: 089/5232329

TROPENWÄLDER

Erfolge der Tropenholzkampagne

Die permanente Öffentlichkeitsarbeit zum Tropenholzboykott zeigt Auswirkungen: Immer mehr große und kleine Hersteller verkünden den Verzicht auf die entsprechenden Hölzer.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Obwohl bei uns gerne das Gegenteil behauptet wird, nämlich daß die einheimische Bevölkerung in den jeweiligen Ländern mit den Naturschätzen wie z.B. Holz aus dem tropischen Regenwald nicht umgehen könne und ihn deshalb systematisch zerstören würde, ist es faktisch so, daß wir in den Industrieländern der nördlichen Hemisphäre zwar auch erfolgreich, aber doch eben zehn Jahre und mehr nach den Betroffenen den Widerstand gegen die Zerstörung der Wälder aufgegriffen haben.

Widerstand gab es schon in den siebziger Jahren in Brasilien, Australien, Malaysia und den Philippinen, teilweise auch in Nord- und Ostafrika. Die Beweggründe des Widerstandes waren und sind dort fast immer existenzielle, sprich Überlebensgründe, die Vorbilder und Anstoß für die meisten hiesigen Initiativen gegeben haben.

Dieser Hintergrund ist für die Legitimation der hiesigen Arbeit wichtig, da sie auf dieser Basis den Charakter des Internationalismus erhält und nicht diffamiert werden kann als Aufpfropfen unserer Wohlstandsinteressen und Hineinregieren im Sinne eines neuen Kolonialismus. Der Widerstand gegen die Exportinteressen von Wirtschaftskreisen und Regierungen bekommt dann einen anderen Sinn, wenn wir ihn auch begreifen als die Unterstützung von Minderheiten, wie sie radikalökologische Kräfte auch bei uns darstellen.

Daß diese Unterstützung sich hier in erster Linie zum Ziel gemacht hat, die 7.000 Gemeinden und Städte zu beeinflussen, hat den pragmatischen Grund, daß diese u.U. leichter zum Verzicht zu gewinnen sind als 62 Mio VerbraucherInnen. Immerhin haben den Verzicht schon ca. 400 Gemeinden erklärt und die Meldungen nehmen zu. Aber auch größere Firmen reagieren im Zeichen zunehmenden ökologischen Bewußtseins der VerbraucherInnen auf das permanente Nachfragen ihrer KundInnen und erklären, natürlich PR-wirksam, aber immerhin, den Verzicht und dies nicht immer zur Freude ihrer VerbandskollegInnen. So gesehen bei Musterring, einem der größten Möbelhäuser der (noch) BRD. Die ersten Fensterhersteller, und nicht die kleinsten davon, erklären ein Umschwenken auf andere Hölzer, eine Einkaufsgenossenschaft für SchreinerInnen in Süddeutschland verlangt mittlerweile von ihren Türenlieferanten, bei den Innenrahmen auf Nadelhölzer zurückzugreifen und die Zeitschrift Audio verzichtet beim Test von Hifi-Anlagen auf das Testen tropenholzfurnierter Boxen. Fast kein Monat vergeht, wo nicht mehr oder weniger renomierte Fachzeitschriften sich mit dem Für und Wider des Themas beschäftigen und die ansteigenden Preise für Tropenhölzer im Holzhandel werden als neuer Kalkulationsfaktor hoffentlich ihr Übriges tun. Auch weit über zweihundert Schreinereien haben öffentlich den Verzicht auf Tropenholz erklärt.

Die Erfolge dieser Kampagne zu erhalten und zu vertiefen ist nun auch Aufgabe aller bewußter VerbraucherInnen, die durch penetrantes Nachfragen und durch Verzicht im Zweifel immer wieder den Finger legen auf die offene Wunde von Baumärkten und HandwerkerInnen, aber auch durch den Einfluß auf die EntscheidungsträgerInnen in Stadt- und Gemeindeparlamenten.

34 Holzarten edelster Qualität aus unseren gemäßigten Breiten sollten selbst die anspruchsvollen Gemüter zufriedenstellen! Als einer dieser Erfolge darf sicherlich auch die Einsetzung einer Enquete Komission durch den deutschen Bundestag betrachtet werden, die sich mit dem Thema Schutz der tropischen Wälder beschäftigte. Der Bericht mit 549 Seiten, der viele bekannte und unbekannte Details bearbeitet und zur Veröffentlichung aufbereitet hat liegt nun vor. Alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen oder sich Grundlagen verschaffen wollen, sollten ihn anfordern über:
Enquete Kommission, Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre, Zum Thema Schutz der tropischen Wälder, Sekretariat, Deutscher Bundestag, 5300 Bonn.
Die Zusendung erfolgt kostenlos.

VERBUND STIFTET VERKEHRSPREIS '90

ÜberLeben im Verkehr ist möglich...

...allerdings nicht im Auto". Mit diesem Aufruf erinnerte der seit fünf Jahren existierende Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe an die 500.000 Unfalltoten, die seit 1953 in der Bundesrepublik zu beklagen sind.

Der Verbund besteht mittlerweile aus 75 Mitgliedsbetrieben in der Bundesrepublik, Berlin, Wien und Kopenhagen. Er beschäftigt sich nicht nur mit der Herstellung und dem Vertrieb von Fahrrädern und Zubehör, er betrachtet es auch als seine Aufgabe, sich in die Verkehrs- und Umweltpolitik einzumischen und das Fahrrad allgemein als sinnvolles und notwendiges Verkehrsmittel zu fördern. Deshalb stiftete der Verbund einen mit 5.000 DM dotierten Verkehrspreis, der dieses Jahr erstmals auf der internationalen Fahrrad- und Motorradausstellung (IFMA) in Köln vergeben wurde.

„ROSTIGES RITZEL",

so heißt der Negativpreis, der an die japanische Firma Schimano auf der IFMA '90 durch den Verbund überreicht wurde. Nachfolgend dokumentieren wir die Presseerklärung des Verbundes:
Der Fahrradmarkt boomt – und so mancher Hersteller versucht, seinen Marktanteil mit aller Macht zu vergrößern. Etwa durch eine knallharte und kundenunfreundliche Handhabung der Instrumente Marketingstrategie und Produktpolitik.

Dazu gehört auch die japanische Firma Schimano, seit Jahren weltweit die Nr. 1 auf dem Gebiet der gediegenen Fahrradteile wie Schaltungskomponenten, Bremsen und Tretlager. Doch nun ist sie ins Gerede gekommen: „Nach traditioneller Art eines Marktführers hilft die japanische Firma Schimano dem schnellen Umschlag durch Wandel nach: Viele Ersatzteile gibt es schon nach vier Jahren nicht mehr" („Stern", 2.8.90) Manche sind nach nur zwei Jahren nicht mehr zu bekommen.

Die 75 Mitgliedsfirmen des Verbundes selbstverwalteter Fahrradbetriebe werden auch weiterhin Shimano-Produkte verkaufen und die von ihnen hergestellten Räder damit ausrüsten – sofern sie unseren hohen Qualitätsanforderungen gerecht werden.

Ganz und gar nicht einverstanden sind wir aber mit Shimanos Geschäftspraktiken. Beispeilsweise mit dem rasanten Austausch einzelner Teile, die immer auf einem rigiden Gruppenprinzip basiert: Jede technische Neuerung – ob bahnbrechend oder unsinnig – ist mit der Auflage einer neuen Gruppe verbunden. Und das hat unangenehme Konsequenzen für Händler und Kunden. An sich bewährte Durchschnittsgruppen sind plötzlich nicht mehr up to date und beim Generalimporteur nicht mehr zu haben. Sollte dann der Daumenschalter einer Schaltung kaputtgehen, die 1988 vielleicht noch Standard war, beginnt der Ärger. Da die neueste Variante dieser Schaltung heute sieben statt ehemals sechs Ritzel hat, muß der Radler im großen Maßstab umrüsten: Außer dem Schalthebel muß noch der Zahnkranz ausgetauscht werden, vielleicht auch Kassettennabe, Umwerfer, Kurbelsatz und Kette. Auch das Ausweichen auf Einzelteile einer anderen Gruppe ist nicht möglich. Shimano setzt auf Inkompatibilität, wohl wissend, daß auch dieser Absatztrick die Kassen häufiger klingeln läßt.

Unter Händlern ist es deshalb kein Geheimnis mehr: Wer heutzutage Shimano-Artikel verkaufen will, braucht einen großen Lagerraum, gute Kontakte zum Alteisenhändler und eine lammfromme Kundschaft. Die VSF-Läden fühlen sich aber nicht als Büttel der Großen im Geschäft. Sie sind qua Satzung angehalten, durch eine umfassende Beratung das Qualitätsbewußtsein und das technische Wissen ihrer Kundschaft zu fördern. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, „die Einflußnahme auf Fertigung, Produktpalette, Technologie, Entwicklung und Forschung herkömmlicher Hersteller zu intensivieren, um qualitativ bessere, langlebigere und benutzerfreundlichere Produkte zu erwirken."

Eine unserer Möglichkeiten Einfluß zu nehmen ist die Verleihung des Negativpreises „Rostiges Ritzel". Shimano stand von Anfang an ganz oben auf der Vorschlagsliste. Dabei soll es bleiben. Die Firma Shimano ist der Preisträger 1990. Nicht aufgrund mangelnder Qualität, nicht weil ihre Produkte so aussehen, wie der Titel es ahnen läßt, sondern wegen der Art und Weise, wie ihre Produkte vermarktet werden. Mit Methoden, die für den Handel Gängelei bedeuten und die darauf abzielen, die Bedürfnisse der Freizeit- und Sportradler nicht mehr ernst zu nehmen. ●

TRADITIONELLE KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

Zwischen Niedergang und Neuanfang

Die traditionellen Konsumgenossenschaften in Deutschland sind besser als ihr Ruf. Deren Trennung von der co op AG könnte eine Rückbesinnung auf ihre ideellen Grundsätze verstärken.

«Wer nie sein Brot mit Gipsmehl aß,
Wer nie bei schwerspatvollen Klößen
Und kreideschweren Nudeln saß,
Vor dem will ich mein Haupt entblößen,
Ihn fragen, wo sein Weizen blüht,
Woher sein Weib das Mehl bezieht.»

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Dieser Stoßseufzer, den 1877 der Kölner Stadtanzeiger abdruckte, gibt Eindruck in eine Welt, die heute in Westeuropa verschwunden zu sein scheint?

Je mehr wir in das Zeitalter des Liberalismus zurückblikken, desto krasser treten dessen Auswüchse in Erscheinung. Am schlimmsten war dies in England der Fall, von wo uns Friedrich Engels aus der Zeit der Gründung der Rochdaler Pioniergenossenschaft, also aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, einen Tatsachenbericht lieferte. Folgende „Übelstände" prägen in Deutschland, aber auch im damaligen England, den Alltag der sogenannten kleinen Leute: Gewichtsfälschung, Warenfälschung, Preiswucher.

Niedergang der Idee

Betrachtet man heute die großen alten Konsumgenossenschaften, gehört viel Phantasie dazu zu glauben, ihre Entwicklung sei einmal dem besonderen politischen Engagement ihrer Gründer und Gründerinnen zu verdanken. Hat sich doch bei den meisten eine völlige Angleichung an erwerbswirtschaftliche Handelsunternehmen ergeben, indem sie nur noch nach Größenwachstum, Marktmacht und Dividenden streben. Die ASKO in Saarbrücken und die AVA in Bielefeld sind beste Beispiele dafür. Der konsumgenossenschaftliche Hintergrund ist diesen Aktiengesellschaften heute nicht mehr „anzusehen".

Gleiches galt und gilt für die co op AG. Ihr Niedergang war, nachdem sie völlig auf kapitalistische Managementpolitik umgestellt hatte und konsequenterweise 1987 ihre Aktien an der Börse handeln ließ, nur noch Schlußpunkt eines schon lange vollzogenen moralischen Niedergangs. Mit genossenschaftlichen oder gemeinwirtschaftlichen Zielen hatte dieser Zusammenbruch eines Großkonzerns bei bestem Willen nichts zu tun – auch wenn das manche Pressedarstellungen zu vermitteln suchten.

Aufgrund solcher Vorgänge wird in der Öffentlichkeit allzuschnell vergessen, daß die gemeinwirtschaftliche Ausrichtung der Konsumgenossenschaften auch heute noch bei einigen „Großen" mehr oder weniger gelebte Praxis ist. In erkennbarer Form findet sie sich unter anderem bei der Schweizer Migros wieder, die ihre Unternehmenspolitik an den Leitlinien Gottlieb Duttweilers und den Erneuerungsbestrebungen der innergenossenschaftlichen Oppositionsgruppe „Migros-Frühling" ausrichtet: Umfangreiche Förderungen der Verbraucher beispielsweise in Form eines Verbraucherbeirates mit Interventionsrechten, für ein Großunternehmen pionierhafte umweltpolitische Aktivitäten, Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Dritten Welt, kulturelles Engagement sowie die aus gesundheitpolitischen Beweggründen praktizierte Verbannung von Spirituosen und Tabakwaren aus dem Sortiment sind Ausdruck hiervon.

Die erste Konsumgenossenschaft Deutschlands: die „Lebensmittel-Association" zu Eilenburg.

Bekannt ist heute den meisten nur die Gründung der ersten bekannten Konsumgenossenschaft in England: die berühmten Rochdaler Pioniere. Dabei war die erste Haushaltsgenossenschaft in Deutschland, die „Lebensmittel-Assoziation" zu Eilenburg, gegründet 1850, anfangs viel erfolgreicher. Genau dies aber – so läßt sich heute im Rückblick leicht sagen – war Grund ihres baldigen Untergangs: Drei Jahre später mußte sie ihre Tore (genauer ihre Türen) schließen.

Rückblick auf die Wurzeln

Es war die erste Genossenschaft, die die Selbstversorgung ihrer Mitglieder in Deutschland durchführen wollte und folgerichtig vom Handel bekämpft wurde. Ihre Ausdehung ging rasend schnell vonstatten. Mit 50 Familien fing man an, nach genau 17 Tagen waren es schon 317. Die erste Haushaltsgenossenschaft gewann gleich im ersten Jahre ihres Bestehens einen großen Teil der Bevölkerung in der Stadt: Bei den Verbrauchern entsteht eine Hoffnung, bei den Händlern macht sich Panik breit.

Rochdale, eine weit größere Stadt als Eilenburg, erreichte die Mitgliedschaft von 400 Familien erst nach fünfjährigem Bestehen, Eilenburg nach einem Jahr. Die Rochdaler Genossen machten einen Umsatz von 14.000 Mk. im ersten Jahr, die Eilenburger von 24.000. Folgerichtig ging man mit allen Mitteln gegen sie vor: Verdächtigungen wurden in der Öffentlichkeit ausgebreitet und steuerliche Benachteiligungen durchgesetzt.

Die Händler, die um ihre Pfründe fürchteten, versuchten mit Eingaben aller Art an den Magistrat, an die Bezirksregierung, selbst an die Staatsregierung, die Existenzfähigkeit der Genossenschaft zu untergraben. Der Erfolg gab ihnen recht. Nicht nur, daß die Eilenburger in sich zerstritten schließlich nach drei Jahren ihre Tätigkeit einstellten. Auch sonst litt der Aufschwung der Haushaltsgenossenschaften erheblich. 12 Jahre später gab es in Deutschland trotz des furiosen Starts erst 3.000 Mitglieder, die sich auf 50 bis 60 Kooperativen verteilten.

Stille um die co op Genossenschaften

Im Vergleich dazu ist es um das gemeinwirtschaftliche Engagement der bundesdeutschen co op Konsumgenossenschaften eher still geworden. Selbst während des co op AG Skandals verhielten sich die etwa 40 Unternehmen, die unter dem co op Emblem ihren eigenen konsumgenossenschaftlichen Weg weitergingen, vorwiegend bedeckt. Ein aktiv in die Öffentlichkeit getragener Stolz als Genossenschaft scheint ihnen fremd zu sein. Selbst mit einem offensiven Nach-außen-Tragen ihrer förderungswirtschaftlichen Erfolge für die Mitglieder halten sie sich zurück.

Am wenigsten noch gilt dies für die größte regionale Konsumgenossenschaft Europas, die co op Dortmund-Kassel e.G.. Bei einem Umsatz von bald über 600 Mrd. DM präsentiert sie regelmäßig den zur Zeit rund 500.000 Mitgliedern ihre förderungswirtschaftliche Bilanz in Form eines Förderberichts. Darin verweist sie auf ihre Rückvergütungsleistungen an die Mitglieder. Sie werden dem einzelnen Genossen bzw. der einzelnen Genossin im Verhältnis zur Höhe des persönlichen Wareneinkaufs gewährt. 1988 ging es hierbei insgesamt um einen Betrag von 19,5 Mio. bei gleichzeitiger Dividendenauszahlung von 11% auf die 100 DM übersteigenden Geschäftsanteile.

Zusätzlich grenzte die co op Dortmund-Kassel e.G. sich in dem Förderbericht von 1988 (erstmals seit langem?) von dem Unternehmenszweck einer Aktiengesellschaft eindeutig ab. Diese habe im Unterschied zur Genossenschaft nicht die Förderung der Mitgliedshaushalte, sondern die Sicherung und Befriedigung des Geschäftskapitals zur Aufgabe.

Wiederbelebung erscheint möglich

Wenn auch nicht zur Weiterentwicklung neuer, so doch zumindest zur Wiederbelebung alter genossenschaftlicher Strukturen trägt eine Gemeinschaftsaktion der Dortmunder mit der zweitgrößten Konsumgenossenschaft, der co op Schleswig-Holstein e.G. bei. Zusammen haben sie die Übernahme des Absatzgebietes Nord der co op AG zum 1.10.1990 vereinbart. Es handelt sich um 180 Lebensmittel-SB-Märkte oder Supermärkte, die sich im wesentlichen um das Stadtgebiet Hamburg konzentrieren. Sie gehörten bis zur Gründung der co op AG der PRO. So hieß die ehemalige Hamburger Konsumgenossenschaft, die historisch gesehen die wichtigsten Impulse für die ursprünglich gemeinwirtschaftliche Ausrichtung der Verbrauchergenossenschaften gab.

Entsprechend betonen die Erwerber auch, wie stolz sie darauf sind, diesen wichtigen und traditionellen Bereich für die konsumgenossenschaftliche Gruppe zu erhalten. Jürgen Tantzen, Vorstandssprecher der co op Dortmund-Kassel e.G., wörtlich: „Unsere Kunden sollen durch tägliche Leistungsbeweise überzeugt werden, wie sie es zu Zeiten der PRO als Genossenschaft gewohnt waren. Hamburg bedeutet für uns ein Sinnbild guter, moderner genossenschaftlicher Tradition. An diese Tradition wollen wir anknüpfen."

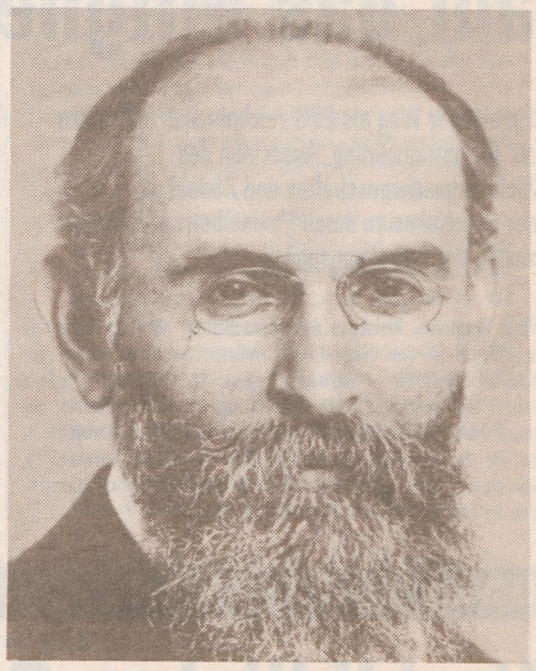
Damit könnte sich Hamburg wieder zum Zentrum der alten verbrauchergenossenschaftlichen Einrichtungen zurückentwickeln. Denn seit Beginn dieses Jahres befindet sich dort ebenfalls der Sitz der neugegründeten genossenschaftlichen Einrichtung „Zentrale Einkaufsgenossenschaft" und des „Bundesverband deutscher Konsumgenossenschaften". Zusammen mit dem dort ansässigen genossenschaftlichen Prüfungsverband (RdK) und der Pensionskasse deutscher Konsumgenosenschaften besteht so die Chance, losgelöst vom ideologischen Balast der Kooperation mit der co op AG, das eingeschlafene genossenschaftliche Selbstverständnis wieder mit Leben zu erfüllen.

Sich den Neuen öffnen

Erforderlich hierfür wäre allerdings von seiten der „Alten" eine stärkere Lernfähigkeit von und Zusammenarbeit mit neuen genossenschaftlichen Ansätzen im Lebensmittelbereich. Für die Neuen ließe sich das Eingangsgedicht umformulieren: „Wer nie sein Brot mit Weißmehl aß, Wer nie bei frisch gespritzten Öbsten, Und chemieschwerem Fleische saß...". Nach ihrem Selbstverständnis knüpfen sie insofern ebenfalls an „Übelständen" im Lebensmittelbereich an – wie vor 140 Jahren die ersten Genossenschaften. Nur sind es diesmal: Gesundheitsgefährdung, Chemieüberfrachtung, Umweltverseuchung.

Gemeinsamkeit aller neuen Genossenschaften ist die eindeutige ökologische Ausrichtung, ihre Arbeit im Naturkostbereich und die Förderung der kontrollierten biologischen Landwirtschaft durch Verkauf, Handel oder Verarbeitung der dort hergestellten Waren. Sicher ist, daß alle diese genossenschaftlichen Ansätze, die nicht immer in der genossenschaftlichen Rechtsform gekleidet sind, eine Vorreiterfunktion für ein neues Selbstverständnis im Umgang mit Nahrungsmitteln übernommen haben.

Sie engagieren sich nicht nur für ein ökologisch bewußteres Verbraucherverhalten, sondern unterstützen mit ihrer Arbeit auch die bäuerlichen Betriebe, die aus dem Chemiekreislauf durch Umstellung ihrer Anbauweise ausbrechen wollen. So tragen sie nicht nur zur Schonung der natürlichen Ressourcen mit bei, sondern helfen auch einigen Kleinbauern, wirtschaftlich zu überleben.



Konseqenter Verfechter des Kooperatismus:

Eduard Pfeiffer 24.11.1835 - 15.5.1921

Zusammenarbeit wachsen lassen

Eine Zusammenarbeit zwischen alten und neuen Genossenschaften erfordert allerdings von beiden Seiten erhebliches Umdenken. Verbraucheraufklärung zu umweltpolitischen Fragen müßte bei den Alten ihre Halbherzigkeit verlieren. Aufbau und Unterstützung von landwirtschaftlichen Erzeugern, die auf den kontrollierten Landbau umstellen wollen, sollte zu deren Selbstverständnis gehören. Vor allem aber dürften sie nicht der Versuchung unterliegen, den Verkauf von naturbelassenen Lebensmittel an sich zu reißen. Daß Kooperation statt Konkurrenz praktizierbar ist, haben sie immerhin jahrzehntelang schon durch wechselseitiges Achten der Verkaufsgebiete anderer Konsumgenossenschaften demonstriert.

Zwischen den Extrempolen von Gigantomanie und „Small is beautifull" gibt es zahlreiche Zwischenformen. Bei Letzterem ist eine umfassende Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln nicht machbar. Dies leuchtet heute (fast) jedem Naturkostverfechter ein. Um insofern Bio-Food nicht zum Privileg einer kleinen Minderheit verkommen zu lassen, müßten die neuen Genossenschaften sich von der Wirtschafts-, Organisations- und Vernetzungsfähigkeit der Alten mehr als eine Scheibe abschneiden. Gegenseitiger Austausch und eine bedächtig, aber ständig anwachsende Zusammenarbeit könnten so die genossenschaftlichen Lüftchen, die durch die Lande ziehen, in absehbarer Zeit zu einem überall spürbaren, die Umweltbelastungen verwehenden Wind werden lassen? ●

The Rochdale Pioneers Museum Toad Lane

BREMER ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFT

Selbstbeschränkung auf das Mitgliedergeschäft

Ein eigener Weg als EVG zeichnet sich in Bremen ab: Dezentralisierung, Ausschluß des Nichtmitgliedergeschäftes und Abdecken der Gemeinkosten durch Monatsbeträge befinden sich in der Erprobungsphase.

Peter Bergfrede, Redaktion Genossenschaften ● Das Schnitzel schrumpft in der Pfanne, die Tomaten sind garantiert geschmacksneutral – Beobachtungen, die bestimmt jede/r schon an Produkten aus der Landwirtschaftsindustrie gemacht hat. Eine praktische Alternative zu den Supermärkten ist die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (EVG). Vor einem Jahr gegründet, eröffnete sie den ersten Bauernladen in der Straße Beim Paulskloster 28.

Bisher sind 160 Verbraucher und rund 20 Erzeuger Mitglied. Ihre Produkte konnten sie anfangs nur im Bauerladen einkaufen. Um das Projekt zu dezentralisieren, werden zur Zeit kleine Läden sowie Abhol- und Verteilerstellen in mehreren Stadtteilen aufgebaut. Angestrebt ist eine Zusammenarbeit vor Ort mit bestehenden Gruppen und Institutionen, beispielsweise Kirchengemeinden, Sportvereinen, Gesundheits- und Umweltgruppen. Diese Stadtteilverkaufsstellen werden von interessierten Mitgliedern in eigener Regie gestalten und geführt. Neben dem Bauerladen bestehen zur Zeit Anlaufstellen in vier Stadtteilen.

Das Angebot der EVG umfaßt von eigenen Mitgliedern unter anderem:
- Gemüse und Obst entsprechend der Jahreszeit,
- Getreide, Kartoffeln, Kräuter,
- Brot und Backwaren aus Vollkorn,
- Eier und Milchprodukte,
- Geflügel, Fleisch- und Wurstwaren.

Ergänzt wird es durch Vollkornnudeln, Getreideflocken, Brotaufstriche, Wein, Öl und Nüsse.

Außerdem vermittelt die EVG Ferien und Arbeitsurlaub auf dem Bauernhof und bietet Back- und Kochkurse für Vollwertkost an. Ihre Produkte werden nach den Richtlinien der anerkannten Anbau- und Tierhaltungsverbände erzeugt. Sie sind entsprechend gekennzeichnet. Die Preisgestaltung erfolgt durch die Mitglieder.

Um die Vorteile des vielfältigen Angebotes der EVG nutzen zu können, müssen Interessierte allerdings die Mitgliedschaft erwerben. Dazu gehören:
- die Anerkennung der genossenschaftlichen Ziele und Prinzipien;
- die einmalige Zahlung eines Genossenschaftsanteils von 100,- DM;
- die monatliche Zahlung eines Beitrages zur Deckung der laufenden Kosten der EVG.

Neue Mitglieder werden geworben mit folgenden fünf Argumenten:

MITGLIEDERWERBUNG

»Was ist nun das Besondere, Neue an der EVG und was habe ich eigentlich davon, wenn ich Genossenschaftsmitglied werde?«,
werden Sie sich fragen. Hier ganz kurz einige Antworten, weitere Informationen erhalten Sie im Bauernladen.

1. Als Genossenschaftsmitglied haben Sie ein direktes Mitbestimmungsrecht in allen wichtigen Angelegenheiten, z.B. bei der Gestaltung der Preise, des Angebots, der Anschaffungen.
2. Sie leisten einen konkreten Beitrag zur Förderung des ökologischen Anbaus, einer aktiven Verbraucherpolitik, der Kommunikation zwischen Stadt und Land. Erzeuger und Verbraucher begegnen sich in der EVG als gleichberechtigte Partner, gemeinsame Absprachen ersetzen die sonst übliche Anonymität der Märkte.
3. Sie haben als Verbraucher auch echte materielle Vorteile:
   * durch die Direktvermarktung, d.h. kein Zwischenhandel, kann der Verkaufspreis sehr günstig gestaltet werden,
   * unser »Bremer Modell« der EVG-Finanzierung ermöglicht die Verteilung von Erzeugerprodukten (Gemüse, Obst, Milchprodukte, Fleischwaren, Brot) nahezu zum Einkaufspreis.

   Dieses Modell funktioniert so:
   Wer in der EVG einkaufen will, zahlt monatlich einen sog. »Kostendeckungs-Beitrag« (als Erwachsener 10,- DM pro Monat, jedoch max. 20,- DM pro Haushalt, Kinder sind frei). Damit werden laufende Kosten, z.B. Miete, Strom, Heizung gedeckt. Als Gegenleistung erhält das Mitglied alle Erzeugerprodukte ohne Aufschlag. Lediglich die Handelsprodukte (z.B. Reis, Nüsse, Rosinen, Wein usw.) werden mit einem Aufschlag abgegeben.
4. Als Erzeuger wird Ihnen die Umstellung Ihres Betriebes sowie der Arbeits- und Zeitaufwand bei der Vermarktung Ihrer Produkte erleichtert.
5. Wer sich noch nicht gleich für die Genossenschaft entscheiden will, kann zunächst Probemitglied werden. Zahlen Sie einfach den monatlichen Kostendeckungsbeitrag und Sie können in der EVG einkaufen. Nach 3 Monaten müssen Sie dann Ihre Entscheidung treffen und ggfs. den einmaligen Anteil von 100,- DM einzahlen.

Als Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft weisen die Bremer insofern drei Besonderheiten auf, die dieses genossenschaftliche Experiment besonders spannend erscheinen lassen: Sie gehen eine gezielte Dezentralisierung vor Ort an mit weitgehender Autonomie der verschiedenen Läden, sie beschränken sich auf das Mitgliedergeschäft, wie es in den genossenschaftlichen Ursprüngen einmal üblich war, aber heute so gut wie nicht mehr praktiziert wird, und sie nehmen eine laufende Kostenpauschale, unabhängig von der Menge des Einkaufs des einzelnen Mitgliedes. Diejenigen, die die Angebote der Genossenschaft verstärkt nutzen, genießen somit besondere Vorteile, indem sie die Waren zum Kostenpreis ohne Handelsaufschlag beziehen können. ●

TAGWERK. VERBRAUCHER- UND ERZEUGERGENOSSENSCHAFT E.G., DORFEN

Vorbildliches Regionalwirtschaftskonzept

Als Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft hat die TAGWERK e.G. ihre Ziele am weitestgehendsten verwirklicht. Seit 1989 besteht sogar ein eigener regionaler Anbauverband.

Franz Leutner, Redaktion Genossenschaften ● Schon 1984 gründete sich aus Verbrauchergruppen und biologisch wirtschaftenden Bauern die TAGWERK-Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft für naturgemäßes Leben e.G.. Mit ihrer Hilfe wurde ein Vermarktungsmodell aufgebaut mit kürzesten und durchschaubaren Wegen vom Erzeuger zum Verbraucher. Die Genossenschaft arbeitet regional begrenzt und dezentral organisiert (Depots in Dorfen, Freising und Landshut).

Aus den Bemühungen heraus, die in der TAGWERK-Genossenschaft organisierten Landwirte und Gärtner (ca. 60) unabhängig von ihrer Verbandszugehörigkeit sowohl persönlich als auch in organisierten Gesprächskreisen regelmäßig zusammenzuführen, entstand drei Jahre später der TAGWERK-Förderverein für ökologischen Landbau, Landschaftspflege und bewußte Lebensführung e.V.. Innerhalb des Fördervereins bildeten sich drei Erzeugerarbeitskreise (Dorfen, Freising, Landshut), die anfangs formlos organisiert waren. Später wurden sie von einem Diplomagraringenieur fachlich vorbereitet und geplant. Desweiteren gibt der Verein alle zwei Monate eine Zeitschrift heraus, in der sie Mitgliedsbetriebe vorstellt, Schwierigkeiten des ökologischen Landbaus aufgezeigt, sowie aktuelle und regionale Themen aus dem Umweltbereich behandelt werden.

Aus der Vermarktung (über die Genossenschaft) stellte sich verstärkt die Forderung nach regelmäßigen Betriebsbesuchen und -kontrollen, sowohl für unabhängige als auch für verbandzugehörige Betriebe. Für TAGWERK war es logisch, auf diese Weise nach und nach auch die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine regelmäßige einzelbetriebliche Betreuung der Mitgliedsbetriebe zu schaffen. Ende 1988 wurde deshalb in Moosburg die Geschäftsstelle des Fördervereins als Kontakt- und Koordinationsstelle für die Betreuung der angeschlossenen Betriebe eingerichtet.

Marktstand beim Abbau

Photos: TAGWERK e.G.

Laden in Erding - Käse & Wursttheke

Anbauverband für ökologische Landwirtschaft

Im Juli 1989 kam es schließlich nach einer intensiven internen Diskussion und einer Reihe von Gesprächen, die mit den Vertretern der AGÖL-angehörigen Verbänden geführt wurden, zur Konstituierung des TAGWERK-Fördervereins als Anbauverband für Ökologische Landwirtschaft. Gruppenarbeit, einzelbetriebliche Betreuung und die praktische Hilfestellung bei der Durchführung naturschützerischer Aufgaben sind weiterhin Elemente der Mitgliederbetreuung des gesamten Vereins. Beratungs- und Kontrollschwerpunkte, Themenauswahl für die Gruppenarbeit, Richtlinienfestlegung und schließlich Anerkennung bzw. Aberkennung als TAGWERK-Erzeuger liegen in der Kompetenz des Ausschusses „Anbauverband für Ökologische Landwirtschaft" des TAGWERK-Fördervereins.

Mit dem BIOLAND-Verband für organisch-biologischen Landbau e.V. wurde am 22. Mai 1990 ein Vertrag für die kooperative Zusammenarbeit abgeschlossen. Der TAGWERK-Förderverein wird als Regionalgruppe in den Bioland-Verband eingebunden, die TAGWERK-Verbandsbauern werden gleichzeitig BIOLAND-Vertragsmitglieder.

Die Arbeit vor Ort (Beratung, Gruppenarbeit etc.) wird weiterhin in eigener Verantwortung und Organisation von TAGWERK durchgeführt. Dies gilt insbesondere für die wichtigen Strukturen, die das Selbstverständnis und Profil von TAGWERK ausmachen wie z.B. eigene Richtlinien, die die BIOLAND-Richtlinien im Bereich Landschaftspflege u.a. ergänzen.

TAGWERK-RICHTLINIEN

Zum Tier- und Landschaftsschutz

Ausgehend von den Rahmenrichtlinien des ökologischen Landbaus haben sich die TAGWERK-Erzeuger in eigenen Richtlinien zu weiterreichenden Maßnahmen mit Schwerpunkt Tierhaltung und Landespflege verpflichtet. Artgerechte Tierhaltung soll ausreichende Bewegungsfreiheit, Weidegang und damit arttypisches Gruppenverhalten ermöglichen. Verboten sind z.B. Kuhtrainer, Vollspaltenböden und das Kupieren von Schwänzen. Zur Erhaltung der Kulturlandschaft und artenreicher Lebensräume führen TAGWERK-Landwirte auf ihren Flächen begleitende ökologische Maßnahmen durch, z.B. Anlegen von Hecken, Pflege von Feuchtwiesen und Magerrasen und Schaffen von Mist, Deckungs- und Unterschlupfmöglichkeiten für Kleinlebewesen. Außerdem werden auf den Betrieben weitmöglichst umweltschonende Betriebs- und Hilfsmittel verwendet (z.B. Reinigungs- und Schmierstoffe).

Als Rechtsform für die Vermarktungsorganisation dient weiterhin die Genossenschaft, Mitglied kann hier jeder werden, der eine einmalig zu bezahlende Einlage von DM 100,- (oder ein Mehrfaches) erwirbt. Diese Einlagen sind das Kapital für die nötigen Anschaffungen wie Laden- und Lagereinrichtungen, Warenbestand, Transporter etc.. Über 350 Mitglieder haben sich mittlerweile angeschlossen, davon sind ca. 60 Erzeuger.

Der Grundgedanke der Genossenschaft ist, daß jedes Mitglied gleichberechtigt über den grundsätzlichen Weg mitbestimmen kann. Dies geschieht in den halbjährlich stattfindenden Mitgliederversammlungen. Einmal im Jahr werden Vorstand und Aufsichtsrat gewählt, die beide für die Geschäftspolitik zuständig sind und auf Mitgliederversammlungen getroffene Entscheidungen umsetzen sollen.

Keine Gewinnausschüttung

Der Vorstand wird für die Dauer eines Jahres von der Mitgliederversammlung gewählt und übernimmt für diesen Zeitraum die geschäftsführende Verantwortung. Er kümmert sich um den Ein- und Verkauf, Erzeugerfragen, Buchhaltung, Finanzplanung, Öffentlichkeitsarbeit u.ä.. Der Aufsichtsrat dagegen hat rechtlich eine Kontroll- und Beraterfunktion. Darüber hinaus soll der Tagwerk-Aufsichtsrat eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Erzeugern, Verbrauchern und den im Verkauf Tätigen fördern. Jede dieser Gruppen ist daher vertreten. Ebenso sind die Mitglieder aus den verschiedenen Orten in diesem Gremium repräsentiert.

Die Genossenschaft hat das Ziel, Absatzmöglichkeiten für die Erzeugnisse ihrer Mitgliedsbetriebe zu erschließen, um einer großen Anzahl von Landwirten bei der Existenzsicherung zu helfen und Verbrauchern mit normalem Einkommen eine umweltbewußte Ernährung zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, ist sie auf Wochenmärkten vertreten, führt sie eigene Läden und Verkaufsdepots und beliefert die Genossenschaft auch Naturkostläden und andere kleinere Läden in den Dörfern der Region. Außerdem wurde laut Satzung eine Gewinnausschüttung ausgeschlossen. ●

REZENSION: SOZIALE BEWEGUNG IM UMWELTBEREICH

„Im Grunde wurschtelt jeder vor sich hin"

„Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß eine große Diskrepanz besteht zwischen dem Wunsch der meisten Gruppen, ein größeres Maß an Vernetzung herzustellen und der Realität, sich begründet oder unbegründet abzugrenzen, in Konkurrenz zu anderen Gruppen zu stehen oder sich zu fühlen... Es entsteht der Eindruck, daß ein loses Netz zwischen den Gruppen durchaus besteht, das Selbstverständnis, eine „Bewegung" zu sein, dagegen kaum vorhanden ist", so lautet eines der Resumees einer empirischen Untersuchung zum Thema „Soziale Bewegung im Umweltbereich".

Ausgewertet wurden 34 Interviews mit politisch, aber auch gewerblich arbeitenden Ökologiegruppen im Münchner Raum. Dabei sollte folgenden mögliche Entwicklungstendenzen sozialer Bewegungen nachgegangen werden:
- Befinden sich soziale Bewegungen im ständigen zyklischen Auf und Ab?
- Kommt es zur existenziellen Bedrohung sozialer Bewegungen durch den gesellschaftlich überwiegenden Trend zur Individualisierung?
- Ergibt sich ein Anwachsen der Ökologiebewegung geradezu zwangsläufig durch die Bedrohung der natürlichen Umwelt?

Eindeutige Antworten auf diese Fragen werden durch die Auswertung der Interviews nicht gegeben, zumal das Autorenteam diese nur qualitativ vornimmt. Das geschieht, indem die Gruppen zu zentralen Fragen wie zu ihrer Situation, ihren finanziellen und immateriellen Hilfsmitteln, ihrem Entstehungshintergrund und ihren Zukunftsperspektiven mit eigener Formulierung zu Wort kommen – eine einfache, aber sehr sinnvolle Vorgehensweise. Fünfzehn zusammenfassende Thesen runden das Büchlein ab. Präsentiert werden keine weltbewegenden Überlegungen. Trotzdem: Wer aktuell an dem Thema arbeitet oder aus dem Münchner Raum kommt, findet sicherlich ein paar Anregungen. Adressen, an die er sich wenden kann, werden ihm zu deren Nutzung auf den letzten zehn Seiten gleich mitgeliefert.

Thomas Bacher / Manfred Cramer / Gabriele Lorenz / Bernhard Rutkies: Soziale Bewegungen im Umweltbereich. Eine Bestandsaufnahme. (Reihe: Soziale Arbeit in der Wende der Fachhochschule München, Fachbereich Sozialwesen Bd. 4) München 1990, 26,- DM.

Burghard Flieger

KAUFERINGER NATURKOSTLADEN e.G. i.G.

Politisches Selbstverständnis gehört dazu

Bei tagespolitischen Ereignissen wird von der Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder des Kauferinger Naturkostladens eine strikte Neutralität abgelehnt. Parteipolitik dagegen soll auf keinen Fall betrieben werden.

Max Baur, Redaktion Genossenschaften ● Die Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft für Naturgemäßes Leben e.G. i.G. in Kaufering wurde 1989 gegründet. Der dazugehörige Naturkostladen feierte am 29.9.1990 sein einjähriges Bestehen. Die Genossenschaft selbst befindet sich aber immer noch in Gründung, da die Eintragung beim Registergericht Augsburg sehr schleppend vonstatten geht. Zur Zeit haben rund 180 Mitglieder Anteile um die 200,- DM gezeichnet.

Mit geringfügigen Änderungen wurde die Satzung der TAGWERK-Genossenschaft übernommen, eine Mitgliedschaft beim Bayrischen Genossenschaftsverband beantragt. Diese hat sich nach internen Einschätzungen nicht „gelohnt", da der Verband bisher nur im Rahmen der Gründung tätig wurde. Hierbei sind ihm sogar noch Beratungsfehler unterlaufen, wie die Reklamationen des Registergerichts deutlich machen.

Der Laden selbst hat sich gut angelassen. Von der Landkreisstruktur kann jeder größere Ort einen Naturkostladen tragen. In der 5 km entfernten Kreisstadt Landsberg mit zwei Naturkostläden leben über 20.000 Einwohner, in Kaufering rund 8.000. Im Landkreis gibt es allerdings keinen weiteren Laden, der in Form einer Genossenschaft geführt wird. Der Vierteljahresumsatz hat sich bei etwas über 60.000 DM stabilisiert. Der Rohgewinn beträgt über 23%, so daß im Laufe dieses Jahres eine feste Arbeitskraft eingestellt werden kann. In geringem Maße gibt es mittlerweile auch bezahlte Aushilfskräfte, während der Laden anfangs nur auf ehrenamtlicher Basis geführt wurde.

Neben dem Laden existiert ein Arbeitskreis Verpackung, der sich die Minimierung überflüssiger Verpackungsmittel zum Ziel gesetzt hat. Wiederbelebt werden soll ein Arbeitskreis Landwirtschaft und Ökologie. Seine Aufgabe wird es sein, möglichst viele konventionell erzeugende Landwirte zur Umstellung zu bewegen und Informationsveranstaltungen abzuhalten. Seine Arbeit wird ergänzt bzw. unterstützt durch ein mehr oder weniger regelmäßig erscheinendes Informationsblättchen „Umweltbrief", in dem auch in der Genossenschaft geführte Diskussionen abgedruckt werden.

Müllverwertung ist ein Ziel

Eine dieser Diskussionen drehte sich um die Unterstützung des Volksbegehrens für ein **besseres Müllkonzept**. Auf der letzten Generalversammlung wurde der Antrag gestellt, die Genossenschaft solle dieses Volksbegehren unterstützen. In der kontrovers dazu verlaufenden Diskusssion wurde als Unterstützungsbegründung genannt: Formuliertes Ziel der Genossenschaft und des Naturkostladens ist es – auch laut Satzung –, möglichst viel zur Müllvermeidung beizutragen. Außerdem handelt es sich bei der Bürgerinitiative um eine überparteiliche Organisation. In ihr engagieren sich eine beträchtliche Anzahl von GenossInnen aus den gleichen Beweggründen, aus denen sie in der Genossenschaft Mitglied werden.

Anlaß zu der kontroversen Diskussion gaben Einwände eines Mitgliedes. Nach seiner Auffassung ist der von der CSU- und der SPD-Fraktion im bayrischen Landtag ausgehandelte Kompromiß besser. Dadurch sei das Volksbegehren überflüssig geworden, zumal es von gewählten Parlamentariern beschlossen und damit demokratisch legitimiert ist. Außerdem wurde auf dieser Generalversammlung verlangt, tagespolitische Themen aus der Genossenschaft herauszuhalten und so die erforderliche Neutralität zu wahren.

Auf der nächsten Generalversammlung wird der Tagesordnungspunkt „Festlegung von politischen Aktivitäten" Gegenstand weiterer Diskussionen sein. Dazu lassen sich aus einer Sichtweise, die tagespolitisches Engagement befürwortet, folgende Argumente nennen:

- Bei politischen Aktivitäten ist grundsätzlich zwischen parteipolitischen und tagespolitischen Handlungen, Diskussionen und Stellungnahmen zu unterscheiden. Bei Fragen der Parteipolitik sollte die Genossenschaft eine überparteiliche Haltung einnehmen. Die KundInnen und GenossInnen gehören verschiedenen Parteien an. Dem sollte durch entsprechendes Verhalten Rechnung getragen werden, da die Genossenschaft und der Laden für eine möglichst breite Bevölkerungsschicht da sein soll.
- Soweit es um tagespolitische Probleme geht, ist jedoch eine strikte Neutralität nicht möglich, insbesondere wenn es sich um Belange handelt, die in irgendeiner Form die Genossenschaft, ihr Wesen und ihre Ziele tangieren. Themen, für die dies zutrifft, dürften unter anderem sein:
  - Tschernobyl mit seinen Folgen und Auswirkungen auf Gesundheit und Nahrung sowie der daraus resultierenden kritischen Einstellung zu allen Formen der Atomkraft;
  - die aktuelle Agrarpolitik Bayerns, des Bundes und der EG mit einer daraus entstehenden kritischen Haltung zu Nahrungsmittelrückständen und Wasserschutz sowie Befürwortung der Umstellung bäuerlicher Betriebe auf ökologischen Landbau;
  - heutige Müll- und Verpackungspolitik;
  - Dritte-Welt-Problematik und vieles andere mehr.

Vermutlich lassen sich noch eine ganze Reihe weiterer Themen finden, aus denen sich eine Genossenschaft, die im Naturkostbereich wirtschaftlich tätig ist, nicht heraushalten kann und darf. ●

AUBERGINE VOLLWERTFRISCHDIENST e.G., BONN

Eine neue Geschäftsidee setzt sich durch

Genossenschaften haben nicht nur Tradition. Als sozialinnovative Unternehmensform erschließen sie auch völlig neue Marktbereiche, wie dies beispielsweise der Aufbau eines Vollwert-Menu-Services unterstreicht.

Wolfgang Beywl, Redaktion Genossenschaften ● Angefangen hat die AUBERGINE e.G. als Modellprojekt „Vollwertfrischdienst". Mittlerweile aber bietet sie eine breite Produktpalette an. Mit Essen beliefert werden mittags kleinere Betriebe und Bürogemeinschaften, die über keine eigene Kantine verfügen. Bei entsprechender Anzahl von Essen können auch Privathaushalte diesen Service nutzen.

Weitere Arbeitsbereiche sind der Party- und Veranstaltungsservice, Kindergartenmenues, die Belieferung von Vollwertimbissen, Bereitstellung von Halbfertigprodukten wie Bratlinge für Restaurants und seit neuestem Schulverpflegung von rund 1.000 Schülern und Lehrern. Innovativster Bereich bleibt aber der tägliche Mittagsmenueservice. Hier sind die Anforderungen an die Essensqualität, Bestellwesen und Lieferzuverlässigkeit besonders hoch.

Die Gerichte werden nach den Grundsätzen der Vollwerternährung zubereitet: Alle Lebensmittel sind frisch. Eine Verwendung von Konserven ist ausgeschlossen. Außerdem stammen die Rohprodukte soweit wie möglich aus kontrolliertem biologischen Anbau. Vor allem wird auf die entsprechend der Jahreszeit zur Verfügung stehenden Lebensmittel zurückgegriffen. Aufgrund des Grundsatzes: Je frischer und naturbelassener die Zutaten, umso vollwertiger die Nahrung" gehört Rohkost zu den täglich angebotenen Mahlzeiten.

Das Unternehmenskonzept

Bestellungen erfolgen postalisch per Bestellkarte oder in zunehmendem Maße per Telefon. Sie sollen zum Ende der Vorwoche eingehen. Abbestellungen können bis spätestens 16.00 Uhr des Vortages erfolgen. Die Menues werden von AUBERGINE täglich frisch produziert, verpackt und an die KundInnen geliefert. Sie sollen möglichst innerhalb einer Stunde nach Fertigstellung ausgeliefert sein.

Geliefert wird das Essen in Menuemobilen. Das sind wiederverwendbare, wärmeisolierte Transportboxen. Die Einsätze aus Porzellan wurden eigens für die AUBERGINE gefertigt. Dies entspricht nicht nur den Anforderungen einer gehobenen Eßkultur, sondern mit dem Verzicht auf Wegwerfgeschirr wird auch dem Umweltschutz Rechnung getragen. Die Wärmehaltetechnologie und die Mehrwegtransportbehälter wurden extra in Kooperation mit der Herstellerfirma des Menuemobils entwickelt.

Der Produktionsprozeß selbst ähnelt dem einer normalen Großküche. Mit Hilfe einer Spezialsoftware wird sowohl das Beschaffungs- und Liefersystem als auch die Essensproduktion koordiniert. Jeder Kunde bzw. jede Kundin bekommt auf sein Menuemobil ein Namensetikett mit der Angabe über das bestellte Essen. Damit können Belieferungsfehler ausgeschlossen werden.

Konsum- und Produktivgenossenschaft zugleich

Bei der AUBERGINE handelt es sich um eine selten praktizierte Mischform zwischen Konsum- und Produktivgenossenschaft. Über die konsumgenossenschaftliche Organisation werden die KundInnen institutionell an den Unternehmensentscheidungen beteiligt. Gleichzeitig tragen sie über ihre Geschäftsanteile zur Eigenkapitalausstattung des Unternehmens bei. Die aufwendige Markterschließung, die einen hohen Aufwand an Produktinformation und Ernährungsaufklärung erfordert, wird dadurch erleichtert. Auch konnte so der hohe anfängliche Investitionsbedarf leichter bewältigt werden.

Eingegliedert in die Konsumgenossenschaft ist der Produktionsbetrieb mit den dort Beschäftigten. Sie sind zunächst einmal Angestellte des Unternehmens, können aber auch Genossenschaftsmitglieder werden. Laut Satzung besteht das Ziel, daß die Beschäftigten als Produktionkollektiv selbstverwaltete Strukturen entwickeln. Angestellt sind zur Zeit etwa 15 Vollzeit- und 10 Teilzeitkräfte. Außerdem arbeiten einige insbesondere im FahrerInnenbereich auf Stundenbasis.

Seine KundInnen gewinnt die AUBERGINE durch übliche Werbemaßnahmen wie Anzeigen in der lokalen Presse und Direktmailing bei Betrieben. Zudem setzt die Genossenschaft auf Verbreitung über den bestehenden Kundenkreis. Auf Anfrage erläutern KundenberaterInnen das Produktkonzept und die Vertriebsidee. Verkaufsstände auf lokalen Verbrauchermessen und öffentlichen Veranstaltungen sind weitere Formen der Werbung. Viel Aufsehen erregte das Transportfahrrad des Unternehmens, das im Sommer auch als Werbestand in der Fußgängerzone eingesetzt wird. Die wöchentlichen Speisepläne enthalten ernährungskundliche Informationen.

Bei der Planung des Betriebes wurde davon ausgegangen, daß es im Bonner Raum rund 5.000 Firmen gibt, deren Beschäftigte mögliche AbnehmerInnen des Mittagsmenues sind. Allgemein expandiert der Vollwertsektor sowohl im gehobenen Gastronomiebereich als auch bei den Selbstbedienungsrestaurants und Stehimbissen. Eigentlicher Konkurrent der AUBERGINE sind jedoch die Tiefkühlbelieferer, die in den vergangen Jahren ebenfalls ein expansives Vollwertangebot entwickelt haben.

Vollwertessen am Arbeitsplatz befindet sich noch in der Einführungsphase. Entsprechend sind die Produktions-, Vermarktungs- und Vertriebsstrategien des Menueservices bisher unerwartet hoch. Im Vergleich dazu war der Marktzutritt in den Kindergarten-, Schul und Partyservice leichter. Umsatzmäßig dominieren diese Bereiche inzwischen. Eine Konsolidierung und wirtschaftliche Tragfähigkeit des Menueservices läßt sich nur mittelfristig erreichen. Sie hat zur Voraussetzung gemeinsame Anstrengungen von Konsumenten und Produzenten für eine gesundheitsförderliche, umweltverträgliche, kommunikative Eßkultur. ●

Auslieferungsfahrrad in Aktion — Photo: Friedrich K. Rumpf

Versand der Mittagsmenüs — Photo: Friedrich K. Rumpf

Kindergartenbelieferung — Photo: Friedrich K. Rumpf

NEULAND E.V., BONN. INITIIERT ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFTEN

Eine schweinische Vermarktung

Die Vertriebswege für Fleisch aus artgerechter Tierhaltung sind noch wenig erschlossen. Der NEULAND e.V. unterstützt deshalb genossenschaftliche Organisationformen.

Jochen Dettmer, Redaktion Genossenschaften ● Als Reaktion auf die herrschende umwelt- und bauernzerstörenden Agrarpolitik und die damit verbundenen Skandale im Lebensmittelbereich, haben im Jahre 1988 fünf unabhängige Verbände ein praktisches Selbsthilfeprojekt gestartet. Gemeinsam wurden vom Deutschen Tierschutzbund, vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, der VERBRAUCHER INITIATIVE und dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen – Agrarkoordination Richtlinien für eine tiergerechte und umweltschonende Schweinehaltung erarbeitet.

Der hierfür gegründete Verein NEULAND – Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung e.V. setzt den äußeren Rahmen als Kontroll- und Beratungsorganisation. Er kontrolliert und erkennt landwirtschaftliche Betriebe an, die dann das Markenzeichen NEULAND benutzen dürfen, das den Verbrauchern und VerbraucherInnen die Einhaltung der strengen Tier- und Umweltschutzauflagen garantiert.
Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen dafür eine Lizenzabgabe pro Tier an den Verein entrichten. Die Erweitung des Programmes auf Rinder, Schafe und Geflügel befindet sich momentan in der Entwicklung.

Die Verbindung von politischen und wirtschaftlichen Ansprüchen bietet viele Vorteile, aber auch Probleme. Die Vorteile: Durch das Bündnis dieser fünf unterschiedlich ausgerichteten Gruppen ist es gelungen, gemeinsame politische Interessen deutlich zu machen. Dadurch kann das Projekt fast flächendeckend bekannt gemacht und eine darauf aufbauende Vermarktung unterstützt werden. Außerdem läßt sich die Kontrolle unabhängig von Verkaufsinteressen durchführen. Die Probleme: Die Lösung von Interessenskonflikten und die Kompromißfindung ist nicht immer einfach und kostet Zeit. Zudem können Entscheidungen in ihrer wirtschaftlichen Tragweite nicht immer voll eingeschätzt werden.

Selbsthilfe im Vermarktungsbereich

Da es ein Angebot in diesem Marktsegment anfangs nicht gab, mußten neue Strukturen geschaffen werden. Der Lebensmittelhandel und die Ernährungsindustrie zeigten sich den Produkten gegenüber eher distanziert. Die Vermarktung wurde bewußt vom NEULAND Verein getrennt, um den Regional- und Marktanforderungen gerecht zu werden. Zunächst kamen verschiedene Vermarktungswege in die Erprobung. Grundsätzlich wurde den Bauern und Bäuerinnen geraten, sich in Erzeugergruppen zu organisieren, um an Fleischerfachgeschäfte, Mensen und Kantinen zu liefern oder in eigenen Läden oder Verkaufswagen direkt zu verkaufen. Dabei bildeten sich unterschiedliche Typen der gemeinschaftlichen Vermarktung heraus:

a) Die Bauern in der Erzeugergemeinschaft verkaufen direkt an ein Fleischerfachgeschäft. Die Gruppe übernimmt die Koordination und gemeinschaftliche Außendarstellung.
b) Die Bauern einer Erzeugergemeinschaft kaufen sich einen Verkaufswagen, den sie an ein Fleischerfachgeschäft vermieten, der ihre Schweine abnimmt. Die Gruppe hat die gleichen Aufgaben wie unter a).
c) Die Bauern gründen gemeinsam mit Verbrauchern eine Erzeuger-/Verbrauchergenossenschaft als wirtschaftliches Unternehmen. Die Erzeuger/-Verbrauchergenossenschaft ist eine neue Art von Genossenschaften, die einen Interessenausgleich zwischen Bauern und Verbrauchern sucht und auch einen fairen Preis ermitteln kann.

Neben der ökonomisch/organisatorischen Fragestellung ist für deren Gelingen der menschlich/gesellschaftliche Aspekt des solidarischen Handelns von entscheidender Bedeutung.

Wie läßt sich aber ein wirtschaftliches Unternehmen aufbauen, bei dem ein Teil (die Bauern und Bäuerinnen) vom Verkauf leben muß, der andere Teil (die Verbraucher und Verbraucherinnen) jedoch nicht durch die Genossenschaft existiert, sondern „nur" versorgt wird?
Die organisatorische Lösung liegt in der Bildung eines Erzeuger- und Verbraucherrates. Der Erzeugerrat kann den Vorstand bestimmen, der das Unternehmen führt, und die Verbraucher können im Aufsichtsrat eine kontrollierende Funktion ausüben.

Bisher gibt es im NEULAND-Programm drei Typen von Erzeuger-/Verbrauchergenossenschaften:

- Mit eigener Verarbeitung und Verkauf. Diese Form ist sehr kapitalintensiv und setzt hohe Anforderungen an die Betriebsführung.
- Mit Schlachtung und Verarbeitung im Lohn, mit eigenem Verkauf. Diese Form ist zwar weniger kapitalintensiv, das Verkaufsrisiko bleibt jedoch bei der Genossenschaft.
- Schlachtung und Verarbeitung werden im Lohn gemacht. Die Genossenschaft hat reine Handelsfunktion, indem sie den Absatz organisiert. Dieser Typ zeichnet sich durch geringe Kapitalbindung, geringes Produktionsrisiko und kalkulierbaren Betriebsablauf aus.

Eigendynamik der Gruppenprozesse

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die Erzeuger-/Verbrauchergenossenschaften mit eigener Verarbeitung und Verkauf nur unter bestimmten Voraussetzungen gut funktionieren. Der so ausgestaltete Erzeuger-/Verbrauchergenossenschaftstyp wurde im NEULAND-Programm inzwischen aufgegeben, da die Genossenschaft nicht betriebswirtschaftlich tragfähig war und die internen Gruppenprobleme nicht lösbar erschienen. Die genossenschaftliche Führung eines eigenen Metzgerbetriebes setzt sehr hohe Anforderungen an die Produktionstechnik, das Management und Gruppenleben. Darum ist gerade in der Startphase eines solchen Projektes die Auslagerung von Arbeitsbereichen zur Vermeidung der Kapitalbildung und des Produktionsrisikos sinnvoll. Insofern liegen in den anderen beiden Erzeuger-/Verbrauchgenossenschaftstypen im NEULAND-Programm bessere Entwicklungsperspektiven.

Neu diskutiert werden auch andere Formen genossenschaftlicher Unternehmensstrukturen. In Vorbereitung und teilweise schon in Erprobung befinden sich NEULAND-Vertriebsgesellschaften in Form der GmbH, die z.B. Teilstücke an Kantinen liefern. Die GmbH bietet als Rechtsform eine schnellere Gründungsphase und setzt nicht einen Raiffeisenprüfverband voraus, der sich in diesem Bereich sehr schwerfällig verhält.

Genossenschaftliche Vermarktungsformen bei der Vermarktung von NEULAND Fleisch- und Wurstwaren sind notwendige Formen der Selbsthilfe, da sie den Verkauf von Produkten aus artgerechter und umweltschonender Tierhaltung erst ermöglichen. Das unternehmerische Risiko bleibt aber im Vergleich zu anderen Produktgruppen relativ hoch. Insofern ist eine sorgfältige betriebswirtschaftliche Beratung und Planung notwendig.

Gruppendynamische Prozesse zwischen Bauern und Verbrauchern sowie der Geschäftsführung dürfen nicht unterschätzt werden. Die Lösung dieser Probleme stellt eine unabwendbare Voraussetzung für die politische Tragfähigkeit und damit der langfristigen Durchsetzung der Projektidee dar. Hierzu empfiehlt es sich, mögliche Beratungs- und Betreuungskonzepte zur Lösung der Gruppenprobleme zu entwickeln. ●

Konsumladen um 1900

GENOSSENSCHAFTEN IM LEBENSMITTELBEREICH

Ökonomie der Solidarität

Ein Seminar mit diesem Thema findet vom 9. bis 11. November in der Evangelischen Akademie in Hofgeismar statt. Ziel ist ein Brückenschlag zwischen alten und neuen Genossenschaften im Lebensmittelbereich – einschließlich des starken konsumgenossenschaftlichen Sektors in der DDR. Geschichte, Probleme mit den Prüfungsverbänden, viele Fallbeispiele und ein Ausblick auf die EG '92 umfassen das Themenspektrum. Anmeldungen dazu gehen an Herrn Martin Schindehütte, Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar. Inhaltliche Fragen können gerichtet werden an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg.

TAGUNGSPLAN

Freitag, den 9.11.1990
16.00 Uhr: Einführung in die Tagung
Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, Universität-Gesamthochschule Kassel und Burghard Flieger, EcoRegio, Köln
16.15 Uhr: Ökonomie der Solidarität: Die Geschichte der Konsumgenossenschaften in Deutschland
Prof. Dr. Klaus Novy, Technische Universität Berlin
19.30 Uhr: Der Kooperatismus: Eduard Pfeiffers und Heinrich Kaufmanns Wege zur konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsdemokratie
Dr. Michael Heister, Seminar für Genossenschaftswesen der Universität Köln

Samstag, den 10.11.1990
9.00 Uhr: Rochdale Revival? Entwicklung und Stand neuer Genossenschaften im Lebensmittelbereich
Hans Stapelfeld, Pensionskasse der deutschen Konsumgenossenschaften, Hamburg
10.15 Uhr: Langer Atem erforderlich: Gründungsprobleme bei Verbrauchergenossenschaften
Christian Peters, Prüfer beim Berliner Genossenschaftsverband
11.15 Uhr: Wandel der Verbrauchergenossenschaften: Gibt es ein konsumgenossenschaftliches Transformationsgesetz?
Dr. Joachim Wiemeyer, Fachhochschule für Sozialpolitik, Osnabrück
15.30 Uhr: Fallbeispiele alter und neuer Genossenschaften im Lebensmittelbereich
- co op Dortmund-Kassel Konsumgenossenschaft e.G.
  Werner Blum, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Dortmund
- Wurzelwerk e.G.
  Gila Zimmermann und Tilmann Schröter, Gütersloh
- TAGWERK Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft für naturgemäßes Leben e.G.
  Franz Leutner, Dorfen
- Neuland
  Jochen Dettmer, Bonn

19.00 Uhr: Die Stärke erneut beweisen: Zur Entwicklung der Konsumgenossenschaften in der DDR
Uwe Scheibner, Bildungszentrum für Führungskader vom Verband der Konsumgenossenschaften in der DDR, Cotta

Sonntag, den 11.11.1990
9.45 Uhr: Vor, zurück, ein Seitenschritt: Zukunftsperspektiven genossenschaftlicher Ansätze im Lebensmittelbereich
Klaus Wagener, Unternehmensberater in der Naturkostbranche, Duisburg
11.00 Uhr: Für ein Europa der Genossenschaften: Eine gemeinwirtschaftliche Vision
Walter Braun, Gewerkschaftssekretär in Brüssel a.D., Niedereschbach-Fischbach
Ende der Tagung mit dem Mittagessen.

LITERATURTIPS

Wer sich über die Anfänge der Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland mit all ihren Schwierigkeiten in Originaltexten informieren will, kann versuchen, von Robert Schlosser und Otto Ruhmer: Die ersten Haushalt-(Konsum-)Genossenschaften Großdeutschlands, ihre Leiden und Kämpfe, Hamburg-Blankensese 1939, in einer Bibliothek zu finden.

Den besten Gesamtüberblick über die historische Entwicklung sowie die theoretischen und politischen Herangehensweisen an die Verbrauchergenossenschaften gibt noch Arnulf Weuster: Theorie der Konsumgenossenschaftsentwicklung. Die deutschen Konsumgenossenschaften bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin 1980.

Eine Aufarbeitung und Erklärung der Nachkriegsgeschichte versucht Wolfgang Brambosch: Co op zwischen Genossenschaft und Gemeinwirtschaft. – Eine Untersuchung des Einflusses ökonomischer Faktoren und gesellschaftspolitischer Konzeptionen auf die Entwicklung der deutschen co op Gruppe, Münster 1985. Auch auf die Rolle der Dortmunder co op wird hier etwas ausführlicher eingegangen.

Die einzige Monographie (leider schon veraltet), die ausführlich neue kooperative Ansätze im Lebensmittelbereich betrachtet, stammt von Jutta Jösch: Konsumgenossenschaften und Food-Cooperatives. Ein Vergleich der Entstehungsbedingungen von Verbraucherselbstorganisationen, Berlin 1983.

REZENSION: ZUKUNFT DER GENOSSENSCHAFTEN

Eine Neuerscheinung, auf die mensch auf jeden Fall zurückgreifen sollte, wenn er sich mit der zukünftigen Entwicklung von Genossenschaften beschäftigt, schrieb Axel Häcker. Das Buch ist eine ungewohnte Mischung aus herkömmlichen genossenschaftstheoretischen Ansätzen, betriebswirtschaftlicher Literatur und Veröffentlichungen aus dem Alternativbereich. Zurückgegriffen wird vor allem auf die unterschiedlichen genossenschaftlichen Strukturtypen des Kölner Genossenschaftsprofessors Werner W. Engelhardt. Durch die Typenbildung gelingen differenzierte, nicht zu grob verallgemeinerte Prognosen für die Zukunft.

Betrachtet wird das gesamte Spektrum der Genossenschaften, also auch die Volks- und Raiffeisenbanken, der Wohnbereich, der Landwirtschaftssektor und die Produktivgenossenschaften. Bezogen auf die Konsumgenossenschaften stellt Häkker die technologischen Veränderungen und ihre Auswirkungen auf den Warenhandel in den Vordergrund. Er geht davon aus, daß die großen, traditionellen Konsumgenossenschaften – eigentlich müßten die meisten Handelsgenossenschaften heißen – die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien voll nutzen werden. Nur so können sie ihr Warenwirtschaftssystem weiter kostengünstig entwikkeln, organisieren und kontrollieren.

Eine neue Stufe des Technolgieeinsatzes im Handel sieht er bei der „Automatisierung der Zahlungsvorgänge", also der Einführung neuer Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Ebenso geht er davon aus, daß die Nutzung der Telekommikationstechnologien durch die privaten Haushalte zu grundlegenden Strukturveränderungen in Teilbereichen des Handels beitragen wird. „Denn", so Häcker wörtlich, „der Konsument wird möglicherweise nicht mehr bereit sein, für Routineeinkäufe Zeit zu opfern und die Transportleistungen bis zu seiner Wohnung selbst vorzunehmen."

Eine Folge davon, die auch vor den großen Konsumgenossenschaften nicht halt macht bzw. halt gemacht hat, ist ihre Systembildung im Erscheinungsbild, das sie immer ähnlicher werden läßt. Daß dies so ist, wird heute schon eindeutig bei der Gruppe der co op Genossenschaften deutlich. Welche Abgrenzungsformen die Genossenschaften in diesem Zusammenhang aber von anderen Einzelhandelsunternehmen betreiben könnten oder müßten, bezieht Häcker unverständlicherweise in seine Überlegungen über die Zukunft nicht ein. Auch was seine Aussagen über neue genossenschaftliche Ansätze der Verbraucher betrifft, wird schnell deutlich, daß der Autor hier nicht „nahe genug dran ist", um adäquate Einschätzungen über deren Gegenwart und Zukunft geben zu können. ●

Axel Häcker: Genossenschaftliche Zukunftsperspektiven in marktwirtschaftlich geprägten Industriegesellschaften (Schriften zum Genossenschaftswesen und zur Öffentlichen Wirtschaft, Verlag Duncker & Humblot) Berlin 1990, 98,- DM.

Anfänge eines eigenen konsumgenossenschaftlichen Fuhrparks

ANPASSUNGEN DES RECHTS

Für ein Europa der Genossenschaften

Die Zukunft der Genossenschaften im Raum der Europäischen Gemeinschaft wird zu sehr vernachlässigt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung sind auf jeden Fall rechtliche Veränderungen.

Titelblatt einer Festschrift der Konsumgenossenschaft „Vorwärts", Dresden, 1929

Walter Braun, Redaktion Genossenschaften ● Was hat Vorrang im Hinblick auf den künftigen Europäischen Markt, der nicht nur der privatkapitalistischen Wirtschaft zusätzliche Entwicklungschancen bietet, sondern ebenso dem genossenschaftlichen Sektor: Ist es wichtiger, die genossenschaftsrechtlichen Bedingungen im nationalen Bereich zu „modernisieren", verspricht die Konzentration auf das europäische Recht mehr Erfolg, oder ist es gar taktisch von Vorteil, gleichzeitig in beide Richtungen zu wirken?

Einer der Gründe, diese Fragen aufzuwerfen, liegt in der besonderen Struktur der deutschen „Genossenschaft". In der Bundesrepublik haben wir einen „übermächtigen" Block traditioneller („alter") Genossenschaftsunternehmen mit ihren Verbänden. Ihnen steht eine relativ heterogene Gruppe „neuer" Genossenschaften gegenüber, die – im Gegensatz zur „Ideologie" der traditionellen Verbände – eindeutig auch gesellschaftspolitische Ziele verfolgen. Diese Antagonie dürfte sich aller Voraussicht nach verschärfen, wenn es darum geht, die genossenschaftlichen Organisationsformen und Existenzbedingungen in der DDR neu zu ordnen und Vorstellungen für eine gemeinsame Zukunft zu entwickeln.

Im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern ist die „deutsche Lage" ein außergewöhlicher Fall. Die Frage nach einer Anpassung des Rechts in der EG gewinnt wachsende Bedeutung; es wird sich die Notwendigkeit aufdrängen, „zweigleisig" zu fahren und nach Lösungen zu suchen, die sowohl der deutschen als auch der europäischen „Integration" dienen.

Statut einer «Europäischen Kooperative»

Zur Zeit ist die Tendenz vorherrschend, den Wünschen nach Änderungen im Genossenschaftsrecht durch ein Statut einer „Europäischen Genossenschaft" zu entsprechen. Im Dezember 1989 hat der Europäische Koordinierungsausschuß der Genossenschaftsverbände (CCACC) eine Stellungnahme abgegeben; darin wird an mehreren Stellen ausdrücklich gefordert, den Zweck des genossenschaftlichen Unternehmens auf die Befriedigung der Bedürfnisse seiner Mitglieder oder die Förderung seiner Tätigkeiten zu beschränken.

Dies entspricht exakt der einengenden Sicht der deutschen traditionellen Genossenschaftsverbände. Tatsächlich ist dies keine „Rechtsposition", sondern viel eher eine „gesellschaftspolitische Schutzklausel". In einem Vertragswerk über eine „Europäische Genossenschaft" hat sie jedoch nichts zu suchen, zumal in derselben Stellungnahme mehrmals die nötige Flexibilität eines Statuts der „Europäischen Genossenschaft" verlangt wird. Dieser Widerspruch bestätigt das Vorurteil: Wie kann jemand – durchaus begründet – Flexibilität fordern, wenn er andererseits den Genossenschaftszweck aus gesellschaftspolitischen Gründen einseitig beschränken will?

Es geht um den Versuch der traditionellen Genossenschaftsverbände der Bundesrepublik, ihr Selbstverständnis unter allen Umständen durchzusetzen. Ihre Theorie befindet sich u.a. in glattem Widerspruch zum Konzept der „économie sociale" in Frankreich. Diese Bewegung, der ein großer Teil der französischen Genossenschaften zuzurechnen ist, arbeitet seit langem mit Zielvorstellungen, die weit in den gesellschaftspolitischen Raum hineinreichen.

Ein europäisches Genossenschaftsstatut mit einseitig fixierten nationalen Ideologien zu belasten ist undenkbar, denn jede Genossenschaftsrichtung muß das Recht haben, die gesellschaftpolitischen Ziele ihres Verbandes selbst zu bestimmen. Der Wunsch derjenigen, die sich ausschließlich auf den Förderauftrag ihrer Genossenschaft beschränken wollen, wird dadurch überhaupt nicht berührt. Heutzutage ist es einfach notwendig, den Genossenschaftsgedanken eher weiter zu öffnen als ihn einzuengen. Dies gilt in besonderem Maße, wenn die Chancen einer europäischen genossenschaftlichen Zusammenarbeit verbessert werden sollen.

Harmonisierung des Genossenschaftsrechts

Nach weit verbreiteter Meinung steht eine Harmonisierung des Genossenschaftsrechts der EG-Mitgliedstaaten die Vielfalt der genossenschaftsrechtlichen Vorschriften im Wege, aber auch das Fehlen eines Genossenschaftsrechts in einigen Ländern. Die gewohnte Harmonisierungsmethode kann man in der Tat nicht abwenden, weil die Rechtsverhältnisse doch sehr unterschiedlich sind. Andererseits ist es unzulässig, die Notwendigkeit angepaßter genossenschaftlicher Rechtsstrukturen in der ganzen EG pauschal mit dem Argument abzutun, die bestehende Rechtsvielfalt sei ein Idealfall und deshalb eine Anpassung des Rechts nicht erforderlich. Diese Argumentation ist zu vordergründig darauf aus, unter allen Umständen die jeweilige nationale Rechtsstruktur zu konservieren.

Selbstverständlich besteht auch im genossenschaftlichen Bereich durch die Erweiterung des europäischen Marktes ein Zwang zur Anpassung der Unternehmen an veränderte Markt- und Raumstrukturen. Die genossenschaftlichen Unternehmen würden sich ja selbst schaden, wenn sie darauf verzichteten, unzeitgemäße, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten nicht angepaßte Rechtsverhältnisse zu ändern und die Bedingungen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern.

Zur Erreichung dieser Ziele bedarf es

- einer effektiven und offenen Zusammenarbeit, vor allem der europäischen Genossenschaftsverbände, die nicht bereit sind, sich mit dem genossenschaftsrechtlichen status quo abzufinden;
- der Ausarbeitung einer Konzeption über eine Mindestangleichung genossenschaftsrechtlicher Rahmenbedingungen, die für alle EG-Länder in bestimmten Bereichen gleiches Recht schaffen;
- eines entsprechenden Aktionsplanes für die Arbeiten innerhalb der Verbände und für das Handeln dem Gesetzgeber gegenüber (national und in der EG).

Gemeinsame Mindestbestimmungen

In ernsthafter Diskussion sollte Klarheit geschaffen werden, daß es notwendig und möglich ist, auf einer Rechtsangleichung im Genossenschaftssektor des künftigen europäischen Binnenmarktes zu bestehen. Hinter den Argumenten, die sich diesem Anspruch entziehen, steht nicht die Realität genossenschaftlicher Erfahrungen, sondern der Egoismus von Gruppeninteressen, die eine Europäisierung des Genossenschaftsgedankens fürchten oder aus Kurzsichtigkeit ablehnen. Niemand wird ernsthaft Schaden nehmen, wenn für eine Reihe wesentlicher Bestimmungen gemeinsame europäische Regeln gelten, zum Beispiel bei der Gründung von Genossenschaften, ihres Mindestkapitals, der Prüfung ihrer Geschäftsberichte, ihrer Auflösung oder bei den Haftungsfragen.

Es wäre Aufgabe einer Gruppe von Experten des Genossenschaftsbereichs, die nationalen Rechtsbestimmungen daraufhin durchzuforsten, wo die Notwendigkeit angepaßter Rahmenbestimmungen am Größten ist. Auf diese Weise ließe sich ein Rechtsrahmen schaffen, dessen Zustandekommen durch das EG-Recht durchaus gedeckt wäre, dies alles ohne die üblichen komplizierten Harmonisierungsregeln. Da es ohnehin in allen Ländern Wünsche gibt, das nationale Recht zu „modernisieren", kämen sich die Absichten sogar entgegen (überall gibt es Regelungen, die überholt oder nicht flexibel genug sind).

Die Aufgabe der Rechtsangleichung darf auf keinen Fall konservativen „Genossenschaftsideologien" zum Opfer fallen. In der Regel sind es allzu verfestigte Verbandsstrukturen, die sich am Status-Quo-Denken orientieren. Dem gegenüber steht eine genossenschaftliche Wirklichkeit, die neues genossenschaftliches Bewußtsein von der Basis her fördert und neue Formen sozialer Solidarität sucht. Darin liegt die europäische Chance einer Genossenschaftsarbeit, die sich als einen Beitrag zur Gesellschaftspolitik versteht.

Das Rechtsinstrument „Europäische Genossenschaft"

Das Statut einer „Europäischen Genossenschaft" kann dazu beitragen, eine Reihe von Rechtshindernissen zu überwinden, die sich einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Genossenschaften in den Weg stellen. Im geplanten europäischen Binnenmarkt der zwölf Mitgliedsstaaten der EG kann die Unternehmensform der „Europäischen Genossenschaft" zu einem wichtigen Werkzeug der Erweiterung des genossenschaftlichen Handelns werden. Von den Genossenschaften sollte in die Beratungen über das Statut eine möglichst klare Definition des Genossenschaftszwecks eingebracht werden. Dies erfordert auch, daß sich alle beteiligten Genossenschaftsrichtungen und -formen mit ihren Verbänden darüber verständigen, welches der Zweck eines europäischen „Genossenschaftsinstrument" sein soll und kann. Ein Statut der „Europäischen Genossenschaft" muß unbedingt von national fixierten Theorien freigehalten werden, die den Charakter von Glaubenssätzen haben. Man stelle sich vor, es gäbe im sonstigen Unternehmensrecht derartige Beschränkungen und Einengungen wie die Ausschließlichkeit des Förderauftrags!

Durch die Ausweitung der genossenschaftlichen Tätigkeiten über nationale Grenzen hinaus geschieht zweifellos etwas Neues, nachdem die nationalen Genossenschaftsbewegungen jahrzehntelang im Umfeld unterschiedlicher politischer, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse gewachsen sind. Ihre Anpassung an veränderte Anforderungen fällt viel schwerer als bei den Unternehmen der übrigen privaten Wirtschaft, konzentrieren sie sich doch schon immer mehr auf ihre Rolle als „Helfer" und „Diener" einer Gruppe oder der kleineren Gemeinschaft als ausschließlich auf den finanziell meßbaren Gewinn. Jetzt gilt es, deutlich zu sagen, daß die genossenschaftliche Organisation auch ein Instrument zur Erreichung gesellschaftspolitischer Ziele sein kann, zum Beispiel in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen, die weder vom Staat noch von der „Profit"-Wirtschaft die erforderliche Aufmerksamkeit erfahren.

Die Zeit drängt

Viel Zeit ging verloren, die für die Vorbereitung auf den „Europäischen Binnenmarkt" und die damit verbundenen Anpassungsmaßnahmen im gesellschaftsrechtlichen Bereich besser hätte genutzt werden können. Um diesen Verlust auszugleichen, ist die schnelle Einleitung folgender Schritte erforderlich:

- Vermehrung der Kontakte zwischen den Genossenschaftsverbänden aller EG-Länder und mit den europäischen Verbänden;
- Diskussion über die Notwendigkeit von Harmonisierungsmaßnahmen einschließlich des Statuts für die „Europäische Gemeinschaft";
- Diskussion über eine gemeinsame Formel zur Definition des Genossenschaftszwecks. Heranzuziehen sind hierbei die Satzungsinhalte der größeren Genossenschaftsverbände, in denen die Genossenschaftsziele beschrieben werden;
- unabhängig von den europäischen Zielen ist und bleibt es notwendig, sich intensiv mit dem jeweiligen nationalen Genossenschaftsrecht auseinanderzusetzen und den Gesetzgeber davon zu überzeugen, daß manche darin nicht mehr den Anforderungen der Gegenwart standhält. ●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Produktivgenossenschaften in der DDR

In Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. veranstaltet die G.I.B. am 4. Okt. 1990 in Bottrop eine Fachtagung. Thema: „Produktivgenossenschaften in der DDR – Handlungsperspektiven und Kooperationsmöglichkeiten für NRW". Eine Tagungsgebühr wird nicht erhoben, Fahrtkosten allerdings nicht erstattet. Die verschiedenen Beiträge drehen sich um Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGHs), die Landwirtschaftlichen Genossenschaften (LPGs) sowie Kooperationsmöglichkeiten zwischen DDR- und NRW-Betrieben mit genossenschaftlicher bzw. demokratischer Unternehmensstruktur.
Anmeldung: G.I.B., Essener Str. 255-257,
4250 Bottrop 1
☎ (02041) 6 70 17

Offizelles zur Situation der Wohnungsbaugenossenschaften

Ein Vortrag zum Thema „Die genossenschaftliche Wohnungswirtschaft nach Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes", gehalten von Jürgen Steinert, Vorstandsvorsitzender des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, wurde frisch veröffentlicht. Er geht u.a. auf das Thema steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft und deren Voraussetzungen ein. Auch wird die neue Verbandssituation angedeutet, nachdem nun nichtgenossenschaftliche Unternehmen keiner Verbandspflicht mehr unterliegen. Bisher sind sie trotzdem, nicht zuletzt wegen einiger organisatorischer Veränderungen des Verbandes, „bei der Stange geblieben".

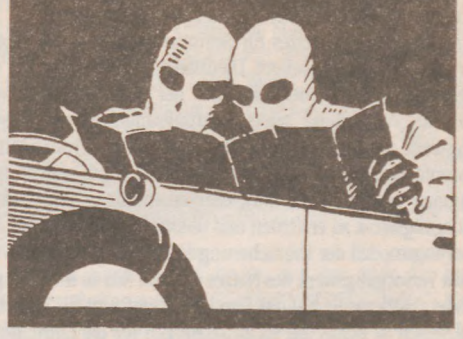
Ebenfalls streift Steinert die aktuellen Veränderungen in der DDR. Die 789 Wohnungsbaugenossenschaften mit einem Bestand von rund 1,1 Millionen Mitgliedern sind zum überwiegenden Teil dem neugegründeten ostdeutschen Verband beigetreten. Ihre Mitgliedschaft wird nach und nach auf die ebenfalls gegründeten bzw. in Gründung befindlichen Regionalverbände in der DDR übergehen. In ihrer Aufgliederung werden sich diese an der Struktur der künftigen Länder orientieren. Insgesamt gibt der Vortrag einen brauchbaren Einblick in die aktuellen Entwicklungen. Zu beziehen ist er als Heft 19 der Marburger Beiträge zum Genossenschaftswesen beim Institut für Genossenschaftswesen an der
Philipps-Universität Marburg, Am Plan 2,
3550 Marburg (Preis vermutlich 10,- DM).

Handwerkergenossenschaft i.G. sucht Kooperation

Ökologische Zimmereiarbeiten hat die Genossenschaft Grünspecht i.G. auf ihre Fahnen geschrieben. Die acht Gründungsmitglieder wollen mit der am Mittwoch den 5.9.1990 durchgeführten Gründungsversammlung die seit 1984 bestehende BGB-Gesellschaft Grünspecht auf eine breitere Basis stellen. Ziel ist nicht nur der Bau eines eigenen Werkstattgebäudes, sondern auch mit anderen Unternehmen im Zimmereibereich bei ökologischen Arbeiten stärker zu kooperieren. Um selbst in diesem Bereich besser am Markt bestehen zu können, wurde die Bauplanung als Arbeitsfeld über die Einbeziehung eines ökologisch engagierten Architekten in den Betrieb integriert. An Zusammenarbeit interessierte Betriebe können sich wenden an:

Grünspecht e.G. i.G., Großtal 11,
7800 Freiburg-Kappel
☎ (0761) 6 64 45.

Statt Denunziation
und Mythenbildung-
GESCHICHTE VON UNTEN !



Neu:

Geromino
FEUER UND FLAMME
Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen

Schwerpunkt des Buches ist eine umfassende Darstellung der linksradikalen Geschichte seit 1968 (APO, Spontis, Häuserkämpfe in den 70er Jahren, Betriebsprojektgruppen, Anti-AKW-Bewegung, Internationalismus, Frauen, Knast, Anti-NATO...).
Es werden die Knackpunkte linksradikaler Politik (z.B. Stadtguerilla, reformistische Integrationsstrategien von Grünen und SPD, Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt) analysiert und Ansätze für eine zukünftige Praxis dargestellt.
Ein Buch zur aktuellen Diskussion über die Perspektiven einer radikalen Linken.

256 Seiten, 22 DM

Im Buchhandel oder direkt:
Edition ID-Archiv
Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19

ALTERSABSICHERUNG FÜR GENOSSiNNEN UND SELBSTVERWALTERiNNEN

Mit NETZ und doppeltem Boden

Mit dem Artikel zur Altersabsicherung in der CONTRASTE Nr. 72 vom September 90 ist die Diskussion um mögliche Formen der Altersabsicherung neu belebt worden. Neben den Versorgungsmöglichkeiten für GenossInnen im Rahmen der Pensionskasse der deutschen Konsumgenossenschaften VVag sind weitere nennenswerte Absicherungsmöglichkeiten wie beispielsweise das Versorgungswerk des NETZes e.V. vorhanden.

Jupp Wiechers, Redaktion Genossenschaften ● Das Versorgungswerk des Netzes entstammt einem breiten Bündnis selbstverwalteter Verbände und branchenübergreifenden Vertretungen. Als Gründungsmitglieder des Netzes für Selbstverwaltung und Selbstorganisation zeichneten vor allem die NETZWERKE aus NRW, die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung sowie der Verband der Soziokulturellen Zentren. Weitere Verbände wie Transfer, Verbund der Fairsicherungsläden e.G., Arbeitsgemeinschaft der NRW-ProjektberaterInnen, das Ökowerk sowie der Ökofonds der Grünen etc. traten zwischenzeitlich dem Netz bei. Nicht nur die breite Basis ist beachtlich, sondern vor allem wird das Versorgungswerk des Netzes den doch sehr unterschiedlichen Anforderungen, die von den MitarbeiterInnen selbstverwalteter Projekte, Betriebe und Vereine eingebracht werden, gerecht und besticht durch außergewöhnliche Versicherungsleistungen.

Vorteile des Gruppenversicherungsvertrages

Eine Lebensversicherung läßt sich als Einzel- oder, z.B. im Rahmen eines Versorgungswerkes, als Gruppenversicherungsvertrag abschließen. Die Vorteile eines Gruppenversicherungsvertrages liegen vor allem in den besseren Versicherungsleistungen. Was heißt das konkret?

Die unterschiedlichen Versicherungsleistungen werden im Vergleich deutlich. Schließt ein 35jähriger Mensch eine Versicherung mit 30jähriger Laufzeit ab, so erhält er bei 250 DM Monatsbeitrag mit 65 Jahren im Rahmen eines Einzelvertrages von einer durchschnittlichen Versicherungsgesellschaft 256.914 DM, von einer besonders guten Versicherungsgesellschaft 276.463 DM, und im Rahmen des Versorgungswerk des Netzes 318.386 DM.

Entstehungsgeschichte

Gegen Ende 1988 intensivierte sich die Diskussion im Rahmen der Verbundes der Fairsicherungsläden, die eigene Alters- und Berufsunfähigkeitsabsicherung in den Griff zu kriegen. Nach intensiver Prüfung der bereits bestehenden Versorgungswerke sowie der sonstigen Möglichkeiten des Marktes entstand der Rahmen für die Absicherung der Kollegen und Kolleginnen des Verbundes in Form eines Gruppenversicherungsvertrages auf der Grundlage kapitalbildender Lebensversicherungen.

Im Rahmen des Netzes für Selbstverwaltung wurde letztes Jahr über mögliche weitere Dienstleistungsangebote für die MitgliederInnen diskutiert. Es kam der Vorschlag, das Netz könne als Ausweitung seines Leistungsangebots ein Versorgungswerk zur Verbesserung der Alters- und Berufsunfähigkeitsrente in eigener Trägerschaft gründen. Nach einigen Diskussionen entschied die Mitgliederversammlung ein eigenes Versorgungswerk zu errichten und übernahm komplett das Absicherungsmodell der Fairsicherungsläden. Im April 1990 wurde das Versorgungswerk des Netzes e.V. mit Sitz in Münster gegründet. Mittlerweile hat das Bundesaufsichtsamt für Versicherungswesen in Berlin die Voraussetzungen für die Einrichtung überprüft und erteilte die Genehmigungen im Juli 1990.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ziel und Zweck des Versorgungswerkes

Das Versorgungswerk des Netzes e.V. verfolgt laut Satzung „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts 'Steuerbegünstigte Zwecke' der Abgabenordnung". Der Verein hat den Zweck, „Richtlinien für die Versorgung der Beschäftigten und InhaberInnen der dem Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation NRW, e.V. angeschlossenen selbstorganisierten Projekte und selbstverwaltete Betriebe aufzustellen. Die Tätigkeit des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet; der Verein trägt ausschließlich gemeinnützigen Charakter und verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht."

Vertragspartner sind die Schweizerische Rentenanstalt und die Neue Leben AG in Hamburg. Die Schweizerische Rentenanstalt a.G. (SRA) mit Sitz in München ist seit 1866 in der BRD tätig. Die SRA ist ein sehr kompetenter Gruppenversicherungspartner und bietet vor allem im Bereich der Berufsunfähigkeitsabsicherung besonders günstige Versicherungsbedingungen wie:

- Kein Prognoseverfahren zur Feststellung der Berufsunfähigkeit, sondern Zeitpunktbetrachtung!
- Keine Verpflichtungen im Leistungsfall, Anordnungen zur Linderung der Berufsunfähigkeit zu befolgen.
- Kein Ausschluß wegen Strahlen- und Kernenergieschäden.
- Vierteljährlich vorschüssige Auszahlung der Berufsunfähigkeitsrente.
- Volle Berufsunfähigkeitsleistungen bereits ab 50% Berufsunfähigkeit.

Die Neue Leben AG wurde 1964 von 2 gemeinnützigen Sparkassen, der Hamburger Sparkasse und der gemeinnützigen Sparkasse Bremen gegründet. Sie erwirtschaftet sowohl im Einzel- wie im Gruppenbereich eine überdurchschnittliche Verzinsung. Die herausragende Stellung am Markt ist durch regelmäßge Untersuchungen der Stiftung Warentest, DM, Kapital etc. dokumentiert. Z.B. Stiftung Warentest im TEST Heft 8/89: Wer 25 Jahre lang jährlich 4.000 DM, also insgesamt während der Laufzeit 100.000 DM an eine Versicherung zahlte, erhielt von der besten Gesellschaft (Neue Leben) 265.000 DM ausgezahlt, die zweitbeste schaffte 246.000 DM, die drittbeste 241.000 DM. Der Durchschnitt lag bei ca. 215.000 DM und viele erreichten nicht einmal 200.000 DM Auszahlung – wohlgemerkt bei gleicher Einzahlung je Versicherungsgesellschaft.

Betriebliche Altersabsicherung – Direktvermarktung

Die Versicherungen werden in der Regel als Direktversicherung im Rahmen der betrieblichen Altersabsicherung abgeschlossen. Im Unterschied zum normalen Lebensversicherungsvertrag schließt bei einer Direktversicherung der/die ArbeitgeberIn zugunsten seiner MitarbeiterInnen einen Vertrag ab. Versicherte Person ist der/die jeweilige ArbeitnehmerIn. Beitragsschuldner ist der Betrieb/Verein. In der Regel wird vereinbart, daß die versicherte Person bei Ausscheiden aus dem Betrieb den Vertrag mitnimmt und ihr während der Laufzeit alle Vertragsleistungen zustehen.

Wird die Direktversicherung als betriebliche Altersabsicherung abgeschlossen, entfällt für den Beitragsanteil (max. 250 DM/Monat) die gesetzliche Sozialversicherungspflicht und statt der normalen Lohnsteuer ist für den Beitragsteil nur die niedrigere Pauschallohnsteuer (15% + Kirchensteuer z.B. NRW 16,05%) zu entrichten.

Die Versicherungsleistungen
Im Rahmen des Versorgungswerkes des Netzes bestehen folgende Versicherungsmöglichkeiten:
1. Risikoversicherung über 75.000 mit 18.000 bzw. 100.000 mit 24.000 DM Jahresrente bei vorzeitiger Berufsunfähigkeit und Beitragsbefreiung. Ablaufalter 60 (Volle Berufsunfähigkeitsleistung bereits ab 50% Berufsunfähigkeit).
Versicherer: Schweizerische Rentenanstalt
Versicherungsumfang: Todesfalleistung und Berufsunfähigkeitsabsicherung mit Beitragsbefreiung, besonders günstigen Versicherungsbedingungen, niedrigen Beiträgen, ohne Auszahlung bei Vertragsende.
2. Kapitalversicherung auf das Endalter 60 mit Beitragsbefreiung und einer Berufsunfähigkeitsrente in Höhe von 24% der Versicherungssumme. Eine Vertragsverlängerung auf ein höheres Endalter (65) ist möglich.
Versicherer: Schweizerische Rentenanstalt
Vorteil: Berufsunfähigkeitsversicherung mit Beitragsbefreiung bei vorzeitiger Berufsunfähigkeit zu besonders günstigen Bedingungen und Altersrente in einem Vertrag. (Volle Berufsunfähigkeitsleistung jeweis ab 50% Berufsunfähigkeit)
3. Kapitallebensversicherung auf das Ablaufalter 64 (ohne Berufsunfähigkeitsrente), aber mit Beitragsbefreiung bei vorzeitiger Berufsunfähigkeit bis zum 60. Lebensjahr und der Möglichkeit des vorzeitigen Abbruchs ab dem 60. Lebensjahr.
Versicherer: Neues Leben.
Altersabsicherung mit Beitragsbefreiung bei vorzeitiger Berufsunfähigkeit mit besonders hoher voraussichtlicher Auszahlung bei Vertragsablauf.

Ausnutzung vorteilhafter Versicherungsbedingungen

Bei der Konzeption dieses Versorgungswerkes ist vor allem auf eine optimale Ausnutzung vorteilhafter Versicherungsbedingungen, hohen Ablaufleistungen und eine möglichst flexible Handhabung geachtet worden. Die Leistungen sollen den unterschiedlichen Lebensbedingungen der zu versichernden Personen entsprechen. ArbeitnehmerInnen und Selbständige zahlen ähnlich wie in der gesetzlichen Rentenversicherung einen festen Prozentsatz ihres jeweils zu versteuernden Vorjahreseinkommen an das Versorgungswerk zur Weiterleitung an die jeweiligen Versicherer.

Dieser Satz beträgt in der Regel 5% für ArbeitnehmerInnen und 10% für selbständige Personen. Dabei wird der so ermittelte Jahresbeitrag auf monatliche Zahlungsweise umgelegt und auf die nächste, durch 50 teilbare Zahl kaufmännisch gerundet. Je nach Einkommen entstehen somit Monatsbeiträge ab 50 DM, jeweils in 50er Schritten ohne Limit nach oben.

Beispielsweise zahlt eine freiberuflich tätige Unternehmensberaterin mit 32.000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen als Selbständige 3.200 DM im Jahr (pro Monat also 3.200 : 12 = 266,66 DM, abgerundet 250 DM) an das Versorgungswerk. Die Versicherungsleistungen ergeben sich dann aus der maßgeblichen Gruppe und dem Eintrittsalter. Ausgenommen hiervon ist die reine Risikoversicherung mit einer Beitragsfestsetzung nach Versicherungsumfang, Eintrittsalter und Ablaufalter.

Flexible Anpassung

Da in der Regel bei selbstverwalteten Projekten eine Aufbauphase vorangeht, können die betroffenen Personen mit geringen Beiträgen einen ersten Grundstein legen und mit wachsendem Einkommen den Ausbau der Alters- und Berufsunfähigkeitsabsicherung vorantreiben. Einmal eingestiegen, können sich die Versicherungsverträge der versicherten Personen sehr unterschiedlich entwickeln. Bei günstiger Geschäftsentwicklung steigt das Einkommen und damit der Beitrag schnell auf das für die Absicherung notwendige Niveau. Ist die Startphase lang, halten sich die Beiträge (analog dazu auch die Versicherungsleistungen) vorerst auf einem niedrigen Niveau.
Auch eine Beitragsanpassung nach unten (z.B. bei Einkommensminderung verursacht durch Wechsel von einer ganzen auf eine halbe Stelle oder dauernder Wirtschaftsflaute etc.) ist möglich.

Weiterführung bei Betriebswechsel

Aufgrund der hohen Mobilität im Selbstverwaltungsbereich wurde dem möglichen Ausscheiden des Einzelnen besondere Beachtung geschenkt. Zur Erinnerung: Voraussetzung für das Erlangen der Vorteile des Gruppenversicherungsvertrages sind immer: Mitgliedschaft des Unternehmens/Vereins beim Netz, Arbeitsverhältnis oder Selbständigenstatus beim Mitgliedsunternehmen. Fehlt eine der Voraussetzungen, entfallen die Vergünstigungen des Gruppenversicherungsvertrages. Im günstigsten Fall kann beim ArbeitgeberInnenwechsel der Vertrag bei einer anderen ArbeitgeberIn weitergeführt werden. Voraussetzungen: Die Vereinbarungen mit der ArbeitgeberIn sehen das Mitgeben des Vertrages vor und die neue ArbeitgeberIn ist Mitglied im Netz oder tritt diesem bei. Im ungünstigsten Fall ist der Vertrag auf Einzelvertragskonditionen umzustellen. Er kann mit gleichem, einem höheren oder reduziertem Beitrag weitergeführt werden. Er kann aber auch beitragsfrei gestellt werden. ●

Wer weitere Informationen zum Versorgungswerk wünscht, kann sich direkt an das Versorgungswerk des Netzes e.V., 4400 Münster, Ludgeriplatz 8, ☎ (0251) 53 10 00 bzw. FAX (0251) 52 52 88, Ansprechpartnerin Petra Barutzko, wenden oder an einen in der Nähe liegenden Fairsicherungsladen.

GENOSSENSCHAFT DER FAIRSICHERUNGSLÄDEN, BREMEN

Gemeinsame Versicherungskonzepte entwickelt

Nun ist sie endlich eingetragen, die „Verbund der Fairsicherungsläden e.G.". Gegründet wurde die Genossenschaft bereits im Mai 1989. Gut sechzehn Monate dauerte es bis zur Eintragung des Exoten in der Genossenschaftslandschaft.

Harald Deerberg, Redaktion Genossenschaften ● Hervorgegangen ist die Genossenschaft aus dem Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden, der seinen Ursprung im Jahre 1983 hat. Damals versuchten verschiedene Versicherungsmehrfachagenten einen anderen Weg im Umgang mit der Dienstleistung „Versicherung" zu finden und schlossen sich zu einem lockeren Verbund zusammen. Dieser Verbund wuchs, und um auch einzelnen Vermittlern eine Mitarbeit zu ermöglichen, wurde 1986 der Verbund in Verbund der Faisischerungsläden umgetauft.

Gründungsprobleme

Ziel war neben dem Informationsaustausch auch die Organisation eines kooperativen Arbeitens der Büros untereinander und die gemeinsame Entwicklung von neuen Produkten und Ideen. Es stellte sich schnell heraus, daß der immer größer werdende Verbund eine professionelle Organisation erforderte. 1987 übernahm der Fairsicherungsladen in Hamburg eine Sekretariatsfunktion. Bald wurde jedoch deutlich, wie schwer sich diese Verbundsarbeit neben einer normalen betrieblichen Arbeit erledigen läßt. Anknüpfend an den Gedanken der Selbsthilfe begann deshalb 1988 die Diskussion über die Gründung einer eigenen Genossenschaft, die im Mai 1989 auch erfolgte.

Sechzehn Monate dauerte es bis zur Eintragung in das Genossenschaftsregister in Hamburg. Der vermeintlich zuständige Prüfungsverband lehnte die Aufnahme einer Maklerorganisation ab. Es ging aber nicht um den Aufbau einer Vertriebsorganisation, sondern um eine Dienstleistungsgenossenschaft für Versicherungsmakler, eine Selbsthilfeeinrichtung zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder. Insofern handelte es sich sehr wohl um eine Genossenschaft, die sich jedoch an den falschen Prüfungsverband gewandt hatte.

Dank der Unterstützung des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens in Bonn erhielt die Genossenschaft in Gründung dann nach knapp einem halben Jahr das Gründungsgutachten und nach Beseitigung einiger formaler Eintragungshindernisse erfolgte ein weiteres halbes Jahr später endlich die Eintragung. Inzwischen gehören 15 Betriebe der Genossenschaft an, die in 18 Städten Büros unterhalten. Seit September 1989 hat die Geschäftsstelle ihren Sitz in Bremen. Neben organisatorischen Aufgaben für die Mitglieder unterhält sie einen Presse-und Informationsdienst, ein Tarifarchiv, leistet Hilfestellung bei der Herstellung von Kontakten zu Versicherungsunternehmen, Institutionen und Einrichtungen und werden von ihr Versicherungskonzepte sowie Gruppen- und Rahmenverträge entwickelt.

NETZ-Versorgungswerk

Der kooperative Zusammenhang und die Gründung der Genossenschaft hat inzwischen zur wirtschaftlichen Stärkung der Mitglieder geführt. Durch ihn wurde es möglich, zusammen mit dem NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation in NRW das NETZ-Versorgungswerk zu gründen, um bessere Absicherung in den Bereichen Altersversorgung und Berufsunfähigkeit anbieten zu können. Außerdem wird an der Entwicklung des info-NETZ gearbeitet, einem Wirtschaftsinformationsdienst, der drei- bis viermal im Jahr bundesweit erscheinen soll.

Grundlage der Aktivitäten des Verbundes ist das verbraucherorientierte Arbeiten, bei welcher Information, Beratung und bedarfsgerechte Vermittlung im Vordergrund stehen. Traditionelle Verkaufsmethoden, wie etwa Haustürgeschäfte, werden strikt abgelehnt. Mitglied werden können nur freie, ungebundene Finanz- und VersicherungsvermittlerInnen, deren Betriebe durch die dort tätigen Personen selbst verwaltet werden, oder Betriebe, in denen ArbeitnehmerInnen über Mitbestimmungs- und Mitverwaltungsmöglichkeiten die Unternehmenspolitik mitgestalten.

Statt auf dem Markt zu konkurrieren, verpflichtet der Verbund seine Mitglieder zu kooperieren, ohne jedoch in die wirtschaftliche oder rechtliche Autonomie einzugreifen. Um sich vor „schwarzen Schafen" zu schützen, wird es InteressentInnen nicht leichtgemacht, Mitglied zu werden. ●

Informationen gibt es über die Geschäftsstelle:
Verbund der Fairsicherungsläden e.G., Kohlhökerstr. 17, 2800 Bremen

ALTERNATIVE BILDUNGSARBEIT

Heißer Herbst in der ehemaligen DDR

„Perspektive braucht Bewegung" heißt das Motto einer „Buntstift"-Infotour durch die DDR mit einem rollenden Tagungshaus, die am 15. Oktober beginnt. Geplant sind zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen mit örtlichen Gruppen.

Heino Schomaker, Redaktion Heidelberg ● Die „DDR" gehört der Vergangenheit an. Die fünf neuen Bundesländer im Osten der Republik haben sich schon jetzt weitgehend westlichen Standards angepaßt, haben sie unreflektiert und kritiklos übernommen. Aus dem demokratischen Aufbegehren – es ist noch keine zwölf Monate her – ist eine nur noch repräsentative, eine Parteiendemokratie geworden. Westliche PolitfunktionärInnen bestimmen mit ihren Vorschlägen und vorgedachten Problemlösungen den politischen Alltag. Die Marktwirtschaft hat auch in der ehemaligen DDR gnadenlos Einzug gehalten. Wie in der Alt-BRD liegt auch in den neuen Bundesländern bei der sozialen Marktwirtschaft die Betonung vor allem auf den ersten vier Buchstaben „Mark", das „sozial" wird deutlich kleiner geschrieben. Die RepräsentantInnen der westdeutschen Wirtschaft haben längst das Terrain sondiert, juristische und ökonomische Rahmenbedingungen nach ihren Vorstellungen durchgesetzt und konkrete Fakten geschaffen.

Westliche Weisheiten

Mit nur geringer zeitlicher Verzögerung sind Institutionen und Verbände aller Art nachgerückt, von den Gewerkschaften über kulturelle und soziale Organisationen bis hin zu Stiftungen. Die Menschen, so scheint es, saugen allesamt begierig die „letztgültigen" Lebensweisheiten aus dem Westen auf. Organisationen mit zentraler und in ihrem Sinne effektiver Planung haben sich in einem Landstrich etabliert, in dem ein zusammengebrochenes Gesellschaftssystem große Lücken in das Orientierungs- und Wertesystem der Menschen gerissen hat.

Und jetzt geht Buntstift, der Dachverband der grünnahen Länderbildungswerke und eine der drei grünnahen Stiftungen auf Bundesebene, mit einem Bus auf Tour durch die ehemalige DDR. Suchen die Bildungswerke jetzt auch in Ostdeutschland nach SeminarteilnehmerInnen und Menschen, die ihre „Weisheiten" begierig aufnehmen?
„Die grünnahen Bildungswerke in den alten Bundesländern haben sich sehr bewußt mit Aktivitäten in der ehemaligen DDR zurückgehalten, weil wir auf eine eigenständige gesellschaftliche Entwicklung der ehemaligen DDR gehofft und gesetzt hatten", sagt Peter Schott. Er ist Mitglied im Vorstand des Berliner Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz und einer der KoordinatorInnen der Buntstift-Bustour unter dem Motto „Perspektive braucht Bewegung". „Jetzt stehen wir vor der Situation, daß diejenigen, die als Basisbewegungen an ökologischen und sozialen Fragen seit Jahren in der DDR aktiv waren und es immer noch sind, wieder in die Minderheit geraten sind", erkärt Peggi Nischwitz, ebenfalls eine der KoordinatorInnen des Busprojekts und hauptamtlich Geschäftsführerin des schleswig-holsteinischen Bildungswerks „anders lernen" in Ekkernförde. Eigenständige Ansätze für eine ökologische, soziale und basisdemokratische Entwicklung haben in nächster Zukunft keine Chance, mehrheits- oder gar durchsetzungsfähig zu werden.

Gemeinsame Perspektive

Andererseits gibt es in vielen Bereichen eine zunehmende Anzahl selbstorganisierter Zusammenschlüsse, die sich mit örtlichen und regionalen Problemen, insbesondere mit umweltpolitischen und sozialen Fragen, beschäftigen. „Das sind unsere Adressaten, die Menschen, die wir in erster Linie mit unseren Informationen und Erfahrungen, aber auch mit unseren Fragen und Diskussionswünschen erreichen wollen", sagt Peggi Nischwitz. Und damit benennt sie auch den zentralen Punkt, das Selbstverständnis dieser Tour. Es geht darum, über die ehemalige deutsch-deutsche Grenze hinweg Arbeitsergebnisse auszutauschen und Antworten auf Fragen zur gesellschaftlichen Entwicklung zu erarbeiten. „Und dabei spielt die bisherige Praxis unserer Arbeit als Länderbildungswerke auch im Hinblick auf eine gemeinsame Perspektive eine wichtige Rolle", so Peggi Nischwitz.

Regionale Arbeit

Ausdruck dieses Selbstverständnisses sind bereits die Veranstaltungen und Seminare, die im Herbst zwischen Dresden und Rostock durchgeführt werden. Sie alle sind Gemeinschaftsveranstaltungen von Länderbildungswerken und örtlichen Gruppen in der ehemaligen DDR. Die Themen sind aus der konkreten örtlichen Arbeit erwachsen, die beteiligten KooperationspartnerInnen waren von Anfang an in die Vorbereitungen einbezogen. Ein – angesichts der ökologischen Situation in der ehemaligen DDR fast zwangsläufiger – Schwerpunkt der Veranstaltungen sind Fragen und Probleme aus dem Umweltbereich. So wird der Buntstift gemeinsam mit der Meßstelle Gamma und örtlichen Initiativen im Raum Gera eine Vortragsreise zum Uranbergbau und seinen Folgen durchführen. Im Umkreis von Erfurt veranstaltet das „Bildungswerk Rheinland-Pfälzischer Initiativen" zusammen mit Umweltschutzorganisationen aus diesem Bereich eine Umweltberatungsfahrt. Schwerpunkt sind Praxis und Perspektiven einer ökologischen Landbewirtschaftung. Veranstaltungen in Dresden, die in Zusammenarbeit von örtlichen Gruppen mit dem Hamburger Bildungswerk „Umdenken" stattfinden werden, widmen sich traditionellen Umweltthemen wie etwa der Vergiftung unserer Gewässer und Flüsse – Dresden liegt wie Hamburg an der Elbe. Im Raum Dresden wird es in Zusammenarbeit der örtlichen „Grünen Liga" mit dem bayerischen Bildungswerk „Regenbogen Stiftungsverein für Leben und Umwelt" mehrere Veranstaltungen zu diesen Themen geben.

Vorrangig ökologische Themen

Ebenfalls örtliche Umweltthemen stehen im Vordergrund von Veranstaltungen, die die niedersächsische Stiftung „Leben und Umwelt" gemeinsam mit dem „Ökozentrum" in Magdeburg durchführt. Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik, aber auch die Einflußmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung bei örtlichen Planungen und Entscheidungen stehen im Mittelpunkt gemeinsamer Veranstaltungen von Ökogruppen in Rostock mit dem Bremer „Bildungswerk für Umwelt und Kultur". Auf einem großen Kongreß in Güstrow, veranstaltet von der örtlichen Bürgerinitiative „Energiewende" gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen Bildungswerk „anders lernen", stehen der Einsatz von erneuerbaren Energien und deren Perspektiven auf dem Programm. In Berlin und im Land Brandenburg wird es mehrere Veranstaltungen in Zusammenarbeit zwischen Buntstift und einem Ostberliner Umweltinstitut zu einer ganzen Palette ökologischer Fragen geben.

Neben diesem eindeutigen Schwerpunkt gibt es weitere Veranstaltungen und Diskussionabende zum Thema „Frauen und Arbeitswelt", zur Perspektive von Arbeitsloseninitiativen und zu Problemen der Selbsthilfe und Selbstverwaltung. In allen fünf neuen Bundesländern sind zentrale Ratschläge zur Praxis und zukünftigen Perspektiven grün-alternativer Bildungsarbeit geplant.

Der Bus wird auf seiner Fahrt diese Veranstaltungen besuchen und damit den inhaltlichen und organisatorischen Zusammenhang der Aktivitäten bilden. Die Bustour beginnt am 15. Oktober in Dresden und führt über Leipzig, Magdeburg und Güstrow nach Rostock. Von dort wird es am 30. Oktober über Schwerin und Berlin durch das Land Brandenburg zurück nach Dresden gehen. In den letzten beiden Wochen wird der Bus als Beratungsbus im Rahmen der Vortragsreisen im Raum Gera und Erfurt eingesetzt. Die Fahrt endet am 30. November in Erfurt. Auf der gesamten Reise sind Informationsstände und Gespräche mit VertreterInnen von örtlichen Organisationen und Verbänden geplant. Dabei wird der Bus als Infozentrum, Sitzungssaal und Konferenzraum zur Verfügung stehen.

Impulse für außerparlamentarische Arbeit

Mit dieser Aktion wollen die Buntstiftler, so Peter Schott, auch gerade in der Wahlkampfzeit, der außerparlamentarischen Arbeit neue Impulse geben. Schott: „Nur mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel sind die globalen gesellschaftlichen und ökologischen Probleme nicht zur bewältigen. Unsere Zukunft braucht Mut, Kreativität, Kampfkraft und Kompetenz – Perspektive braucht Bewegung". ●

KURZMELDUNGEN

Frauen sprühen Funken! 1. Kulturforum für Frauen – ein Feuerwerk der Künste

Parodieren, diskutieren, Räume schaffen für Träume...
...ob Theater oder Kabarett, Pantomime oder Akrobatik, Performance oder Lesung, Tanz oder Musical...
alles ist gefragt auf dem 1. bundesweiten Frauenkulturforum 1991 vom 18.2.-23.2.1991 in Trier.

Dieses 2. Projekt der Arbeitsgemeinschaft frauenUNItopia spricht alle kunst- und kulturschaffenden Studentinnen und interessierte Frauen an, die mit Sprache – Schrift – Bewegung – Musik laut werden wollen. Grund genug gibt es!

Die anzutreffende Kulturlandschaft ist als Bestandteil unserer Gesellschaft ebenso partriarchalisch wie diese selbst. Trotzdem erobern sich immer mehr Frauen immer mehr Freiräume! Sie setzen sich mit ihrer Situation als Frau im gesellschaftlichen Leben auseinander, zeigen Veränderungsperspektiven auf und entwickeln ein eigenes, weibliches Kultur- und Lebensverständnis.

Workshops animieren Frauen, eigene weibliche Stärken herauszufinden, eigene Ausdrucksformen und Vorstellungen zur Gestaltung des Lebens zu erarbeiten. Diskussionsfaktoren, zu denen kompetente GesprächspartnerinnenInnen eingeladen werden, nehmen die Kulturszene unter die Lupe.

Wie gehen wir Frauen mit oftmals von Männern festgesetzten Normen um, Normen, die das Männliche für das Allgemeingültige ausgeben, die dafür sorgen, daß Frauen immer noch außen vor bleiben, wenn es um kulturelle Artikulation geht? – Auf solche und weitere Fragen hofft das Forum Antworten zu finden und so den Diskussionsprozeß um eine spezifische Frauenkunst zu fördern.

Frauenkultur ist nicht nur Gegenstand theoretischer Auseinandersetzungen, Frauenkultur ist natürlich auch live zu genießen! Alle studentischen Künstlerinnen rufen wir daher auf, mit ihren Produktionen an die Öffentlichkeit zu treten und dieses Feuerwerk der Künste mitzugestalten. Ein Feuerwerk der Künste in dem Erfahrungsaustausch und eine Vernetzung studentischer und nichtstudentischer Frauenkultur wichtige Aspekte sind.
Veranstalterinnen dieses 1. bundesweiten Frauenforums sind:
Arbeitsgemeinschaft frauenUNItopia in Kooperation mit
Verein für Frauenbildung und Frauenkultur e.V., Trier,
Autonomes feministisches Frauen-/Lesbenreferat der Uni Trier,
Frauenzentrum Trier.
Weitere Informationen können bei folgender Adresse angefordert werden:
frauenUNItopia,
Carola Speth, Kaiserstr. 32, 5300 Bonn 1,
☎ (0228) 21 74 01.

„30 Minuten Freiheit"

– Unter diesem Motto veranstaltet die Kulturwerkstatt Weschnitztal am 2. und 3. Februar 1991 in den Räumen der Martin-Luther-Schule das „1. Rimbacher Filmfestival" für Amateurfilmer und -filmerinnen.

Alle, die Spaß haben am Filmen und ihre Produktionen einem aufmerksamen Publikum vorstellen wollen, können an diesem Festival teilnehmen. Sollten mehr als 10 Produktionen beim Veranstalter eingehen, wird von Mitgliedern der Kulturwerkstatt eine Vorauswahl getroffen. An den Tagen der Vorführung werden die interessantesten Werke von einer Fachjury ausgesucht und prämiert.

Im Rahmenprogramm werden neben Musik und Fotoausstellungen auch Diskussionsrunden mit Fachleuten, den Filmemachern und dem Publikum angeboten.

Interessenten werden gebeten, ihre Einzel- und Gruppenproduktionen bis zum verlängerten Einsendeschluß am 1. Dezember 1990 einzureichen. Der Film sollte eine Gesamtlänge von 30 Minuten nicht überschreiten. Angenommen werden Produktionen auf Video (VHS) und Super-Acht-Filme. Dem Filmmaterial sollte außerdem ein Kurzinfo über den Inhalt des Films und den Filmemacher/die Filmemacherin beigelegt werden.

Filme und Infos können an folgende Adressen geschickt werden: Gerd Janske, Bahnhofstr. 31, 6149 Rimbach 3, ☎ (06253) 8 55 09, Erik Gröbe, Hermann-Löns-Weg 14 a, 6900 Heidelberg, ☎ (06221) 80 36 20.
Das Material wird in jedem Fall an die Besitzer zurückgegeben.

Berlin – Stadt der Frauen

Die wiedererwachte Metropole Berlin und das Leben von Frauen in dieser Stadt: Genau zum richtigen Zeitpunkt veröffentlicht die FRAUENINFOTHEK BERLIN ein Buch speziell für die Besucherinnen der Stadt.

Als „Verkehrsamt für Frauen" arbeitet die FRAUENINFOTHEK BERLIN seit nunmehr zwei Jahren und ist in dieser Art einzigartig auf der Welt.- Das jetzt vorliegende, 210 Seiten umfassende Buch gibt einen Einblick in die Auskunfts- und Informationstätigkeit. Es ist kein „Reiseführer" im herkömmlichen Sinne, sondern möchte Berlin-Besucherinnen eine erste Orientierung geben, die frauenspezifische Seiten der Stadt zu entdekken. Einen roten Faden bietet die vielfältigen Informationen zur Frauenprojektelandschaft Berlins. Ebenso finden sich hier viele Adressen, an die frau sich wenden kann, um in Berlin Fuß zu fassen, sei es für ein paar Urlaubstage oder für länger.

Den Anfang des Buches bildet eine Textsammlung. Sie spannt den Bogen von der Entwicklung der Berliner Frauenprojekte über die gegenwärtige Ausländerinnenpolitik bis hin zur Thematik Frauen im Ostteil der Stadt, lesbische Frauen und Frauen mit Kindern. Anhand von Streifzügen werden sodann verschiedene Touren durch Berlin vorgestellt, zu Fuß, per Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein Bummel über den Kurfürstendamm beispielsweise öffnet den Blick für das vielfältige Wirken von Frauen, die hier oder in den Seitenstraßen gewohnt haben. Drei Spaziergänge durch den Ostteil Berlins verknüpfen touristische Informationen mit weiblicher Spurensuche.

Wissenswert-nützliche Tips finden sich am Ende des Buches: Die Mitarbeiterinnen der FRAUENINFOTHEK BERLIN haben hier jene Informationen zusammengestellt, die von Touristinnen am häufigsten nachgefragt wurden.

Da das Buch aus Mitteln der Deutschen Klassenlotterie finanziert wurde, wird es an interessierte Besucherinnen der Stadt und der FRAUENINFOTHEK BERLIN kostenlos abgegeben. Die deutsche Fassung ist gerade erschienen, eine englische Version liegt ab Mitte Oktober vor.

Berlin – Stadt der Frauen: Den Buchtitel verstehen die Mitarbeiterinnen der FRAUENINFOTHEK BERLIN zugleich als Forderung. Und vor allem als Aufforderung an die Leserin, Berlin unter dieser Fragestellung kennenzulernen.
FRAUENINFOTHEK BERLIN,
Leibnizstr. 57, 4. Etage
1000 Berlin 12, Tel. (030) 324 50 78.
Das Buch wird gegen 3,50 DM Rückporto auch zugesandt.

23.9.1990. Am Tag der OB-Wahl in Heidelberg wurde erneut ein Haus besetzt. Die eher symbolische Hausbesetzung richtete sich gegen den geplanten Bau eines „Herz-Centers" in der Heidelberger Innenstadt, bei dem insgesamt 20 Häuser der Abrißbirne zum Opfer fallen sollen. Das „Herz-Center" ist ein Prestige-Objekt für Herz-Spezialisten, mit hauptsächlich privaten Praxisräumen. Beendet wurden die Aktionen mit einer gleichfalls symbolischen Besetzung des Rathauses und einer spontanen Demo am Abend.

Photo: BesetzerInnen-Kollektiv

Datenschutz-„Knigge"

Denkanstöße zum Umgang mit Datenschutz in der psychosozialen Praxis will der Datenschutz-„Knigge" geben, den der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband in Nordrhein-Westfalen herausgegeben hat.

In der beruflichen Alltagspraxis der psychosozialen Arbeit treten im Umgang mit personenbezogenen Daten „menschliche Schwächen" zutage, die eher auf eine mangelhafte Sensibilität im Umgang mit Daten und weniger auf juristische Lükken verweisen. Der Autor Karl-Ernst Brill zeigt in der Broschüre die vielen Verführungssituationen des Arbeitsalltags auf. Ihnen bestehen zu können und im Umgang mit personenbezogenen Informationen die angemessene Sorgfalt walten zu lassen, ist eine Frage der Haltung aller Beteiligten. Ziel der Broschüre ist es, das Thema Datenschutz aus dem Schattendasein in der psychosozialen Arbeit herauszuführen und zu einem (selbst-) kritischen und bewußten Umgang mit personenbezogenen Angaben zu ermuntern.
Der Datenschutz-„Knigge" (64 Seiten, Schutzgebühr DM 5,- plus Porto) ist erhältlich beim
PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband NRW,
Loher Str. 7, 5600 Wuppertal 2.

MARKTWIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE

Wirtschaftsschrumpfung

In diesem Aufsatz wird gezeigt, wie eine kapitalistische Wirtschaft zum Schrumpfen zu bringen wäre. Ein solcher Vorschlag ist natürlich nie so richtig populär; daß vor zwanzig Jahren einmal die Rede von den Grenzen des Wachstums war, scheint heute fast vergessen.

Wendelin Himmelheber, Redaktion Heidelberg ● Jedoch scheint mir das dem System inhärente Wirtschaftswachstum das Grundübel des Kapitalismus zu sein. Insbesondere verträgt es sich nicht mit der Ökologie, was im folgenden noch begründet wird.

Ferner schafft mein Vorschlag gewisse Voraussetzungen für einen nicht-planwirtschaftlichen Sozialismus, indem er einerseits die Vermögensverteilung beeinflußt, andererseits durch das Schrumpfen des kapitalistischen Sektors Freiräume für nicht geldbestimmte Formen der Vergesellschaftung schafft. Als sozusagen erreichbare Utopie zeigt er, wie sich Markt (auf den, jedenfalls für Waren, bei einem gewissen Grad von Arbeitsteilung nicht verzichtet werden kann) und Sozialismus vereinbaren ließen.

Der globale ökologische Kollaps wird sich nur vermeiden lassen, wenn es gelingt, die Wirtschaft zum Schrumpfen zu bringen. Dreck kann nicht „beseitigt" werden, sondern immer nur verschoben. Ich möchte diese Tatsache hier nur ganz kurz begründen.

Das Müllproblem

Bei der Behandlung von Umweltproblemen gibt es zwei Strategien: Konzentration von Dreck und Verdünnung von Dreck. Ein Beispiel für das Erste ist die Müllabfuhr, die den dezentral anfallenden Müll sammelt und zentral deponiert, für das Zweite die Dünnsäureverklappung. „Beiseitigung" von Dreck gibt es dagegen nicht. Zum Beispiel führt Mülldeponie zu Sickerwässern, deren Behandlung in den Kläranlagen zu giftigem Klärschlamm, dessen Verbrennung zu giftigem Rauch, dessen Filterung zu giftigem Filterstaub. Der Dreck wird also immer bloß verschoben. Dabei ist jede Verschiebung mit Energieumsetzung verbunden, die nach dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik zu gesteigerter Entropie führen. Deshalb ist jede Konzentration von Dreck notwendig mit einer Verdünnung von Dreck an anderer Stelle verbunden.

Bestenfalls kann es gelingen, den im Wirtschaftsprozeß entstehenden Dreck in künstliche oder natürliche Kreisläufe einzufügen, aber auch dies ist stets mit Aufwand an Energie verbunden. Wirtschaft bedeutet also stets, wie auch Georgescu-Roegen beschrieben hat, die Produktion von Entropie; wachsende Wirtschaft, insbesondere auch wachsender technischer Umweltschutz, bedeutet wachsende Entropie.

Nun setzt jedes Leben Energie um und erzeugt damit Entropie. Es hat sich im Lauf der Evolution ein Gleichgewicht zwischen einfallender Sonnenenergie und des Nachts an das kühle Weltall abgegebener Entropie eingestellt. Durch den zusätzlichen Umsatz an fossiler und Kernenergie und die damit anthropogen zunehmende Entropie kommt dieses Gleichgewicht aber bald an die Grenzen seiner Belastbarkeit. Die Klimakatastrophe macht es deutlich.

Wirtschaftswachstum hat viele Gründe. Einer ist die historische Entwicklung der Wirtschaftsgesinnung weg vom Gedanken eines Wirtschaftens, das den standesgemäßen Lebensunterhalt sichern soll, hin zu einem Gewinnstreben, das per definitionem keine Schranke kennt. Ein anderer Grund ist, daß das Wachstum des kapitalistisch bestimmten Sektors des Lebens zu einem gleichzeitigen Wachstum des Mangels führt, weil der Bereich der Subsistenzwirtschaft (Eigenarbeit) zerstört wird und durch Schattenarbeit ersetzt wird, was bedeutet, daß ein Mangel an Waren auftritt, der wieder durch Wachstum beseitigt werden soll; ein Mechanismus, auf den Ivan Illich hingewiesen hat. Nebenbei bemerkt folgt daraus, daß Schrumpfen der Wirtschaft keineswegs ein schlechteres Leben bedeuten muß.

Schließlich ermöglicht Wirtschaftswachstum auch die Beruhigung des Proletariats durch zunehmenden Konsum, ohne daß sich der Abstand nach „oben" verringern müßte.

Je größer desto konkurrenzfähiger

Solche Faktoren müssen aber auch in ein Wirtschaftssystem umgesetzt werden, es muß auch auf der Ebene des alltäglichen Funktionierens der Wirtschaft Gründe für das Wachstum geben. Hier steht obenan der Vorteil, den die Größe einer Firma im Konkurrenzkampf bietet. Bis zu einem gewissen Grad bedeutet größere Maschinerie effizientere Produktion, dies ist sozusagen Naturgesetz; darüberhinaus bedeutet Größe einer Firma größere Marktmacht, die Möglichkeit, von Lieferanten bessere Konditionen zu erzwingen, Fähigkeit zum Dumping etc.. Das System der Marktwirtschaft belohnt also die durch das Gewinnstreben gesetzte Tendenz zur Vergrößerung der einzelnen Wirtschaftseinheiten. Dies allein erklärt zwar noch nicht das Wachstum der gesamten Wirtschaft, denn es wäre ja auch möglich, daß gleichzeitig die Zahl der Firmen abnimmt (was sie ja auch tut), und zwar so stark, daß damit der Effekt der wachsenden Einzelbetriebe ausgeglichen würde. Die Umkehrung jedoch ist schlüssig: Wenn die einzelnen Betriebe stagnieren oder schrumpfen, könnte weiteres Wachstum nur durch Zunahme der Zahl der Betriebe stattfinden, die ihrerseits aber durch die Größe der Bevölkerung bzw. die von ihr zu leistende Menge an Managerarbeit beschränkt ist. Bei stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung – diese Voraussetzung ist ökologisch ohnedies unabdingbar – würde also ein Schrumpfen der Einzelbetriebe ein Schrumpfen der gesamten Wirtschaft verursachen. Ich möchte deshalb einen Vorschlag machen, wie der Konkurrenzvorteil wachsender Betriebsgrößen aufgehoben und wirtschaftlicher Druck zur Verkleinerung ausgeübt werden könnte.

Es handelt sich bei diesem Vorschlag um eine Veränderung im Steuersystem. Ich schlage vor, eine progressive Vermögenssteuer und eine progressive Umsatzsteuer einzuführen.

Progressive Vermögenssteuer

Die progressive Vermögenssteuer stünde für sich allein noch in keinem Widerspruch zu großen Firmen: Diese müßten sich eben als Genossenschaften oder als AGs organisieren und ihre Anteile entsprechend weit streuen. In Teilbereichen aber, etwa der Agrikultur, würde diese Maßnahme allein schon konzentrationshemmend wirken. Nebenbei hätte sie einen egalisierenden Einfluß auf die Vermögensverteilung in der Bevölkerung, und Vermögen gibt Anrecht auf einen Anteil am Profit. Eine solche Steuer ist eine viel elegantere Art, den Privatbesitz an Produktionsmitteln unschädlich machen, als ihre Verstaatlichung. Natürlich soll man sich keine Illusionen über Wirtschaftsdemokratie in Aktiengesellschaften oder Genossenschaften machen, aber bei einer Verkleinerung der Betriebsgröße, wie sie dieser Vorschlag anstrebt, ist der Fall vielleicht nicht hoffnungslos. Außerdem sind hier gesetzliche Verbesserungen möglich.

Zur finanztechnischen Seite: Es müssen die verschiedenen Formen von Vermögen unterschieden werden. Beim Vermögen an Grund und Boden hat bereits die Bodenreformbewegung um die Jahrhundertwende die Besteuerung nach dem Verkehrswert durchgesetzt. Es bereitete den Finanzämtern also keinen zusätzlichen Aufwand, hier einen progressiven Steuersatz anzuwenden.

Vermögen an Produktionsmitteln und Immobilien sind auch bereits fiskalisch erfaßt, da die Abschreibungen von der Steuer abgesetzt werden. Geldvermögen und Aktien ließen sich über die Banken erfassen. Gehortetes Bargeld müßte wohl unversteuert bleiben.

Progressive Umsatzsteuer

Der entscheidende Druck zur Verkleinerung der Betriebe ginge von der progressiven Umsatzsteuer aus. Der derzeitige Modus ihrer Berechnung ist folgender: Auf den Preis, den der Kunde zu zahlen hat, wird Umsatzsteuer geschlagen. Es gibt hier verschiedene Steuersätze je nach Art der Ware. Jede Firma kauft aber ihrerseits wiederum Waren und Dienstleistungen, auf denen auch Steuer liegt. Diese in den Lieferantenrechnungen enthaltenen Steuerbeträge, die Vorsteuer, wird von den in den Kundenrechnungen enthaltenen Steuerbeträgen abgezogen. Die Differenz geht ans Finanzamt. Durch diesen Abzug der Vorsteuer wird erreicht, daß nicht der Umsatz, sondern, dem Namen dieser Steuer entsprechend, der Mehrwert besteuert wird. Dies kann so auch beibehalten werden. Es gäbe weiterhin feste Steuersätze, die auf die Preise geschlagen werden und auch entsprechend als Vorsteuer abgezogen werden können. Der an das Finanzamt zu zahlende Betrag wäre aber nicht mehr die Differenz, sondern berechnete sich aus ihr derart, daß je nach ihrer Größe mehr oder weniger gezahlt werden müßte. Auf diese Weise würde ein großer Betrieb mehr Umsatzsteuer zahlen als er auf seine Kundenrechnungen schlagen konnte, er müßte also seine Grundpreise entsprechend erhöhen und verlöre so seinen Konkurrenzvorteil gegenüber kleinen Betrieben.

Freilich gibt es Arten von Betrieben, die notwendigerweise sehr groß sein müssen, wie etwa Bergwerke. Diese müßten dann sehr viel mehr Steuern entrichten als etwa ein Einzelhändler. Dies ließe sich entweder durch unterschiedliche Steuersätze für die entsprechenden Waren ausgleichen, oder man nimmt die Verteuerung der jeweiligen Waren in Kauf, da sie ja – um bei diesem Beispiel zu bleiben – alle Bergwerke gleichermaßen trifft. Zu bedenken ist auch, wie eine Progression, die die gesamte Größenskala der Betriebe umfaßt, in einzelnen Branchen, die nur einen kleinen Teil dieser Skala ausfüllen, hinreichend differenzierend wirken kann. Wahrscheinlich müßte die Progression logarithmisch ansteigen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die skizzierte Steuerreform würde sich vermutlich auch positiv auf die Beschäftigungssituation auswirken, da Rationalisierungen im allgemeinen kapitalintensiv sind und deshalb eher von großen Betrieben durchgeführt werden können. Außerdem werden Neugründungen erleichtert, wenn es weniger auf großes Startkapital ankommt. Auch die Aussichten für die Einführung mittlerer, angepaßter Technologie dürften sich verbessern.

Übergangsprobleme

Natürlich bleiben viele Fragen offen: Würde es genügen, die Änderung einkommensneutral zu gestalten, um die Wirtschaft zum Schrumpfen zu bringen? Wie stark soll die Progression sein, wie hoch die Grundfreibeträge? Zweifellos gäbe es auch Übergangsprobleme, die sich jedoch durch eine schrittweise Verschärfung der Progression abmildern ließen. Ferner gäbe es sicher Probleme mit Kapitalflucht, und auch die Wirkungen auf eine stark exportorientierte Volkswirtschaft sind zu bedenken. Allerdings ist es ohnehin an der Zeit, die Dogmen des Freihandels in Frage zu stellen.

Der entscheidende Nachteil des hier gemachten Vorschlags ist, daß er sich auf den Staat verlassen muß. Aber weder die Abschaffung des Staates noch des Geldes dürfte bis auf weiteres möglich sein. ●

Anzeige

Der 14.Taschen-KalendA der autonomen Anti-AKW-Bewegung ist da!
Themen: Texte und Infos aus der Anti-Atom- und autonomen Szene,Adressen,und und und...
228 Seiten,schwarz-rotes Cover,
Einzelpreis: 9 DM plus 2 DM Porto gegen Vorkasse,WiederverkäuferInnen erhalten 30 - 50 % Rabatt.
Der Atomkraft NEIN!-Kalender 91 kann bestellt werden bei: Umwälzzentrum, Scharnhorststr.57,D-4400 Münster.
Der Gewinn fließt in den Widerstand gegen Atomanlagen.

KURZMELDUNGEN

Das Herbstprogramm der ökologischen Akademie Linden

Mit ihrem zweiten Herbstprogramm weitet die Ökologische Akademie Linden ihre Veranstaltungen erheblich aus. In der Kooperation mit der „Regenbogen-Stiftung für Leben und Umwelt" und aus der Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsladen München, GRIBS und dem Zusammenschluß bayerischer Bildungsinitiativen ist ein breites Spektrum ökologischer Seminare entstanden.

In zwei Fortbildungen für soziale Einrichtungen, Initiativen, Stadtplaner und Kommunalpolitiker stehen „der ökologische Umbau in Stadt und Region" (19.-21.11.90) und „die Sozialpolitik in der Kommune" (16.-18.11.90) auf dem Programm.

„Was soll aus der Umwelterziehung werden?" heißt es in einer Zukunftswerkstatt für LehrerInnen und ErzieherInnen, die Erfahrungen in der Umweltbildung austauschen wollen. (23.-25.11.90).

Das Wochenendseminar „Von der Zerstörung zum Einklang mit der Natur – Wege zu einem neuen Naturbewußtsein" wendet sich vom 15.-19. Oktober vor allem an Mitarbeiter der Jugendbildung und Seniorenarbeit, die einen sinnlich-künstlerischen Zugang zur Erfahrung von Umweltproblemen suchen.

Mit dem Seminar „Trauern können" (9.-11.11.90) greift die ökologische Akademie ein in der Bildungsarbeit bisher wenig beachtetes Thema auf, welches alle Menschen in unterschiedlichen Lebensaltern betrifft.

Anmeldungen und Programmnachfragen richten Sie bitte an:
Ökologische Akademie e.V.
Thomas Ködelpeter, pädagogischer Leiter
Baiernrainer Weg 17, 8157 Linden
☎ (080 27) 14 94, tägl. 9-11 Uhr.

Werkzeuge zur Selbsthilfe

Einladung zum Kooperationsseminar für Werkzeug-Recycling-Organisationen

Zum Hintergrund: Wie leider in den meisten Bereichen unseres Lebens hat sich auch bei Werkzeugen die Wegwerfmentalität durchgesetzt. Dies betrifft sowohl Firmen als auch Privatpersonen und wird von der entsprechenden Industrie kräftig gefördert. So ist beispielsweise ein neuer Hammerstiel fast teurer als der komplette Hammer. Der Hammer mit dem abgebrochenen Stiel wandert deshalb oft zum Müll.

In vielen Ländern der sogenannten „Dritten Welt" herrscht hohe Arbeitslosigkeit und es fehlen die infrastrukturellen Voraussetzungen für jegliche Entwicklung. Dies gilt besonders für die ländlichen Gebiete. Arbeitskräfte sind reichlich da, teilweise verfügen sie auch über entsprechende berufliche Qualifikationen, aber notwendige Werkzeuge fehlen bzw. sind unerschwinglich.

Hier setzt eine in England entwickelte und über Holland nach Deutschland gelangte Idee an: Alte Werkzeuge werden gesammelt und soweit wie möglich wieder aufgearbeitet, um danach in voll funktionsfähigem Zustand an Selbsthilfegruppen in die „Dritte Welt" weitergeleitet zu werden.

Die Aufarbeitung der Werkzeuge erfolgt in der Regel durch ehrenamtliche Mitarbeiter und ABM-Kräfte. So schafft diese Idee sowohl bei uns als auch in der „Dritten Welt" Arbeitsplätze. Darüberhinaus läßt sich ein solches Projekt auch gut für eine anschauliche Bildungsarbeit zur „Dritte-Welt"-Problematik oder „Überflußgesellschaft" nutzen.

Es muß aber darauf geachtet werden, daß durch das eintreffende Werkzeug keine bereits vorhandenen Arbeitsplätze zerstört werden, daß sich nicht Privatleute an den Spenden bereichern und daß die jeweiligen kulturellen Gegebenheiten berücksichtigt werden. Im Interesse einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist es für uns auch selbstverständlich, daß kein Schrott verschickt wird.

In der Bundesrepublik gibt es einige Gruppen, die nach diesem Konzept Werkzeuge, einfache Maschinen, Medizintechnik u.ä. recyceln und in „Dritte-Welt-Länder" verschicken. Bislang bestanden untereinander kaum Kontakte, obwohl diese Gruppen in der Praxis offenbar mit sehr ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Um dies zu ändern, veranstalteten drei dieser Organisationen ein Seminar (s.u.) zum gegenseitigen Kennenlernen und Ausloten gemeinsamer Interessen. Es könnten sich daraus evtl. auch Perspektiven oder Projekte für eine weitergehende Zusammenarbeit entwickeln. Außerdem wird es einige Arbeitsgruppen bzw. Referate zu konkreten Aspekten der praktischen Arbeit geben.

Zu dem Seminar sind Vertreter aller Initiativen und Organisationen eingeladen, die sich in diesem Recycling-Bereich betätigen.

Seminarort ist der „Jugendhof Bessunger Forst", Aschaffenburger Str. 189, in Rossdorf bei Darmstadt
am 16.-18.11.90 (Anreise am 16.11. ab 16.00 Uhr)

Die Kosten für Unterkunft und Verfiegung betragen insgesamt 68,- DM.

Der Seminartitel lautet:
Seminar zur Vernetzung und Kooperation von „Dritte-Welt"-Gruppen im Bereich Maschinen-, Werkzeug- und Medizintechnikrecycling sowie angepaßter Technologie.

Veranstalter und Auskunftsstelle sind:
- G A B, August-Bebel-Str. 57, 4800 Bielefeld 1, ☎ (0521) 6 26 33
- Aktion Eine Welt e.V., Kleine Str. 17, 3250 Hameln, ☎ (05151) 4 42 08
- Werkhof Darmstadt, Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt, ☎ (06151) 2 66 64

Wir bitten um baldige Anmeldung bei der G A B oder Aktion Eine Welt. Ein genauerer Seminarplan wird dann zugeschickt. Wer Werkzeuge o.ä. abgeben oder vermitteln kann, wende sich bitte auch an eine der oben genannten Organisationen.

AUF DER SUCHE NACH DEM DRITTEN WEG, 2.TEIL: EINE WAHNIDEE?

Kommunismus: „Sackgassen- und Wahnidee"?

„Nieder mit dem Reich des roten Faschismus!" (Transparent am 1. Mai 1990 vor dem Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau)

Klaus Schmitt, Redaktion Berlin ● Der Moskauer Historiker Afanasjew bezeichnet den Kommunismus nicht nur als „Sackgassen-", sondern auch als „Wahn-Idee". Der Marxismus ist gewiß eine Sackgassentheorie, denn eine falsche Kapitalanalyse muß zu falschen Maßnahmen bei der Überwindung des Kapitalismus und folglich in eine Sackgasse führen. Der Kommunismus („Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen") ist sicherlich auch eine Wahnidee, soweit es um die idealistische Vorstellung geht, die Menschen würden nach ausreichender Erziehung allein aus Einsicht in die Notwendigkeit produzieren und verantwortungsbewußt und entsprechend „richtiger" Bedürfnisse konsumieren. Wer steht jedoch freiwillig jeden Morgen um 5 Uhr auf, um in der Fabrik für die Gesellschaft zu schuften, wenn er/sie alles ohne Gegenleistung erhalten kann? Wer geht schon so sorgfältig, wie es notwendig ist, mit den Produkten, Produktionsmitteln und Naturressourcen um, wenn sie/er davon keinen unmittelbaren persönlichen Nutzen oder Schaden hat?

Urkommunismus und menschliche Natur

Anders sieht das in der überschaubaren Kleingruppe aus. Hier kann auch ohne Staatsgewalt, allein durch die Genossen soziale Kontrolle ausgeübt werden, was allerdings oft ebenfalls repressiv ist. Hier kann aber auch die urkommunistische Natur des Menschen ihre soziale Funktion entfalten. Denn neben sehr individualistischen Neigungen besitzt der Mensch zweifelsohne, wie bereits Friedrich Engels festgestellt hatte, neben seiner „gesellschaftlichen", eine, auf Grund seiner „Abstammung vom Affen", „gesellige" Natur. Doch nur diese „gesellige", und nicht die „gesellschaftliche" Natur des Menschen birgt ein kommunistisches Potential in sich. Und dieses ist auf die Kleingruppe zugeschnitten.

Wie bereits der russische Anarchist Kropotkin festgestellt und die spätereren Verhaltensforscher, wie z. B. Konrad Lorenz und Eibl-Eibesfeld, bestätigt haben, neigt jeder Mensch auf Grund seiner sozialen Anlagen zu Zusammenarbeit und „gegenseitiger Hilfe" (Kropotkin). Max Stirner hat das an einem Beispiel fast selbstsüchtigen Altruismus' treffend verdeutlicht: Meinem Freund „schmerzt der Zahn, mich aber schmerzt sein Schmerz. Weil ich aber die kummervollen Falten auf der geliebten Stirn nicht ertragen kann, darum, also um meinetwegen, küsse ich sie weg". Es ist hier also keine von außen aufgesetzte moralische Pflicht, sondern ein inneres, triebhaftes Bedürfnis, in diesem Falle ein naturgegebenes Mitempfinden und Mitleiden für einen geliebten Menschen, das zu Solidarität und Hilfeleistung führt.

Dieses vitale Bedürfnis nach gegenseitiger Hilfe war in den Jahrmillionen der menschlichen Vorgeschichte eine unverzichtbare Voraussetzung für das Überleben der Urhorden und somit auch ihrer Individuen in der Natur. Diese spontane Neigung zur Hilfeleistung und zu lustvollem Geben und Nehmen ohne rationales Aufrechnen von Aufwand und Ertrag beobachten wir noch heute in Freundeskreisen, in der Familie und insbesondere zwischen verliebten Paaren. Sie ist eine biologische Erbschaft aus der Abstammungsgeschichte des Homo sapiens und naturgeschichtlich aus den Brutpflegetrieben und -instinkten der Säugetiere hervorgegangen. Sie hat sich in seiner Tiefenpsyche, in seinem „Es" (Freud), seinem „biologischen Kern" (Wilhelm Reich), zum genetisch vorprogrammierten Eros entwickelt (der allerdings nur, wie René Spitz in „Angeboren oder Erworben?" aufzeigt, in entsprechenden Sozialisationsprozessen zur Reife kommt). Erich Fromm hat die Liebe (in: Die Kunst des Liebens) als „die aktive Fürsorge für das Leben und Wachsen dessen, was wir lieben" beschrieben. In der Liebe „wird der Wunsch des Anderen (...) mein eigener Wunsch", schreibt Ludwig Feuerbach (in: Der Eudämonismus) ganz im Sinne Stirners. Die Liebe hat die art- und gruppenerhaltende Funktion, den Individuen eine emotional begründete Motivation zu solidarischem und kooperativem Verhalten zu liefern.

In der Liebe fallen Egoismus und Altruismus zusammen. Doch die Liebe ist nicht alles, was Menschen bewegt und zusammenhält. Und es gibt Neigungen und Interessen, die sie trennen. Und auch die emotionalen Bindungen in Gemeinschaften können, wie wir gerade aus der Familie wissen, repressiv sein. Daher lehnt Stirner nicht nur die Gesellschaft und ihre Institutionen wie z. B. den Staat ab, in denen der Mensch nichts als ein fremdbestimmtes „Glied" mit „fixen Ideen" und „Wahnvorstellungen" („Wahnidee" des Kommunismus!) ist. Er kritisiert auch die naturwüchsige Gemeinschaft, die Urhorde, die Familie, den Stamm etc., da in ihr das Individuum ein biologisch „triebhaft" gebundenes „Exemplar" ist. Er fordert die freie Vereinigung, in der der Mensch als „Einziger" selbstbewußt und selbstbestimmt seine wirklich „eigenen" Interessen und Bedürfnisse verwirklicht (siehe Hans Sveistrup, Stirners drei Egoismen). Ich könnten mir vorstellen, daß sich Menschen nicht nur aus rationalen und materiellen, z. B. ökonomischen Gründen, sondern auch deshalb in Vereinigungen zusammenfinden, um in ihnen als „Einzige" ihren „eigenen" Eros bewußt ausleben zu können. Diese vereinigten „Eigenen" würden dann nicht notwendigerweise aus biologisch zusammengefügten Blutsverwandten bestehen.

Herbert Marcuse bezieht den Eros in seine „konkrete Utopie" einer „libidinösen Kultur" mit ein (siehe Triebstruktur und Gesellschaft). Auf jeden Fall könnten diese aus dem Eros entspringenden und primär auf die Kleingruppe geprägten urkommunistischen Neigungen – neben Stirners Rationalität – eine wichtige Rolle in einer föderativen Gesellschaft spielen, in einer „Republik der Republiken" wie sie Gustav Landauer (in: Aufruf zum Sozialismus) propagiert hat.

Selbstverwaltung der eigenen Ausbeutung

Doch zu einer Republik der Republiken gehört eine entsprechende ökonomische Basis. Die staatliche Zentralverwaltungs- und Kommandowirtschaft der marxistischen Kommunisten steht diesem Konzept diametral entgegen. In ihr können sich weder wirklich freie, autonome und selbstverwaltete Genossenschaften und Wirtschaftskommunen, noch libidinöse verbundene Gemeinschaften, noch Bakunins Kollektive, noch Stirners Vereinigungen entfalten, noch weniger als in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Aber auch im Kapitalismus sind selbstverwaltete Kollektive keine Instrumente, um alle Menschen von Ausbeutung und Krisen zu befreien. Sie dienen zwar dem emanzipatorischen Anspruch, Hierarchie und Herrschaft zu überwinden, doch wie alle Unternehmer und Konsumenten, müssen auch die Kollektivisten als Kreditnehmer, als Mieter von Gewerberäumen und als Konsumenten Zinsen zahlen. In der Zinswirtschaft macht der Anteil der Geld-, Kapital- und Bodenzinsen in den Warenpreisen (laut Helmut Creutz) im Durchschnitt fast 30%, in den Mietpreisen sogar bis zu 85% aus. Und wie alle Unternehmer und Lohnarbeiter sind auch sie von den periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen betroffen. Mit sozialer Emanzipation alleine ist die ökonomische Emanzipation nicht zu erreichen, und ohne die ökonomische Emanzipation kann sich die soziale nicht voll entfalten.

Bezogen auf den Geld- und Kreditzins, hat dieses Problem bereits Friedrich Engels in seiner Kritik am Kommunen-Sozialismus Dührings beschrieben: Wenn – wie es Dühring wünscht – jeder Kommunard „mit seinem Geld machen kann, was er will", dann kann er „nicht verhindern, daß die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die anderen mit dem ihnen gezahlten Lohn nicht auskommen". „Es liegt vor die Gelegenheit und das Motiv, einerseits zur Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung. Der Bedürftige borgt beim Schatzbildner. (...) Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungierenden Metallgeld auch der Zinswucher wiederhergestellt" (MEW 20, S. 283). So lange also ein Geld besteht, mit dem Zins erpreßt werden kann, wird es auch Zinsknechtschaft geben, gleichgültig, ob Wirtschaftskommunen bestehen oder nicht. So weit hat Engels völlig recht. Er wußte nur leider nicht, warum mit „Geldschätzen"-Zins „erzwungen" werden kann und welche Folgen das für die Entwicklung der „Profits" hat! Also konnte er nur auf die Idee kommen, den Markt abzuschaffen und Investition, Produktion und Verteilung zentral zu planen. Doch damit sind seine Genossen gescheitert.

Der Ausweg: eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus!

In Mode ist es, als Heilmittel allen Übels nun wieder die Marktwirtschaft zu fordern. Dabei wird jedoch nicht die entscheidende Frage gestellt, ob es eine kapitalistische oder eine vom Zins, also von der Klasse der Kapitalisten und Grundrentner befreite Marktwirtschaft sein soll. Der Marktwirtschaft haftet zwar immer – wie Marx richtig bemerkt – etwas „Anarchisches" an, für Marx ein Greuel, für Bakunins Kollektive jedoch eine guter Nährboden – vorausgesetzt, es handelt sich um eine nicht-kapitalistische Marktwirtschaft. Zur Entfaltung einer föderalistischen und somit wirklich pluralistischen und „basisdemokratischen" (genauer gesagt: anarchischen) Gesellschaft, einer „Republik der (autonomen) Republiken", dürfte eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus (Geld- und Kapitalzins) und feudale Relikte (Grundrente) ein fruchtbarer Boden sein.

Eine nicht-kapitalistische Marktwirtschaft ist denkbar und offenbar auch machbar, Herr und Frau Nachbar! Mindestens drei Autoren haben dafür die theoretischen Grundlagen entwickelt: die beiden Anarchisten Pierre Joseph Proudhon und Jean Silvio Gesell und der berühmte bürgerliche Ökonom John Maynard Keynes – der antikapitalistische, nicht der staatsinterventionistische, den die staatsfetischistischen Sozialdemokraten bevorzugen! Alle drei folgen zwar – zu Recht – der Grundrenten-Theorie der Klassiker, widersprechen den Klassikern jedoch an einem entscheidenden Punkt: Ihrer Behauptung, der Geldzins könne im überlieferten Geldsystem auf Null sinken. Proudhon, Gesell und Keynes haben übereinstimmend festgestellt, daß der Zinsfuß langfristig und im Durchschnitt immer positiv ist und daß das den Kapitalzins (die Rendite) und die periodisch wiederkehrenden Krisen zur Folge hat. Sie suchen daher die Ursachen für Ausbeutung und Konjunkturkrisen nicht in der Produktions-, sondern in der Kredit- und Zirkulationssphäre. Sie sind daher nicht genötigt, die Verstaatlichung aller, also auch die Verstaatlichung der vermehrbaren Produktions- und Gebrauchsmittel, und die zentrale Planung der Volkswirtschaft zu fordern; sie können es bei der Marktwirtschaft belassen. Proudhon und Gesell wollen lediglich den Boden, die Bodenschätze und die Bodenrente vergesellschaften, Keynes akzeptiert das (Allgemeine Theorie, S. 302), und alle drei wollen den Wirtschaftskreislauf geschlossen halten und den Zinsfuß auf tatsächlich null Prozent im Durchschnitt reduzieren, was jedoch entscheidend ist: Ohne Zins und Krisen würden so viele Produktionsmittel, Wohnhäuser usw. produziert werden, daß bald der Zustand der „Vollinvestition" (Keynes) – der Zustand einer Wirtschaft ohne Wachstumszwänge – erreicht und der „Profit" tatsächlich weitestgehend in den Arbeitseinkommen aller Produzenten aufgehoben und der Kapitalrentner „eines sanften Todes gestorben" (Keynes) wäre.

«Geld ohne Mehrwert»

Den Zustand der Vollinvestition wollte Proudhon mit einer Tauschbank erreichen. Sie soll die Ware mit dem Geld gleichstellen, so daß der „Bonus" (Keynes) Zins vom Markt verschwindet und der Austausch der Produkte sichergestellt ist. Gesell, den Keynes einen „antimarxistischen Sozialisten" nennt, und Keynes selbst wollten den positiven Zins und die Konjunkturkrisen mit einem Geld überwinden, das mit einem „negativen Zins", einer Art „Geldsteuer" (Nicolas A. L. J. Johannsen), belastet ist. Durch diese Belastung der angesammelten Geldschätze mit „Durchhaltekosten" (Keynes) sind ihre Besitzer daran interessiert sind, ihr Geld auch ohne Zins in die Wirtschaft zu stecken. Das hat ein kontinuierlich umlaufendes „Geld ohne Mehrwert" (Dieter Suhr) zur Folge.

Das Tauschbank-Konzept hat sich in der Praxis der Barter-Clubs, das Geld mit „Durchhaltekosten" (Keynes) in den weltweit praktizierten Schwundgeld-Experimenten und im Brakteaten des Mittelalters bewährt (siehe Hugo Godschalk, „Die Geldlose Wirtschaft"; Werner Onken in Creutz, Suhr, Onken, „Wachstum bis zur Krise?"; und Alex von Muralt, „Der Wörgler Versuch mit Schwundgeld", und Klaus Schmitt, „Geldanarchie und Anarchofeminismus", beides in Kl. Schmitt, Hg., „Silvio Gesell – „Marx" der Anarchisten?").

Beide Konzepte hatte Keynes in sein IWF-Programm aufgenommen und auf der Bretton-Woods-Konferenz 1944 vorgeschlagen (siehe Lettre international 2/1988). Es ist dort zwar von der britischen Regierung unterstützt, aber von der Regierung der Vereinigten Staaten abgelehnt worden: die US-Großbanken waren dagegen. Sie wollten den Zins erpressenden US-Dollar als Weltleit„währung" – mit den bekannten Folgen in der „Dritten Welt"...

Boden ohne Mehrwert

Da die Bodenrente wegen der Unvermehrbarkeit des Bodens nicht durch Wettbewerb zum Verschwinden zu bringen ist, könnte sie durch die Überführung der Bodenflächen in Gemeindeeigentum und der Bodenschätze durch allgemeine Vergesellschaftung und durch ihre Verpachtung, oder durch eine Bodenwertsteuer, wie sie Henry George und Adolf Damaschke gefordert haben, abgeschöpft und für soziale Zwecke verwendet werden. Gesell wollte sie den Müttern und Kindern zukommen lassen.

Die Bodenwertsteuer wird in verschiedenen Ländern erfolgreich praktiziert. In Dänemark z. B. wird immerhin 50% der Bodenrente abgeschöpft. Das drückt auf die Bodenpreise, wirkt Bodenspekulationen entgegen und fördert – im Zusammenhang mit einer Reduzierung der Kapitalsteuer – den Wohnungsbau, das Kleingewerbe und die Landwirtschaft, und sie füllt die Gemeindekassen zu Lasten der parasitären Grundrentner (Martin Pfannschmidt, Vergessener Faktor Boden, S. 41ff.).

Das alles ließe sich, ohne die Blutopfer der Bolschewiki zu riskieren, im Rahmen einer Marktwirtschaft verwirklichen. Diese Konzepte würden die Chance bieten, daß sich eine von Konjunkturkrisen und vom „Mehrwert", also vom Geld-, Kapital- und Bodenzins befreite, also wirklich freie, soziale und auch leistungsgerechte Marktwirtschaft und eine wirkliche Volkswirtschaft entwickelt (siehe Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld; Dieter Suhr, Geld ohne Mehrwert; ders., Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus). Und sie könnte vielleicht auch Vorbild sowohl für die vom „Zinswucher" und vom Großgrundbesitz geknechteten Völker der „Dritte Welt" wie auch für die von der Staatsknechtschaft der „Realsozialisten" befreiten Länder sein. In ihr könnten sich autonome Kollektive – Elemente einer sozialistischen Marktwirtschaft! – entfalten, die nicht ihre Ausbeutung durch Grundrentner und Finanzkapitalisten selbstverwalten und in Krisenzeiten pleite gehen.

Das ist ein Weg, den im Ansatz die Tauschsozialisten bereits vor Marx wiesen, der jedoch durch die Sackgassenideologie der Produktionssozialisten Marx und Engels weitgehend aus dem linken Bewußtsein verdrängt wurde (sie he dazu Dudley D. Dillard, Proudhon, Gesell and Keynes, An Investigation of some „Anti-Marxian-Sozialist" Antecedents of Keynes' General Theory of Employment, Interest und Money; kann bei mir bezogen werden, Tel.: (030) 782 24 65; und Lawrence R. Klein, The Keynesian Revolution). Hier zeigt sich vielleicht ein wirklich „Dritter Weg", oder besser gesagt: ein anderer Weg, ein Weg jenseits der Klassiker: der gutmeinenden Klassiker einschließlich Marx, wie auch der kapitalfreundlichen Neoklassiker, die mit ihrer Ignoranz des Bodenproblems noch hinter die Erkenntnisse und Forderungen der Klassiker zurückfallen. ●

Anzeige

Gibt es eine anarchistische Wirtschaftstheorie? – Ist eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus möglich? – Ist der Kapitalismus durch Selbstverwaltung zu überwinden? – Welche Bedeutung hat der Zins für Krisen, Ausbeutung und Wachstum? – Gibt es erfolgreiche Experimente zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und Zinswirtschaft? – Gibt es ein alternatives IWF-Programm? – Soll die Bodenrente den Kindern und Müttern als Kindergeld zufließen? – Was ist ein "matristisches Bodenrecht" – Was ist "Anarcho-Physiokratie"?
Diese und viele andere Fragen behandeln

Silvio Gesell
Gustav Landauer, Erich Mühsam
Arthur Mülberger, Alex von Muralt
Günter Bartsch und Klaus Schmitt (Hg.)

in dem Buch

SILVIO GESELL
"MARX" DER
ANARCHISTEN?

Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriarchalischen Bodenunrecht

Mit zahlreichen Dokumenten und 12 Grafiken von Helmut Creutz
303 Seiten, 36,-DM

Karin Kramer Verlag Berlin
Braunschweiger Str. 26
1 Berlin 44

Anzeige

"VEHEMENT LITERATUR"

Eine neue Zeitschrift mit Literatur zur Dritten Welt

"VEHEMENT Literatur" stellt Sachliteratur wie Belletristik über entwicklungspolitische Themen sowie zu bzw. aus Afrika, Asien und Lateinamerika vor.

Jede/r, die/der in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit tätig ist, bedarf der fortlaufenden Information, Auffrischung und Erweiterung des persönlichen Kenntnisstandes. Dazu trägt auch Literatur bei.

Diese Zeitschrift - sie erscheint halbjährlich - will eine Orientierungshilfe sein, zum Selberlesen und zur Diskussion anregen. Sie beugt sich nicht dem Aktualitätszwang, sondern es werden auch Bücher aufgenommen, deren Erscheinungsjahr schon etwas zurück liegt.

Zu Wort melden sich Personen, die entsprechend ihrer Tätigkeit in der Dritten Welt bzw. aufgrund ihrer Beschäftigung mit der betreffenden Thematik mit dem jeweiligen Buchthema vertraut sind.

Herausgeber ist die Vereinigung ehemaliger EntwicklungshelferInnen-VEHEMENT e.V., 6200 Wiesbaden 1, Goebenstr.35, Tel.: 06121 / 47390. Einzelheft (bei 48 Seiten) DM 5,- + Porto (erhältlich bei Zusendung von DM 7,- in Briefmarken). Jahresabo (incl. Porto) DM 12,-. Probeheft anfordern!

DAS VERFLIXTE GELD – 10. FOLGE

Geld und Wachstum

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Bei dem Begriff „Wachstum" denken wir heute meist an die Wirtschaft. Dabei ist hier der Begriff eigentlich fehl am Platze: Wirkliches Wachstum gibt es nur in der Natur: Ein Baum, ein Mensch, ein Tier wächst. In der Wirtschaft haben wir es dagegen mit Zunahmen, Vermehrungen oder Steigerungen zu tun, die durch menschliche Arbeit bewirkt werden. Trotzdem hat sich der Begriff „Wirtschaftswachstum" so eingebürgert, daß wir mit ihm leben müssen.

Gibt es verschiedene Arten von Wachstum?

Abgesehen von schnellen oder langsamen Entwicklungen kann man schematisch drei Ablaufarten unterscheiden:

a) Nachlassendes Wachstum (zur Stabilisierung tendierend)
b) Gleichbleibendes Wachstum (mit linearem Verlauf)
c) Zunehmendes Wachstum (mit Verdoppelungsraten exponentiell ansteigend)

Den ersten Ablauf kennen wir aus der Natur. So rasch hier die Wachstumsentwicklungen auch beginnen mögen (man denke nur an das Kind im Mutterleib), es verlangsamt sich und findet irgendwann ein Ende. „Kein Baum wächst in den Himmel", sagt das Sprichwort.

Gleichbleibendes Wachstum entwickelt sich mit immer gleichen Zuwachsraten in gleichen Zeitabständen.

Zunehmendes Wachstum ist dem nachlassenden entgegengesetzt. So unscheinbar es auch beginnen mag, durch die ständig steigenden Zuwachsgrößen in gleichen Zeitabständen schießt es schließlich explosionsartig in die Höhe. Man kann dieses Wachstum nur als widernatürlich bezeichnen, denn in der Natur kennt man es nur in krankhaften Entwicklungsprozessen, z.B. jenen von Tumoren.

Aber auch das gleichbleibende lineare Wachstum ist auf einer begrenzten Erde nicht durchzuhalten.

Ausgehend von diesen Gegebenheiten kann man als erste Wachstumsregel festhalten:

Natürliche und gesunde Wachstumsentwicklungen tendieren zur Verlangsamung und zu einer Stabilisierung auf einer optimalen Höhe.

Wir brauchen hier wieder nur an uns selber zu denken, um das nachvollziehen zu können: Ginge unser Wachstum auch nach dem 20. Lebensjahr weiter, würden wir sehr schnell feststellen, wie nachteilig das ist. Denn so positiv das Wachstum bis zu unserer optimalen Größe auch war, das Wachstum darüber hinaus würde mit zunehmenden Problemen verbunden sein, bis zum schließlichen Zusammenbruch.

Noch eine zweite Regel ist zu beachten, die sich auf die Entwicklung der Teile eines Organismus im Verhältnis zum Ganzen bezieht:

Organismen bleiben nur stabil, wenn sich alle ihre Teile mit ihrer Entwicklung am Ganzen orientieren.

Das heißt zum Beispiel: Verdoppelt ein Heranwachsender vom 10. bis zum 20. Lebensjahr sein Körpervolumen, dann können das auch alle Organe und Gliedmaßen tun, ja sie müssen es sogar, wenn der Organismus stabil bleiben soll. Wächst jedoch die Leber oder die Lunge doppelt so schnell oder geht das Wachstum dieser Teile nach dem 20. Lebensjahr weiter, kommt es zu Instabilitäten, die schließlich bis zur Krise und zum Kollaps führen.

Das alles gilt auch für die Entwicklungen in einer Wirtschaft, die – wie alles auf der Erde – in die Naturgesetze eingebunden ist und sich diesen Gesetzen nicht ohne schwerwiegenden Folgen entziehen kann.

Gibt es in unserer Wirtschaftswirklichkeit zunehmende Wachstumsentwicklungen?

Fast alle Entwicklungen in unseren Volkswirtschaften werden in Prozenten gemessen. Um vier Prozent ist beispielsweise 1989 das Sozialprodukt gewachsen und in diesem Jahr dürfte die Leistungssteigerung ähnlich groß werden. Bei all diesen Prozentangaben ist es uns meistens nicht bewußt, daß gleichbleibende prozentuale Wachstumsraten kein lineares, sondern ein sich ständig beschleunigendes Ergebnis haben. Es handelt sich dabei um ein Wachstum mit Verdoppelungsraten, also um ein exponentielles Wirtschaftswachstum, daß wir in 18 Jahren unsere heutige Leistung verdoppelt, in 36 Jahren vervierfacht und in 54 Jahren verachtfacht haben werden. Also achtmal mehr Produktion und Verbrauch, achtmal mehr Ressourcenverschwendung und achtmal höhere Müllberge! Angesichts dieser mathematischen Gesetzmäßigkeiten ist es eigentlich unbegreiflich, daß die Mehrzahl der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft immer noch ein möglichst gleichbleibendes Wirtschaftswachstum erwarten, und in den Knien zittern, wenn es einmal nachläßt oder gar gegen null zu fallen droht. (Daß sie für ihre Ängste Gründe haben, werden wir noch sehen.)

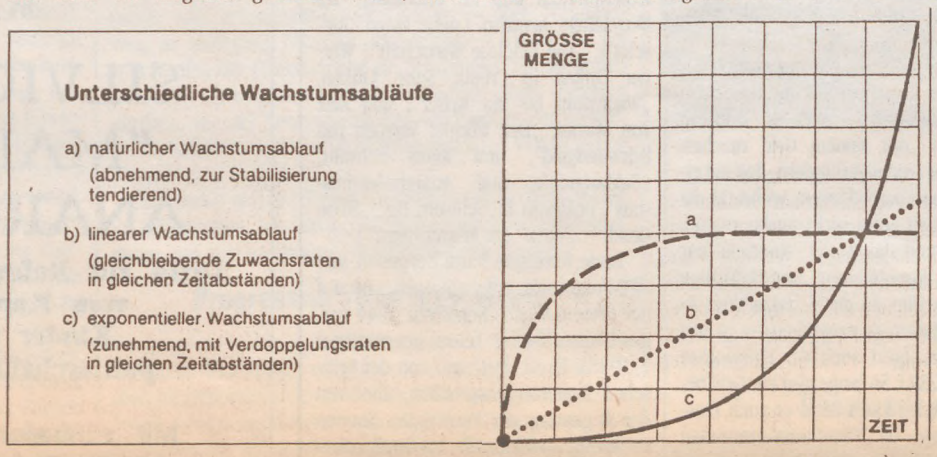
Überprüft man die langfristige Entwicklung des Bruttosozialproduktes in der Bundesrepublik, dann zeigt sich, daß die prozentualen Wachstumsraten tendentiell zurückgefallen sind. Lagen sie in den 50er Jahren im Durchschnitt noch bei sieben Prozent, so in den 80er Jahren unter zwei Prozent. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß aufgrund der zunehmenden Ausgangsgrößen ein Prozent Wachstum heute mengenmäßig soviel ist wie dreieinhalb Anfang der 50er Jahre! Als Folge dieses Tatbestandes sind zwar die prozentualen Zuwachsraten unserer Wirtschaft rückläufig, nicht jedoch die Leistungsergebnisse. Diese weisen vielmehr – inflationsbereinigt – eine lineare Entwicklung auf. Das heißt, wir haben es fertiggebracht, unsere nachkriegsbedingte Überleistung in den ersten Jahren und Jahrzehnten bis heute weiter einzuhalten. Ein fragwürdiger Erfolg, dessen Hintergründe wir noch beleuchten werden.

Es gibt aber in unserer Wirtschaft einen konkreten Bereich, in dem die Entwicklungsvorgänge tatsächlich von gleichbleibenden prozentualen Wachstumsquoten bestimmt werden, und in dem es zu jenem exponentiellen Wachstum kommt, das wir als völlig widernatürlich bezeichnet haben. Es handelt sich um den Bereich des Geldes, genauer: Um die Geldeinlagen bei den Banken.

Zahlt jemand bei der Bank eine bestimmte Geldsumme ein, kann er feststellen, daß diese sich aufgrund des Zins- und Zinseszinseffekts in bestimmten Zeitabständen verdoppelt. Dabei wird das Tempo der Entwicklung und der Zeitabstand der jeweiligen Verdoppelungen von der Zinshöhe bestimmt: Bei vier Prozent Verzinsung dauert die Verdoppelung rund 18 Jahre, bei sechs Prozent 12 Jahre und bei acht Prozent Verzinsung ist die erste Verdoppelung bereits in 9 Jahren erreicht.

Läßt man den Betrag 36 Jahre stehen, steigt er bei vier Prozent Verzinsung auf das Vierfache an, bei sechs Prozent auf das Achtfache und bei acht Prozent auf das Sechzehnfache der Einlage. Das heißt, im letzten Fall bekommt man für eine Einlage von 1.000 Mark 16.000 Mark zurück. Hätte man den Betrag Anfang der 80er Jahre in langfristigen Staatspapieren der USA angelegt, für die es 12 und 14 Prozent Zinsen gibt, würde man nach 36 Jahren bei 12prozentiger Verzinsung sogar das 60fache der Einlage zurückerhalten, bei 14prozentiger Verzinsung sogar das 112-fache!

Die Rechenbeispiele zeigen, in welchem Maße höhere Zinssätze das Ergebnis in die Höhe schießen lassen. Sie zeigen aber auch, daß an der ganzen Sache „etwas faul" sein muß.



Woher kommen die Zinsgewinne?

Glaubt man den Werbungen der Banken, dann handelt es sich bei dieser wundersamen Geldvermehrung um irgendwelche natürlichen Vorgänge: Geld kann danach „wachsen", es kann „arbeiten", oder man kann einfach „aus Geld mehr Geld machen" usw.. Bisher hat jedoch noch nie jemand Geld irgendwo arbeiten sehen, sondern immer nur Menschen, mit oder ohne Gerätschaften oder Maschinen, die wieder von Menschen geschaffen wurden. Auch der Versuch einen Geldschein zum Wachsen zu bringen dürfte kaum Erfolg haben, selbst wenn man den besten Kunst- oder Naturdünger zur Hilfe nimmt.

Mit den Bankwerbungen werden also nichts als Illusionen geweckt und die tatsächlichen Zusammenhänge verschleiert. Denn in der Wirtschaftswirklichkeit ist zwei mal zwei immer vier, nichts fällt vom Himmel, und alle Werte die man verteilt, stammen immer aus menschlicher Arbeit, sofern sie uns nicht von der Natur geschenkt werden. Das heißt ganz simpel und konkret: Immer dann wenn irgendwer etwas ohne Arbeit erhält, muß das einem Arbeitenden weggenommen werden. Und das gilt auch für alle Zinsen und Zinseszinsen, die einem Konto bei der Bank gutgeschrieben werden. Das heißt, wer für 1.000 eingelegte Mark am Jahresende 60 Mark oder wieviel auch immer Zinsen erhält, hat einem Arbeitleistenden um genau den gleichen Betrag ärmer gemacht. Und wenn er zu den 90 Prozent der Haushalte gehört, die beim „Zinsmonopoly" verlieren, stammen diese Zinsen sogar aus seiner eigenen Tasche. Und zu diesen Zinsen, die er selbst zurückerhält, hat er ein Vielfaches über alle Preise, Steuern und Gebühren an jene Minderheit gezahlt, die dank größerer Vermögen auf der Gewinnerseite leben.

„Wie Sie zu Geld kommen, ohne einen Finger krumm zu machen", überschrieb die damals noch gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft" 1982 eine Anzeige, in der sie neun Prozent Verzinsung andiente. Daß dafür andere Menschen „ihre Finger krumm" oder schmutzig machen und man diesen einen entsprechenden Teil von ihrem Arbeitsverdienst aus der Tasche holen mußte, verschwieg die Bank diskret. Und obwohl die Gewerkschaften inzwischen aus ihren Kapitalgeschäften ausgestiegen sind, ist diese zinsbedingte Ausbeutung auch heute kein Thema für sie. Sie streiten sich vielmehr fast jedes Jahr bei den Tarifverhandlungen medienwirksam auf der „Vorderbühne" mit den Unternehmern um den „Rest des Kuchens", den das Kapital den Arbeitleistenden übrig läßt, ohne sich um die „Unterschlagungen hinter den Kulissen" zu kümmern.

Was sind die Folgen der zinsbedingten Einkommensumverteilung?

Da man einen Kuchen immer nur einmal essen kann, werden die Werteschaffenden im gleichen Umfang ärmer wie die Besitzenden mehr davon für sich beanspruchen. Und da der zu verzinsende Besitz, vor allem die Geldvermögen, deutlich rascher als die Leistung und der zu verteilende Kuchen zunehmen, wird die Verteilung desselben zu einem immer größeren Problem. Das macht der nachfolgende langfristige Vergleich deutlich:

Von 1950 bis Ende 1989 sind die Geldvermögen in der Bundesrepublik auf das 75fache gestiegen, die Zinserträge der Banken (aufgrund der langfristig gestiegenen Zinssätze und Anlagekonzentrationen bei den Kreditinstituten) sogar auf das 130fache.

In den gleichen 39 Jahren nahm das Bruttosozialprodukt, mit dem der Zinsanstieg bedient werden muß, nur auf das 22fache zu, die Nettolöhne und -gehälter, trotz relativer Zunahme der abhängig Beschäftigten, nur auf das 17fache.

Zieht man nur das letzte Jahr 1989 heran, dann stiegen die Geldvermögen in den 12 Monaten um 347 Mrd. DM (tagtäglich also um 950 Mio. DM!), die Zinserträge der Banken um 37 Mrd. DM, während das Bruttosozialprodukt um 139 und die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer nur um 22 Mrd. DM zunahmen. In Prozenten ausgedrückt wuchsen die Geldvermögen und Zinserträge um 8,5 bzw. 21,4 Prozent (hier schlägt sich die Zinserhöhung im letzten Jahr nieder!), während der Anstieg beim nominalen Bruttosozialprodukt 6,5 Prozent betrug und derjenige der Löhne, die die abhängig Beschäftigten mit nach Hause nehmen konnten, ganze 3,4 Prozent.

Die Zahlen lassen die zunehmende Umschichtung von der Arbeit zum Besitz zur genüge erkennen. Diese Umschichtung muß zwangsläufig zu einer Verarmung der Arbeitenden führen, es sei denn, sie können ihre Leistung von Jahr zu Jahr steigern. Diese Leistungssteigerung muß mindestens so groß sein wie der Mehranteil, den das Kapital beansprucht. Sollen auch die Einkommen der Arbeitsleisten den im Gleichschritt mit den Kapitaleinkommen wachsen, müßte das Bruttosozialprodukt jedes Jahr um ca. acht Prozent ausgeweitet werden, nämlich in der Größenordnung der Kapitalzuwächse. Das aber ist schon seit langem nicht mehr möglich, so daß sich die Schere zwischen Arbeits- und Besitzeinkommen immer mehr öffnet. Und da sich die Vermögen, vor allem die Geldvermögen, inzwischen überwiegend aus den Zinszuflüssen aufbauen, beschleunigt sich die Diskrepanzzunahme. In Zeiten fallender Zinssätze kommt es zwar noch zu Erholungsphasen, dafür aber schlagen die Zeiten steigender Zinsen umso stärker zu Buche.

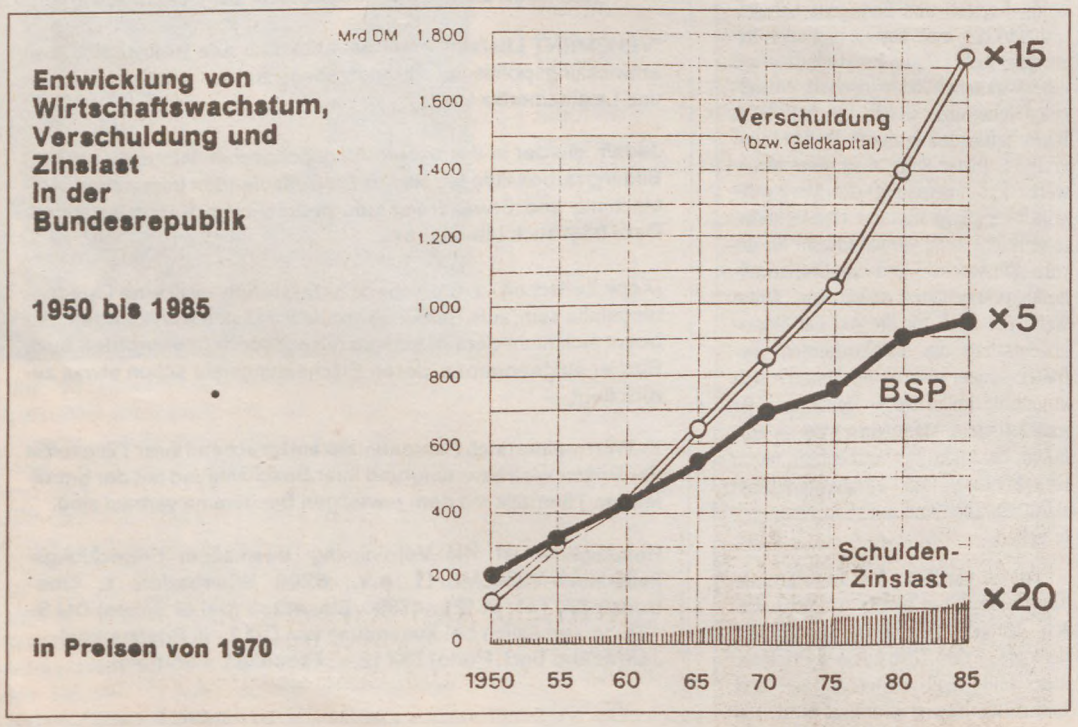
Mit diesen Darlegungen wird klar, warum den Politikern die Knie bei nachlassendem Wirtschaftswachstum weich werden, vor allem wenn es unter die 2-Prozent-Marke fällt. Unter der Hand geben sie zwar zu, daß diese ständigen Leistungsausweitungen auf einer begrenzten Erde nicht durchzuhalten sind und wir eigentlich die optimale Grenze schon lange überschritten haben, aber sie stekken heute in einem doppelten Dilemma: Führen sie die eskalierenden Geldvermögen nicht über immer größere Verschuldungen in den Wirtschaftskreislauf zurück, droht „morgen" eine deflationäre geldmangelbedingte Rezession. Führen sie die Geldüberschüsse zurück, dann nimmt die Überschuldung zu und damit die Einkommensverteilung von der Arbeit zum Besitz. Und versuchen sie, die wirtschaftlichen bzw. sozialen Probleme durch immer neues Wirtschaftswachstum vor sich herzuschieben, beschleunigt sich die ökologische Kollapsgefahr. Da sich jedoch der soziale Unfriede sehr schnell auf den Wahlzetteln niederschlägt, während die Bäume und die Luft keine Stimme haben, macht man vor den Umweltfolgen weiter die Augen zu.

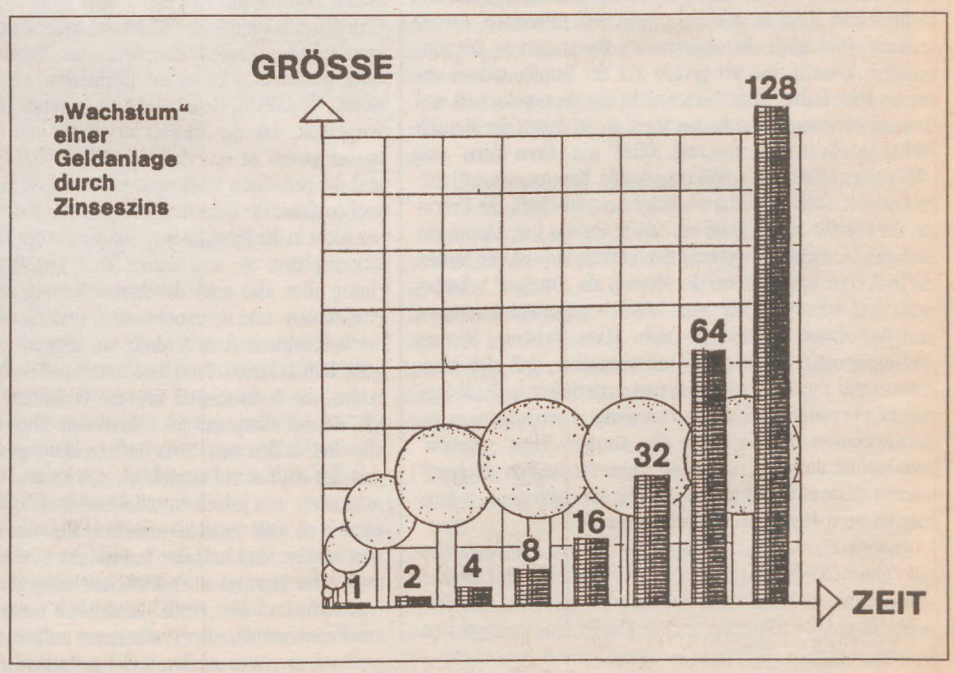
Unser Geld bzw. bestimmte Mechanismen unserer Geldordnung haben also nicht nur mit der ökonomischen und der sozialen Frage viel zu tun, sondern auch mit der ökologischen. Sie sind nicht nur entscheidend für den zunehmend gefährlichen Überschuldungszwang, sondern auch für den Wachstumszwang, der die Natur und uns zugrunde richten muß.

Wer sich also mit Umweltfragen befaßt und diesen geldbezogenen Mechanismen keine Beachtung schenkt, rennt gegen Windmühlenflügel an. Die Umwelt hat nur eine Chance, wenn wir die beiden Wachstums-Grundregeln beachten und die Zwänge überwinden, die uns heute in ein ständiges Wachstum treiben. ●

Ausschnitte aus Bankanzeigen

An jedem Arbeitsplatz arbeiten im Durchschnitt 200.000 Mark





Der ÖKOFONDS NRW der Grünen lädt ein:

8 Jahre ÖKOFONDS der Grünen
Stand der Bewegungen

Programm:
Sektempfang
Diskussionsforen:
I. Geld in Bewegung – bringt das was?
II. Das Elend der Alternativbetriebe
III. Gibt es die Bewegung noch?
IV. Wie soll es weitergehen?

TeilnehmerInnen: BBU, BUND, Netz, Ökobank, SSK, Netzwerke und andere Initiativen und Projekte

am 27. Oktober 1990, Beginn: 10.00 Uhr im Haus Wittgenstein, Roisdorf bei Bonn, Im Ehrental 2-4

InteressentInnen bitte anmelden:
ÖKOFONDS NRW, Noeggerathstr. 33, 5300 Bonn 1

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

MATERIALMAPPE

Autonomie und Bildung

Leben, Lernen und Arbeiten in der Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde
Die AutorInnen Edith Krenz, Henning Kuhlmann und Wolfgang Pauls zu dieser Materialmappe:
„Diese Materialmappe haben wir als Bericht über unser Modellprojekt im Rahmen des Bundesjugendplanprogramms „Erprobung neuer Konzeptionen und Methoden in der Jugendhilfe" verfaßt..."
Zu beziehen gegen Vorüberweisung von 15 DM (incl. Porto und Verpakkung) auf das Postgirokonto München Nr. 205 47 - 808 (BLZ 700 100 80) über die AG SPAK, Adlzreiter Str. 23, 8000 München 2

JOBS

DDR: Suchen zur Betriebsgründung in Mecklenburger Dorf **Metaller mit Meister- oder Ingenieursabschluß**
D. Frohberg, PF 94
2721 Holzendorf/Müss.

ökowerk

Eigenes Versorgungswerk:
für's Alter und gegen Berufsunfähigkeit zu Sonderkonditionen!
Noch Fragen?
☎ 02 11 / 27 35 95
e.V.

JOBSUCHE

Ab 2. Januar '91 möchte ich mich für neue, spannende Aufgaben engagieren!
Ich suche dazu zielorientierten, Selbstverwalteten Betrieb oder Projekt, (Genossenschaft wünschenswert, aber nicht Bedingung), evtl. auch noch im Aufbau, möglichst Rhein-Neckar-Raum.
Ich verfüge über langjährige Gruppen- und Berufserfahrung in betrieblicher Selbstverwaltung, bin technisch und kaufmännisch ausgebildet (KFZ-Mechaniker - FS.KL.II - und praktischer Betriebswirt) und gewohnt, zielsicher und selbständig im Team zu arbeiten. Bisheriger Tätigkeitsschwerpunkt: demokratische Betriebsorganisation, Rechnungswesen mit EDV-Kenntnissen, Buchhaltung mit Steuerwesen, verantwortliche kaufmännische Betriebsführung mit Kenntnissen und Erfahrungen im Genossenschafts- und Handelsrecht.
Hubi Cramer, Verbindungskanal li. Ufer 20-24, 6800 Mannheim 1
☎ (0621) 10 33 25 (tagsüber); (0621) 15 45 42 (abends).

Mb-Ing., 31J., m. / seit 4 1/2 Jahren tätig auf dem Gebiet Energieeinsparung (Gutachten für Großbgebäude, Verwaltungsbauten, Industrie...; Energiekonzepte – Erzeugung bis Auswirkung auf Energieverträge) / Kenntnisse in der thermischen Bauphysik und EDV (WORD, FORTRAN, Gebäude- und Anlagensimulation...) / sucht im Raum Berlin neue Tätigkeit mit möglichst nicht nur technischen Inhalten und kollektiver Arbeitsumgebung.
Chiffre: Perspektive '91

ökowerk

Regelmäßiger Wirtschafts-Informationsdienst:

Ökomaerker
Interessensgemeinschaft selbstv. u. ökologisch orientierter Betriebe
Vennhauser Allee 245
4 D'dorf 12

Noch Fragen?
☎ 02 11 / 27 35 95
e.V.

ENDE DER ALTERNATIVEN?

Unser Transportkollektiv hat sich schon vor längerer Zeit aufgelöst. Die Arbeit als solche geht trotzdem weiter. Die Idee als solche lebt nicht mehr. Übrig geblieben ist nur Frust (GbR-Auflösung, Auseinandersetzung, Freundschaften sind zerstört, Sprachlosigkeit) Motivation weiterzumachen ist gering, es fehlt der zwischenmenschliche und soziale Rahmen, es fehlen die Leute, die bereit sind, in kollektiven Strukturen zu denken und zu arbeiten und zu leben. Habe das starke Bedürfnis mit ähnlich Betroffenen und Fühlenden Kontakte aufzunehmen. Matthias Horx „Das Ende der Alternativen", soll's das also gewesen sein?
K.-H. Kruse, Nadorsterstr. 92
2900 Oldenburg

ARBEITSRÄUME

Das Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation NRW sucht Büroraum in Düsseldorf. Bevorzugt wird eine Untermiete bei bestehender Bürogemeinschaft bzw. Projekt/Betrieb
☎ (0211) 29 52 70

TAGUNGSHÄUSER

Lernwerkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere »Lernwerkstatt« hat 29 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zimmer), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Selbst- oder Vollverpflegung (vegetarische Vollwertkost). Außerdem: Unser neuer Saal ist fertig (80 qm!!!) Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrücken, Ffm. Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökolog. Politik (Rudolf Bahro).
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1 - 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 oder 1031

Seminarzentrum Lindenhof: Altes fränkisches Gehöft, restauriert, alternativ, ohne Wohngifte, mit Bio-Garten und Liegewiese für Gruppen und Familien in der Fränkischen Schweiz.
Zochenreuth 19
8551 Aufseß
☎ (092 04) 4 18

ökowerk

Fortbildungen für Betriebe:

z.B. betriebliche Altersversorgung 24.11.1990 im Ökobildungswerk Köln

Noch Fragen?
☎ 02 11 / 27 35 95
e.V.

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

ALTERSVERSORGUNG

Lebensversicherung & Altersversorgung von den unterschiedlichsten Gesellschaften ganz nach den individuellen Bedürfnissen, wie z.B. die Mehr-Wert-Police, aber auch Rentenversicherung ohne Gesundheitsfragen bietet die **versiko GmbH** – Kollektive Versicherungsagentur –, Vennhauser Allee 245, 4000 Düsseldorf 12
☎ (02 11) 27 70 11.
Ruf doch mal an!

BUNTE SEITEN

Die Beilage der CONTRASTE ist in Überarbeitung und soll im Dezember 1990 erscheinen. Neben dem geplanten Schwerpunktthema zu Polen, das zweisprachig in einem Sonderdruck auch in Polen vertrieben werden wird, sind die BUNTEN SEITEN ein wichtiger Bestandteil für die Vernetzung der selbstorganisierten Projekte in Ost und West. Zur Finanzierung der BUNTEN SEITEN bitten wir um Anzeigenschaltungen bis zum 26.10.1990. Auch bei der Überarbeitung des Adressenmaterials sind wir auf Eure Hilfe angewiesen. Redaktionsschluß für Adressenneuaufnahmen und -änderungen ist am 20.10.1990.

DEUTSCHE BANK

Das Handbuch zur Deutschen Bank enthält u.a.:
Bankenkrise, Faschismus und Macht ❖ Operation Binnenmarkt ❖ Ein neuer Ritt gen Osten ❖ Schuldenstreichung? ❖ Umweltsponsor Deutsche Bank ❖ Industrie-Monopoly ❖ Kommentierte Bilanz ❖ Glossar ❖ Register . . .
Kritische Aktionäre (Hg.):
Macht ohne Kontrolle
184 S.,22,80 DM; Schmetterling Verlag, Waiblinger Str. 20a, 7000 Stuttgart 50

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; **Rhein/Main, 6370 Oberursel 5**, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; **3400 Göttingen**, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; **3500 Kassel**, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; **6900 Heidelberg 1**, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; **7053 Stetten**, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; **8500 Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **Österreich, 1020 Wien**, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; **Niederlande, 1019AT Amsterdam**, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; **DDR, 8023 Dresden**, c/o Initiativdruckerei Micha-Druck, PF 71-01, Hechtstr. 143, ☎ (0037/51) 598 28 44

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; **Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur: 7400 Tübingen**, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik: 8000 München 2**, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach**, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost: 4500 Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 16 24 67

Vertrieb:
☎ (06221) 1 34 02

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

TAK AÖ

Herbstseminar zum Thema **Erfahrungen der Alternativen Ökonomie mit der AL/SPD-Koalition in WestBerlin**
Vom 19. bis 21.10.90 in den Räumen der Clearingstelle e.V.; Projekt Umweltbildung, Kurfürstendamm 71, 1000 Berlin 31 (direkt am U-Bf. Adenauer-Platz).
In den Koalitionsvereinbarungen zwischen AL und SPD wurden weitreichende Aussagen zur Förderung alternativökonomischer Ansätze gemacht. Über die Auswertung der Erfahrungen mit Parteien und Verwaltung und mit den eigenen politisch-strategischen Ansätzen soll eine Diskussion über künftige Interventions- und Handlungstrategien alternativ-ökonomischer Projekte geführt werden.
Anmeldung:
Andrea Gerth, Löwenstr. 8
6800 Mannheim 51
☎ (0621) 79 10 26.

NETZPLAN eG.

»Wo das Gespräch verstummt, hört das Menschsein auf« (Berthold Brecht). Gesprächsführung in unterschiedlichen Gruppensituationen
Termin: 1. und 2.11.90
Ort: Augsburg
Kosten: 160 DM

Teamarbeit und Führung
Über formale und informelle Strukturen in Betrieben, über leiterlose und leitungslose Arbeitsgruppen
Termin: 21. und 22.11.90
Ort: Augsburg
Kosten: 160 DM

Chancen, Risiken und Trends bei Existenzgründungen
Was ist dran am Selbständigenmythos? Wie soll eine Unternehmensgründung (im Team) vorbereitet werden?
Termin: 7.11.90, 19.30 Uhr
Ort: Augsburg
Kosten: 20 DM

Finanzierungsfragen von Kleinbetrieben in der Aufbauphase
Finanzierungskonstruktionen, öffentliche Fördermittel und die Rolle der Banken bei Investitionen u.ä.
Termin: 22.11.90, 19.30 Uhr
Ort: Augsburg
Kosten: 20 DM
Anmeldung & Information:
Netzplan eG.
Schaezlerstr. 17
8900 Augsburg
☎ (08 21) 51 54 03

CECOP

Aus Anlaß ihres zehnjährigen Geburtstages organisiert die CECOP in Bologna am 25. und 26. Oktober 1990 Veranstaltungen zu folgenden Themen:

○ Mitarbeiterbeteiligung in Unternehmen

○ Europäische Richtlinien zur Förderung demokratischer Wirtschaftsformen und genossenschaftlicher Betriebe.
Information & Anmeldung:
CECOP
avenue de Cortenbergh 62
B-1040 Bruxelles
☎ (32/2) 736 20 30

KOBI

Einführung in die Organisationsentwicklung
– Nur was sich entwickelt, ist lebendig
– Wie man/frau Veränderungen in der Organisation mit Plan und System angehen kann, ist Thema dieses Seminars.
Do., 1.11. - Fr., 2.11.90, 9.30-18.30 Uhr

Marketing
Marktanalysen, Nischenfindung, Kundenanalyse, Saisonverständnis und Werbung sind einige Themen, um die es in diesem Seminar gehen soll.
Fr., 9.11. - Sa., 10.11.90, 10-17 Uhr

Rechnungswesen
In diesem Seminar geht es um Rechnungswesen, Kalkulation und innerbetriebliches Kontrollwesen („Controlling")
Fr., 26.10. - Sa., 27.10..90,
10-17.30 Uhr

Unternehmungsplanung und Unternehmensprofil
Den TeilnehmerInnen an diesem Seminar werden Methoden und Instrumente der strategischen Planung vermittelt. Ein zweiter Schwerpunkt wird auf die Probleme bei der Umsetzung gelegt.
Mi., 10.10.90, 11-18 Uhr
Do., 11.10.90, 10-18 Uhr
Fr., 12.10.90, 10-16 Uhr

Arbeit organisieren – Arbeit gestalten
Arbeitsablauf im Betrieb, Informations- und Entscheidungsstrukturen, Personaleinsatz sind Themen dieses Seminars.
Fr., 16.11. - Sa., 17.11.90, 10-17 Uhr
Anmeldung & Information zu allen Seminaren:
KOBI, Adlerstr. 83, 4600 Dortmund 1
☎ (02 31) 14 31 23

NETZ NRW

Honorarverträge und Aushilfsbeschäftigungen
Beschäftigung auf Honorarbasis und Aushilfsbeschäftigung ist gängige Praxis auch in alternativen Betrieben und Projekten. Um unliebsame Überraschungen durch Krankenkasse oder Finanzamt vorzubeugen, sind Kenntnisse der steuer- und versicherungsrechtlichen Vorschriften notwendig.
Termin: Samstag, 3.11.90, 10-18 Uhr
Ort: Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Köln
Kosten: 30,00 DM o. Verpflegung

Moderations-Training
Wer MitarbeiterInnenbesprechungen oder Projektsitzungen leitet, kennt das Problem: Wie kann ich als GruppenleiterIn bei kontroversen Meinungen der TeilnehmerInnen einen Ablauf garantieren, der sowohl allen TeilnehmerInnen gerecht wird als auch zu konstruktiven Ergebnissen führt?
Termin: 9.11., 18 Uhr bis 11.11.90, 16 Uhr
Ort: Haus Einschlingen, Bielefeld
Kosten: 160,00 DM & Unterk., Verpflegung: 90,00 DM
Anmeldung & Information:
Netz NRW, Maria Icking
Benderstr. 27, 4000 Düsseldorf
☎ (02 11) 29 52 70

PROJEKTWERKSTATT E.V.

Soziales Management
Der Widerspruch zwischen dem Anspruch einer demokratisch-selbstbestimmten Gestaltung der Arbeit und den Erfahrungen mangelhafter Effizienz führt oft zu Frust und dem Wunsch nach traditionell-hierarchischen Organisationsmodellen.
In diesem Seminar wird ein Trainingsprogramm angeboten, in dem Kenntnisse und Methoden vermittelt werden, mit denen demokratische Arbeitsstrukturen und die Effizienz im betrieblichen Ablauf sich nicht länger einander ausschließen müssen.
Termine: Einführung 7.-9.12.1990
Fortführung (Bildungsurlaub) 4.-8.3.91 und 3.-5.5.91
Anmeldung & weitere Infos:
Projektwerkstatt Bildungswerk e.V.
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ (0251) 51 11 77

ISO

Wochenendseminar vom 26. bis 28. Oktober in Marburg-Fronhausen zur »Öffentlichkeitsarbeit für Betriebe und Verbände«. Die Seminargebühr beträgt 180 DM zzgl. 72 DM für das Tagungshaus.
Teamer: Max Dorando, Ulrich Schwecke
Das Seminar wird für alle Mitarbeiter von Verbänden, Vereinen und Betrieben interessant sein, die bereits Erfahrungen in der public relation haben. Hier bietet sich die Chance, die Öffentlichkeitsarbeit auf eine neue Grundlage zu stellen.

Elmar Sing wird ein **Grundlagenseminar zum »Kollektiven Marketing«** vom 16. bis 18. November für das ISO durchführen. Teilnehmerbeitrag: 180 DM zzgl. Unterkunft und Verpflegung.
Dieses Seminar eignet sich für alle, die systematisch Kenntnisse für das betriebliche Marketing erwerben wollen.
Inhalt: Marketingziele, -instrumente u. strategien, kollektives Marketing als Erfahrung selbstverwalteter Betriebe.
Diese Reihe werden wir im nächsten Jahr mit Vertiefungsveranstaltungen fortsetzen, die einzelne Bereiche des Marketings behandeln werden.

Erfahrungsaustausch Personalwesen im SVB
Wir wollen der Frage nachgehen, ob, wie und worin sich der Umgang mit Personalfragen in der Selbstverwaltung von der Privatwirtschaft unterscheidet.
Frankfurt, Mainzer Landstr. 147, am 10. Oktober, 17 Uhr, kostenfrei
Anmeldung & Information:
ISO Institut für Selbstorganisation
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt
☎ (069) 738 18 33

RAT & PLAN

Kalkulation
Kalkulieren Sie Ihre Preise selbst? Oder orientieren Sie sich lediglich an Ihrer Konkurrenz? Wissen Sie, wieviel Gewinn Sie mit Ihren Produkten und Dienstleistungen im einzelnen machen? Oder machen Sie gar Verlust?
Erkunden Sie Ihren unternehmerischen Handlungsspielraum! In diesem Seminar werden Ihnen verschiedene Kalkulationsmöglichkeiten vorgestellt wie:
Einkaufs- und Verkaufskalkulation, Zuschlags- und Devisenkalkulation. Sie sollen souverän hantieren mit Begriffen wie *Rohgewinn, Deckungsbeitrag, Kalkulationszuschlag, Kalkulationsfaktor* und Handelsspanne.
Termin: 9./10.11.1990
Dauer: 12 Unterrichtsstunden
Kosten: 290 DM zzgl. 14 % MWSt.

Unternehmensplanung für Gewerbebetriebe
Ihr Unternehmen expandiert, die Umsätze wachsen, aber wächst auch Ihr Gewinn? Können Sie notwendige Investitionen verkraften?
Veränderungen stehen ständig an:
- ○ Eine Ihrer MitarbeiterInnen wird krank, Sie müssen eine Vertretung bezahlen
- ○ eine Maschine geht kaputt, unerwartet steht eine größere Neuinvestition ins Haus
- ○ ein neuer Konkurrent tritt auf und bietet merklich billiger an
- ○ ein Umzug steht an, die alten Räumlichkeiten werden zu eng
- ○ Sie wollen Ihr Sortiment erweitern etc. p.p.

In diesem Seminar wollen wir zeigen, wie derartige Fragen mithilfe betriebswirtschaftlicher Planungsrechnungen beantwortet werden können.
Termin: 20./21.11.90
Dauer: 14 Unterrichtsstunden
Kosten: 350 DM zzgl. 14 % MWSt.

Was Sie vor Aufnahme eines Kredites wissen sollten
Statistisch gesehen hat jeder Bundesbürger Kreditverpflichtungen in Höhe von 9.000,00 DM. Viele wissen aber gar nicht, worauf sie bei der Kreditaufnahme achten müssen. Unternehmer sind notwendigerweise häufig viel höher verschuldet.
Dieses Seminar soll informieren über Kreditarten, Kreditbedingungen, typische Probleme mit Banken und die mit der Kreditaufnahme zusammenhängenden Besonderheiten.
Termin: Dienstag, 13.11.90, 9 Uhr
Dauer: 4 Unterrichtsstunden
Kosten: 60 DM zzgl. 14 % MWSt.

Entscheidungen treffen in Betrieben
Wer „fällt" bei Ihnen die Entscheidung? Sind Sie zufrieden, wie die Entscheidungen in Ihrem Betrieb, Kollektiv oder Verein ablaufen?
Wir werden in diesem Seminar die Schwierigkeiten der Entscheidungsfindung bearbeiten. Dabei werden wir vor allem auf Entscheidungsvorbereitung und -ebenen eingehen. Es wird auch darum gehen, inwieweit formale Strukturen ein Lösungsansatz sein können.
Das Seminar wird in einem Tagungshaus in der Nähe von Hamburg stattfinden.
Termin: 26. bis 29.11.90
Dauer: 4 Tage, 24 Unterrichtsstunden
Kosten: 395 DM zzgl. 14 % MWSt., Unterkunft und Verpflegung sind mit dem Tagungshaus direkt abzurechnen.
Anmeldung schriftlich bei:
Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50

SONSTIGES

AG SPAK

»Lernwerkstatt Methodologie«
Vom 2. bis 4.11.1990 in München. Auch bei uns gilt: Mit den Methoden herkömmlicher Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wird auch bei uns immer weniger erreicht. In Lateinamerika wird intensiv im Rahmen der Basisarbeit versucht, eine „andere Pädagogik" zu machen.
Wir laden hiermit zu einer **Lernwerkstatt** mit bekannten Teamern aus Lateinamerika ein – um an den Erfahrungen einer „Erziehung zur Befreiung", mit neuen methodischen Vorstellungen, zu partizipieren.
Es geht um neue Ideen zu einem ganzheitlichen Lernprozeß (Theorie-Praxis-Gefühle-Wissen) und um die Fragen, wie Wissen nicht nur weitergegeben wird, sondern gemeinsam mit Betroffenen entwickelt werden kann.
Wir alle wollen dialogisch-ganzheitlich-*nicht-manipulierend* – usw. arbeiten. Bei diesem Seminar gibt es Ideen dazu.
Das Seminar findet in Kooperation mit Buntstift statt.
Kosten (alles incl., Fahrtkosten werden erstattet): 80 DM.
Anmeldung & Information:
AG SPAK (AK Päd. P. Freire)
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

»Entwicklungen im Bereich des Behindertengerechten öffentlichen Nahverkehrs«
Vom 14. bis 16.11.90 in der Jugendherberge Walberberg. Viele regionale Behinderteninitiativen setzen sich seit Jahren für den behindertengerechten Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel ein. In Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben fordern sie die flächendeckende Anschaffung von behindertengerechten Bussen und Bahnen.
Wie weit sind diese Forderungen bereits umgesetzt? Welche technischen Schwierigkeiten ergeben sich bei der Benutzung von Niederflurbussen? Werden die Behindertengruppen bei den Entscheidungen über Neuanschaffung beteiligt?
Anmeldung & Information:
AG SPAK (Anneliese Mayer)
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

»Schreibwochenende zur Erwachsenenalphabetisierung«
Vom 15. bis 18.11.90, Bahnhof Göhrde, Nahrendorf-Breese
Kontakt: Hamburger Erwachsenenbildung
Fruchtallee 9, 2000 Hamburg 20

KULTUR

Para-SOLFortbildung

»Sozial- u. Kulturmanagment«
Zusatzqualifikation. beginn des 3. Kurses: 12.11.90 bis 15.5.91. Mit dieser Fortbildung (12 Wochen Praxisteil) können Ineressierte aus dem sozialen, pädagogischen und kulturellen Bereich, aber auch aus anderen Fachbereichen eine Zusatzqualifikation (Zertifikat) erhalten. Den TeilnehmerInnen wird aufgezeigt, wie und welche Aufgabengebiete, mit entsprechenden anwendbaren Modellen auf den konkreten Arbeitsalltag transformiert werden können. Informationen von Dozenten aus der Praxis werden bereitgestellt, die normalerweise eine „lange Zeit" der Erarbeitung im Projektablauf benötigen würden. Inhalte: u.a. Rechtsformen, Vertragsformen, Finanzierung, betriebswirtschaftliche Faktoren, DTP, Corporate Identity, Organisations- und Arbeitstechniken, Selbstmanagment, Kommunikation, Verwaltungstechnische Gegebenheiten, Organismus und Organisation, Planspiel u.v.m. Zugelassene BewerberInnen sind: Hochschul-/Fachhochschulabgängerinnen mit Abschluß oder teilnehmerInnen die eine 3-jährige Tätigkeit in einem soziokulturellem Berufsfeld vorweisen können. Liegen bei InteressentInnen die Fördervoraussetzungen (AFG
§ 34 vor, werden die Maßnahmekosten, Fahrtkosten u. Unterhaltsgeld vom zuständigen Arbeitsamt übernommen.
„Sozial- u. Kulturmanagement" – berufsbegleitende Maßnahme – Beginn: 8.3.91 bis Dez. 92
sowie weitere Fortbildungsveranstaltungen z.B. Corporate Identity, Umweltpäd. für Multiplikatoren, Theater-Improvisation u.v.m.
Programm, Information und Anmeldung bei:
Para-SOL e.V.
Weißenburgstr. 1
8400 Regensburg
☎ (0941) 79 15 93

Big Band Jazz zum Fünfjahresfest in der Alten Papierfabrik, Ebertsheim/Pfalz am Freitag, 12. Oktober 1990, 20.30 Uhr.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

Seminar zur Alters- und Berufsunfähigkeitsabsicherung
für Betriebe/Vereine/Verbände/FreiberuflerInnen

1. Grundsätzliche Überlegungen
2. Lebensversicherungen 100 Anbieter im Vergleich, Marktübersicht und Auwahlkriterien
3. Vorteile der betrieblichen Altersabsicherung
4. Vorteile der Gruppenversicherung am Beispiel des Versorgungswerkes des Netzes für Selbstverwaltung e.V.

jeweils in	Telef. Anmeldung 1 Woche vor Beginn notwendig
1000 Berlin	030/785 00 00
2000 Hamburg	040/38 23 62
2400 Lübeck	0451/7 31 47
3000 Hannover	0511/700 00 09
4400 Münster	0251/53 10 00
4500 Osnabrück	0541/4 89 22
4600 Dortmund	0231/16 24 76
4800 Bielefeld	0521/43 20 12
5000 Köln	0221/24 28 91
6000 Frankfurt	069/43 99 42
6300 Gießen	0641/6 39 95
6800 Mannheim	0621/10 46 06
7032 Sindelfingen	07031/8 21 82

Veranstalter: Versorgungswerk des Netzes, 4400 Münster Ludgeriplatz 8 (0251-53 10 00) in Zusammenarbeit mit dem Verbund der FAIRSICHERUNGSLÄDEN e.G.

Termin an allen Orten: Freitag, 26. Oktober 1990, 14-18 Uhr